

Baustoffe aus dem Land – für das Land 2025 | 2026

iste



Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

	2	Vorwort
	4	Leitbild
	5	Grußwort Ministerpräsident Cem Özdemir
Unsere Themen	6	Wirtschaftspolitik
Exkurse	10	Die Unternehmer Baden-Württemberg (UBW)
	12	Tarifpolitik und Arbeitsrecht
	16	Im Blickpunkt: Sozialpolitischer Ausschuss des ISTE
	20	Rohstoffsicherung und Raumordnung
	24	Von der ISTE-Resolution zum Koalitionsvertrag
	26	Technik und Normung
	32	Massivbau, Holzbau, Hybridbau?
	34	Umwelt- und Naturschutz
	38	Baggerseen – wichtige Bausteine der Energiewende
	40	Öffentlichkeitsarbeit
	44	Kampagnenfilm macht Bürokratiefolgen sichtbar
	46	Veranstaltungen
Der Stein des Anstoßes	56	Vier Wochen sind kein Monat – Bürokratie, Fristen und die Kunst des Wartens
	58	Forderungen an die Politik
	64	Organisationsstruktur
	66	In Personalunion betreute Organisationen
	68	Gremien
	72	Netzwerk
	77	Kooperationspartner
	78	Statistik
	80	Impressum

Ausklapp vorn Massenströme der Steine- und Erdenindustrie

Ausklapp hinten Rohstoffgewinnung in Baden-Württemberg

Massenströme der Steine- und Erdenindustrie



Rohstoffgewinnung in Baden-Württemberg in Steinbrüchen, Baggerseen, Kiesgruben und Bergwerken

Natursteine
45,1 Mio t
Karbonatgesteine, hochreine Kalke,
Vulkanite, Metamorphite und Plutonite

Kiese und Sande
38,0 Mio t

Zementrohstoffe **7,8 Mio t** inkl. Ölschiefer
Steinsalz **3,2 Mio t**

Sonstige **1,9 Mio t**
Sulfatgesteine, Ziegeleirohstoffe,
Naturwerksteine etc.

Aus 12,1 Mio t Bauschutt und
Straßenaufbruch werden durch
Stofftrennung und Sortierung
11,5 Mio t Rc-Baustoffgemische.

Rohstoffbedarf in Baden-Württemberg

Ca. 100 Mio t / Jahr
werden benötigt für den
Wohnungs- und Hochbau, für den
Verkehrswegebau, für den Umbau
der Energieversorgung,
für die Herstellung
von Medikamenten,
Glas, Farben,
Papier, Keramik,
Porzellan ...

Rc-Baustoffgemische **11,5 Mio t**

Straßen-, Wege-, Erdbau **9,0 Mio t**

Es wird mehr neu gebaut als abgerissen –
daher kann der Anteil recycelter
Gesteinskörnungen bei gleichbleibendem
Gesamtbedarf max. 15 % betragen.

Mehr als 96 % der Rc-Baustoffgemische werden
im Straßen-, Wege- und Erdbau und in der
Asphaltherstellung recycelt. Der Anteil recycelter
Gesteinskörnungen für Beton beträgt derzeit 4 %.

Bauschutt und Straßenaufbruch **12,1 Mio t**

**Bau- und
Abbruch-
abfälle**
32,5 Mio t

Verfüllung
16,2 Mio t

**Boden
und Steine**
20,4 Mio t

Deponie

0,4 Mio t 4,2 Mio t

0,1 Mio t in Recyclinganlagen aussortierte
Bau- und Abbruchabfälle müssen aufgrund von
Schadstoffbelastungen auf Deponien beseitigt werden.

Rund 0,4 Mio t des Bauschutts und Straßen-
aufbruchs werden auf Deponien verwertet.
Rund 4,2 Mio t des Bodenaushubs müssen
aufgrund von Schadstoffbelastungen
auf Deponien beseitigt werden.

Rund 16 Mio t Boden und Steine werden im
Rahmen der Rekultivierungsverpflichtungen
von Gewinnungsstätten zur Verfüllung,
Oberflächengestaltung und Herstellung
von Böden für land- und forstwirtschaftliche
Folgenutzung verwertet.

Bau- und Abbruchabfälle aus
selektivem Rückbau von Gebäuden
und technischen Bauwerken,
Straßenaufbruch und Bodenaushub
werden auf ihre Verwertbarkeit
untersucht.



Liebe Leserinnen und Leser,

politisch intensive Monate liegen hinter uns – Baden-Württemberg hat gewählt. Auf unserer Winterarbeitstagung im Januar haben über 200 Teilnehmende aus unserer Mitgliedschaft einstimmig eine Resolution verabschiedet: elf klare Forderungen an die künftige Landesregierung, von Genehmigungsbeschleunigung bis Rohstoffsicherung. Wir haben uns eingemischt – im Wahlkampf, in den Koalitionsverhandlungen, in unzähligen Gesprächen. Mit dem nun vorliegenden Koalitionsvertrag „Aus Verantwortung fürs Land“ lässt sich sagen: Es hat sich gelohnt. Viele unserer Forderungen finden sich wieder – nach einem Wahlkampf zum Thema „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“ ist das kaum verwunderlich. Jetzt kommt es auf die Umsetzung der Versprechungen an, um das Vertrauen der so beschworenen Wirtschaft – und der Menschen im Land – (zurück)zugewinnen.

Ein Staat, der handlungsfähig ist, stärkt auch die Demokratie

Besonders bemerkenswert ist das Bekenntnis zu einer neuen Verwaltungskultur: Vertrauen statt Absicherung, Ermöglichung statt Vollzugslogik, Rückendeckung für Führungskräfte bei Ermessensentscheidungen. Diese Punkte diskutieren und fordern wir seit Langem, unsere Branche ist auf ermöglichende Genehmigungen existenziell angewiesen. Staatsmodernisierung ist jedoch mehr als ein Wirtschaftsthema: Ein Staat, der schnell, verlässlich und mit Mut zur Entscheidung handelt, stärkt das Vertrauen der Menschen in die Demokratie insgesamt – gerade in Zeiten, in denen dieses Vertrauen vielerorts erodiert.

Dazu durften wir im Rahmen unserer diesjährigen Jahreshauptversammlung Bundesinnenminister a.D. Thomas de Maizière begrüßen. Der Experte für Staatsmodernisierung plädierte für einen handlungsfähigen Staat mit modernen Zuständigkeiten, Verfahren und Entscheidungsstrukturen.

Rohstoffsicherung: unsere Kernforderung

Die neue Landesregierung erkennt an, dass Baden-Württemberg über bedeutende Vorkommen „lebensnotwendiger Rohstoffe“ verfügt, und setzt auf vereinfachte, beschleunigte Genehmigungsverfahren für ihre Gewinnung. Der Landesentwicklungsplan soll künftig als Ermöglichungsrahmen dienen, Standorte sollen durch Angebotsplanung gesichert werden. Damit wird die Versorgungssicherheit mit heimischen mineralischen Rohstoffen erstmals klar als politische Aufgabe benannt – ein Punkt, für den wir seit Jahren kämpfen. Und der sich nun bewahrheiten muss.

Carbon Management: Industrie als Teil der Lösung

Auch beim Klimaschutz nimmt sich die neue Regierung einem unserer wichtigsten Themen an: Sie will eine schnelle CO₂-Speicher- und Transportinfrastruktur, zudem die CO₂-Speicherung im Untergrund im Land, und setzt sich für CCS-basierte Negativemissionen im EU-Emissionshandel ein. Das sind konkrete Voraussetzungen dafür, dass



die Zement- und Kalkindustrie sowie Abfallverbrennungsanlagen prozessbedingte, unvermeidbare Emissionen tatsächlich reduzieren können. Dekarbonisierung wird planbar, Investitionsentscheidungen vertretbar – bevor die Industrie abwandert. Doch noch müssen viele Stellschrauben und Ebenen zeitkritisch zusammenwirken, damit klimaneutraler Beton möglich wird.

Wirtschaft und Klimaschutz gehen symbiotisch voran, wenn das Land die „First Movers“ in der Branche aufgreift und unterstützt.

Resilienz beginnt zu Hause

Der rote Faden, der sich durch alle diese Themen zieht, ist Resilienz. Heimische Rohstoffe und heimische Energie gehören zusammengedacht: Wer Versorgungssicherheit will, muss auf dezentrale, regionale Strukturen setzen – kurze Wege, geringere Abhängigkeiten, weniger CO₂. Das ist keine Frage der Ideologie, sondern der Verantwortung. Baden-Württemberg kann und muss seine eigenen Hausaufgaben machen und die heimische Wertschöpfung erhalten, statt Arbeitsplätze zu verlieren und sich auf unsichere Importe zu verlassen.

Ein Wermutstropfen: die Holzbau-Förderung

Bei allem Fortschritt in der Landespolitik sehen wir einen Punkt besonders kritisch: Die Holzbau-Offensive soll weiter forciert werden – mit verpflichtenden Holzbauzuschlägen in Förderprogrammen. Das steht im Widerspruch zum zugesagten politischen Ansatz der Technologieoffenheit. Unsere Branche setzt sich mit Nachdruck für dekarbonisiertes, nachhaltiges Bauen ein – die pauschale Bevorzugung eines einzelnen Baustoffs ist dafür weder notwendig noch zielführend. Wir werden das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen an diesem Widerspruch messen.

Gemeinsam mit solid UNIT und der Bauwirtschaft BW stehen wir bereits im Austausch mit Bauministerin Theresia Schopper – zuletzt beim geteilten öffentlichen Teil der Jahreshauptversammlung.

Jetzt kommt es auf die Umsetzung an

Ein Koalitionsvertrag ist ein Versprechen, kein Ergebnis. Papier ist geduldig. Der zeitliche Druck für wirkungsvolle Reformen wird nicht weniger. Entscheidend wird sein, ob der politische Wille zur Umsetzung tatsächlich Bestand hat – auch dann, wenn es unbequem wird. Wir werden die neue Landesregierung dabei konstruktiv begleiten und beim Wort nehmen.

Oliver Mohr
Präsident des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

Thomas Beißwenger
Hauptgeschäftsführer des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.



Liebe Partnerinnen und Partner des ISTE,

der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, eine ausgewogene Tarif- und Sozialpolitik für 500 Unternehmen mit 800 Werken und 15.000 Beschäftigten sowie die regionale Bereitstellung von Baustoffen zur Deckung des Rohstoffbedarfs und Sicherung unseres Lebensstandards – all das sind Grundsätze, denen sich die Mitglieder des ISTE verpflichtet fühlen.

ISTE-Mitarbeitende pflegen in engem Schulterschluss mit ehrenamtlich tätigen Unternehmer:innen einen intensiven und offenen Dialog mit Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wissenschaft sowie Mitgliedern des Verbandes.

Die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem hat eine jahrzehntelange Tradition. Dies zeigt sich unter anderem in der gemeinsamen Erklärung „Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ von NABU, IG BAU und ISTE aus den Jahren 2000, 2012 und 2018 sowie in den „Vorschlägen für eine nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Rohstoffgewinnungsstätten im Rahmen der Rohstoffstrategie des Landes Baden-Württemberg“, ebenfalls aus dem Jahr 2018. Weiterhin entstand 2020 das Diskussionspapier „Natur auf Zeit in Rohstoffgewinnungsstätten“ mit dem NABU und unseren Partnerverbänden.

Auch dem Thema Klimaschutz nimmt sich der ISTE konstruktiv an. Zusammen mit dem VDZ veröffentlichte der ISTE ein Policy Paper zur „CO₂-Strategie für einen klimaneutralen Industriestandort Baden-Württemberg“.

Der Verband ist in branchenspezifische Fachgruppen gegliedert, die transparent, demokratisch und vorausschauend zwischen Haupt- und Ehrenamt wirken. Systematisch und regelmäßig

werden von den Gremien Aufgaben erörtert, Forschungsprojekte konzipiert und durchgeführt, Resultate überprüft und den Mitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt sowie abschließend dokumentiert.

Oftmals sind neue gesetzliche Bestimmungen Anlass, dass der ISTE aktiv wird: Wir stellen Auswirkungen auf die Öffentlichkeit und die Branche dar, zeigen Chancen und Risiken auf und vertreten somit unternehmensübergreifend eine Meinung, die aus hoher fachlicher Kompetenz resultiert. Das Vertrauen, das dem ISTE dabei entgegengebracht wird, gilt es täglich neu zu erarbeiten. Es ist unser „Rohstoff“ als Dienstleister.

Ressourcen und Technologien optimal und zielgerichtet nutzen, Verantwortung für Menschen übernehmen, Risiken und Beeinträchtigungen minimieren, regional verantwortungsbewusst agieren – zu diesen Leitlinien stehen stellvertretend für die ISTE-Mitglieder tagtäglich alle ISTE-Mitarbeitenden.

Mineralische Rohstoffe sind eine wichtige Grundlage für das Bauen und damit für die Entwicklung unseres Landes. Ob Wohnungen, Schulen, Straßen, Schienen oder Radwege – überall werden Baustoffe benötigt. Vieles von dem, was wir in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren modernisieren, sanieren und neu schaffen wollen, ist auf eine verlässliche Versorgung mit diesen Rohstoffen angewiesen.

Dabei ist es von Vorteil, wenn die benötigten Rohstoffe möglichst aus der Region kommen. Das bedeutet kurze Transportwege, stärkere regionale Wirtschaftskreisläufe und reduzierte Abhängigkeiten. Die Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie leisten dazu einen wichtigen Beitrag – der Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg (ISTE) vertritt mehr als 500 von ihnen mit rund 800 Werken und etwa 15.000 Beschäftigten im Land.

Die Anforderungen an die Branche sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Rohstoffe müssen verantwortungsvoll gewonnen, Ressourcen effizient eingesetzt und Baustoffe stärker im Kreislauf geführt werden. Hinzu kommt der Weg zur Klimaneutralität, der gerade die Kalk- und Zementindustrie vor besondere Herausforderungen stellt. Vieles ist hier bereits in Bewegung: Mehr als 90 Prozent des anfallenden Bauschutts werden heute wiederverwertet. Das ist ein beachtlicher Wert und zeigt, welche Rolle die Kreislaufwirtschaft für die Rohstoffversorgung spielen kann.



Zur Rohstoffgewinnung gehört aber auch der verantwortungsvolle Umgang mit Natur und Landschaft. Abbau bedeutet zunächst einen Eingriff. Gleichzeitig können ehemalige Gewinnungsstätten neue und wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen bieten. Der ISTE beschäftigt sich seit vielen Jahren mit diesen Fragen und arbeitet dabei unter anderem mit dem NABU zusammen. Dieser Ansatz ist richtig: Wir brauchen heimische Rohstoffe, und wir müssen zugleich sorgsam mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen umgehen.

Natürlich gibt es bei der Rohstoffgewinnung unterschiedliche Interessen. Entscheidend ist, dass darüber offen gesprochen wird und am Ende Lösungen stehen, die in der Praxis funktionieren. Der ISTE bringt hier die Erfahrungen seiner Mitgliedsunternehmen ein und ist seit vielen Jahren Ansprechpartner für Politik und Verwaltung.

Die heimische Steine- und Erdenindustrie wird auch in Zukunft gebraucht. Gerade wenn wir Wohnungen bauen, unsere Infrastruktur modernisieren und zugleich unabhängiger bei wichtigen Rohstoffen werden wollen, sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, wo die dafür notwendigen Materialien herkommen. Kurze Wege, eine stärkere Kreislaufwirtschaft und eine verantwortungsvolle heimische Gewinnung gehören für mich deshalb zusammen.

Ich danke dem Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg, seinen Mitgliedsunternehmen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit und den konstruktiven Austausch. Für die kommenden Aufgaben wünsche ich Ihnen viel Erfolg und weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Cem Özdemir

Cem Özdemir

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

»Wir können uns diese Überbürokratie angesichts der Zukunftsaufgaben Infrastrukturmodernisierung und Klimaschutz nicht leisten – weder zeitlich noch personell noch finanziell«



Oliver Mohr,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad,
Präsident des ISTE

Dafür stehen wir: eine leistungsfähige Industrie in Baden-Württemberg

Eine starke Wirtschaft braucht engagierte Unternehmer:innen und zukunftsfähige Rahmenbedingungen. Der ISTE setzt sich dafür ein, dass Baden-Württemberg ein wettbewerbsfähiger Industriestandort mit sicheren Arbeitsplätzen bleibt. Unsere Branche – über 500 Unternehmen an 800 Standorten – beschäftigt rund 15.000 Menschen und erwirtschaftet etwa fünf Milliarden Euro jährlich. Pro Kopf werden rund zehn Tonnen mineralische Rohstoffe pro Jahr benötigt – für Wohnungen, Straßen, Brücken, Bahnlinien und Radwege. Insgesamt sind das 90 bis 110 Millionen Tonnen jährlich.

Wir denken in Kreisläufen: Bereits über 90 Prozent des Bauschutts und des Straßenaufbruchs werden recycelt. Der ISTE steht für kurze Wege, heimische Rohstoffe und einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Unsere Stimme findet Gehör – bei politischen Entscheidungen auf allen Ebenen und im Dialog vor Ort.

Transformation: mit Verantwortung in die Zukunft

Die Wirtschaft steht vor tiefgreifenden Umbrüchen – geopolitisch, wirtschaftlich und ökologisch. Dafür braucht es entschlossenes Handeln, weniger Bürokratie und schnellere Genehmigungen – sonst bleiben wichtige Investitionen in Energie, Industrie und Infrastruktur aus.

Unsere Branche übernimmt Verantwortung: Mit schwimmenden Photovoltaikanlagen (FPV) auf Baggerseen tragen wir zur Energiewende bei – flächenschonend und effektiv. Dafür braucht es jedoch praxistaugliche Regeln statt starrer Ausbaugrenzen.

Zentrale Voraussetzung für Klimaschutz ist das Carbon Management. Die rohstoffgebundene CO₂-Freisetzung in Zement- und Kalkwerken lässt sich nur mit Technologien wie Carbon Capture and Storage (CCS) bewältigen. Damit Baden-Württemberg hier nicht den Anschluss verliert, müssen jetzt die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden – und es muss eine verlässliche CO₂-Infrastruktur entstehen.

Die Branche investiert auch im Bereich Forschung und Entwicklung –
z. B. zur CO₂-Abscheidung durch das internationale Projekt C14C in Heidenheim-Mergelstetten



iste

Auch bei der physischen Infrastruktur besteht großer Nachholbedarf – insbesondere im Straßen- und Schienennetz, aber auch bei der Energie- und Digitalinfrastruktur. Die angekündigten Milliarden müssen in konkrete Projekte fließen. Planungs- und Investitionssicherheit sind dabei entscheidend. Transformation gelingt nur mit der Wirtschaft – nicht gegen sie. Unsere Branche steht bereit – für nachhaltige Baustoffe, klimafreundliche Verfahren und eine leistungsfähige Infrastruktur.

Mobilität braucht eine starke Infrastruktur

Straßen tragen 70 Prozent des Güter- und über 85 Prozent des Personenverkehrs. Damit Versorgung und Mobilität auch künftig gesichert bleiben, müssen die vorgesehenen 11,37 Milliarden Euro aus dem Bundesverkehrswegeplan in priorisierte Projekte investiert werden.

Nur ein verstetigter Straßenbau sichert die Versorgung mit hochwertigen Baustoffen. Der ISTE engagiert sich mit Partnern wie der Aktion Pro Mobil, dem Verband Unternehmer Baden-Württemberg (UBW) und den Industrie- und Handelskammern für intelligente, bezahlbare und nachhaltige Mobilität.

Wohnen darf kein Luxus sein

Der Wohnraumangel trifft besonders junge Familien, Senior:innen und Menschen mit wenig Einkommen. Der ISTE engagiert sich in der Initiative Impulse für den Wohnungsbau, um Planung und Bau von bezahlbarem Wohnraum zu beschleunigen.

Wichtig sind verlässliche Rahmenbedingungen – nicht die Baustoffwahl. Ob Holz oder Stein: Die Entscheidung liegt bei Bauherren und Planer:innen. Im Netzwerk solid UNIT setzen wir uns für den Massivbau ein – langlebig, energieeffizient, nachhaltig.

Weitere Informationen:
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de,
www.solid-unit.de

Energie: sicher, bezahlbar, verfügbar

Die Industrie braucht planbare und bezahlbare Energie. Preissteigerungen oder Engpässe gefährden ganze Wertschöpfungsketten – auch bei systemrelevanten Produkten wie Kalk für die Trinkwasseraufbereitung oder Rauchgasreinigung.

Der ISTE bringt sich in die energiepolitische Debatte auf Landes- und Bundesebene ein – über den Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (bbs) sowie den Verband Unternehmer Baden-Württemberg (UBW). Unsere Forderung: Energie muss für Bevölkerung und Wirtschaft bezahlbar und verlässlich bleiben.

Weitere Informationen:
www.energieintensive.de



Entwicklungen und Aktivitäten

Konjunktur Baden-Württemberg

Die baden-württembergischen Bauunternehmen erwirtschafteten 2025 ein Umsatzvolumen von 16,3 Mrd. Euro. Damit gibt es eine leichte Verbesserung, doch die Perspektiven bleiben unbefriedigend ...

Hauptverband Bauindustrie

Die Krise in der Baustoffindustrie hat sich 2025 weiter abgeschwächt, während der Auftragsmangel im Bauhauptgewerbe in vielen Bereichen bestehen blieb. Eine spürbare Belebung der Baukonjunktur wird – insbesondere im Wohnungsbau – weiterhin überwiegend erst im Laufe des Jahres 2026 erwartet ...

Wohnungsbaupolitik

Der Abwärtstrend im Wohnungsbau hat sich 2025 erstmals seit der Zinswende von 2022 abgeschwächt – doch von einer echten Trendwende ist die Branche noch weit entfernt. Der strukturelle Rückstand aus drei Jahren Baugenehmigungsdefizit lässt sich nicht rasch aufholen ...

Energiepolitik

Von Floating PV und Strompreisen über Lkw-Kraftstoff bis hin zu Wasserstoff: Die Rahmenbedingungen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung werden von unserem Netzwerk auf Bundes- und Landesebene mitgestaltet ...

Carbon Management

Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture, Storage and Usage, CCUS) ist für die Zementindustrie der einzige Weg zur Dekarbonisierung. Die neue Landesregierung hat das Thema fest im Koalitionsvertrag verankert. Die Zeit drängt und die konkreten Schritte müssen nun folgen ...

Meldestelle nach Hinweisgeberschutzgesetz für ISTE-Mitglieder

Nach dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) sind bestimmte Beschäftigungsgeber zur Einrichtung einer internen Meldestelle verpflichtet. Für ISTE-Mitglieder besteht die Möglichkeit, die Rechtsanwaltskanzlei Dres. Hicker & Kollegen als Meldestelle zu benennen ...

Die Unternehmer Baden-Württemberg (UBW)



Die Unternehmer Baden-Württemberg e.V. (UBW) bündeln die Vielfalt und Innovationskraft der baden-württembergischen Wirtschaft – vom familiengeführten Mittelstand bis zum global agierenden Industriekonzern. Als Spitzenverband der Wirtschaft vernetzt UBW Unternehmen, Fachverbände und Organisationen branchenübergreifend und vertritt ihre Interessen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist geprägt von Vielfalt, Innovationskraft und unternehmerischer Verantwortung. Vom familiengeführten Mittelstand bis zum international agierenden Industriekonzern leisten Unternehmen unterschiedlichster Branchen täglich einen entscheidenden Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftlichem Wohlstand. Genau diese Vielfalt bündeln die Unternehmer Baden-Württemberg (UBW) als baden-württembergischer Spitzenverband der Wirtschaft und schaffen eine gemeinsame Plattform für Austausch, Interessenvertretung und Zukunftsgestaltung.

Im Verband engagieren sich Fachverbände und Unternehmen aus Industrie, Handel, Dienstleistungen und Handwerk – darunter Betriebe aus der Che-

mie-, Automobil- und Elektroindustrie aus dem innovativen Mittelstand sowie auch global tätige Marktführer. Über die Fachverbände, Netzwerke und Partnerschaften steht UBW zudem mit rund 650 weiteren Unternehmen und Organisationen im Austausch. Dadurch entsteht ein starkes wirtschaftliches Netzwerk, das unterschiedliche Perspektiven zusammenführt und gemeinsame Lösungen entwickelt.

UBW versteht sich als Stimme der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Ziel ist es, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und ihre Anliegen aktiv in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen. In enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern erarbeitet der Verband Positionierungen zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen und vertritt diese gegenüber

Politik, Verwaltung, Medien und Öffentlichkeit. Der kontinuierliche Dialog mit Entscheidungsträgern auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene bildet dabei eine zentrale Grundlage der Verbandsarbeit.

Im Vorfeld der Landtagswahl organisierte UBW Gesprächsrunden mit Spitzen- und Fachpolitiker:innen verschiedener Parteien



Im Fokus stehen zentrale Zukunftsthemen wie Transformation, Energie, Fachkräftesicherung, Mobilität und Bürokratieabbau.

Die Herausforderungen, mit denen Unternehmen heute konfrontiert sind, sind komplex und dynamisch. Themen wie die Energiewende und die Transformation, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Fachkräftemangel oder zunehmende Regulierung betreffen nahezu alle Branchen gleichermaßen. UBW begleitet diese Entwicklungen aktiv und bringt die Perspektive der Wirtschaft in politische Entscheidungsprozesse ein.

Ein besonderer Fokus liegt auf den Bereichen Energie, Umwelt und Verkehr. Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, die Weiterentwicklung der Mobilitäts- und Verkehrsinfrastruktur oder Fragen rund um europäische Regulierungen wie das Chemikalienrecht und PFAS gehören zu den zentralen Zukunftsthemen. Ebenso relevant sind Fragen der Rohstoffversorgung – sowohl im regionalen als auch im internationalen Kontext. Ziel ist es, nachhaltige Lösungen mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen.

Auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind eine Priorität der Verbandsarbeit. Unternehmen benötigen qualifizierte Fachkräfte, um Innovationen voranzutreiben und Wachstum

zu sichern. Deshalb setzt sich UBW für eine moderne Arbeitsmarktpolitik, gezielte Fachkräfteeinwanderung und bessere Rahmenbedingungen für berufliche Bildung ein. Gleichzeitig beschäftigt sich der Verband intensiv mit Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz von Erwerbsmigration und der erfolgreichen Integration internationaler Fachkräfte in Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Darüber hinaus engagiert sich UBW für den Abbau bürokratischer Hürden und effizientere Verfahren. Langwierige Planungs- und Genehmigungsprozesse, komplexe Regulierungen oder zusätzliche Dokumentationspflichten stellen Unternehmen zunehmend vor Herausforderungen. Der Verband bringt sich deshalb aktiv in Initiativen auf Landesebene ein und setzt sich für praxistaugliche, wirtschaftsfreundliche Lösungen ein.

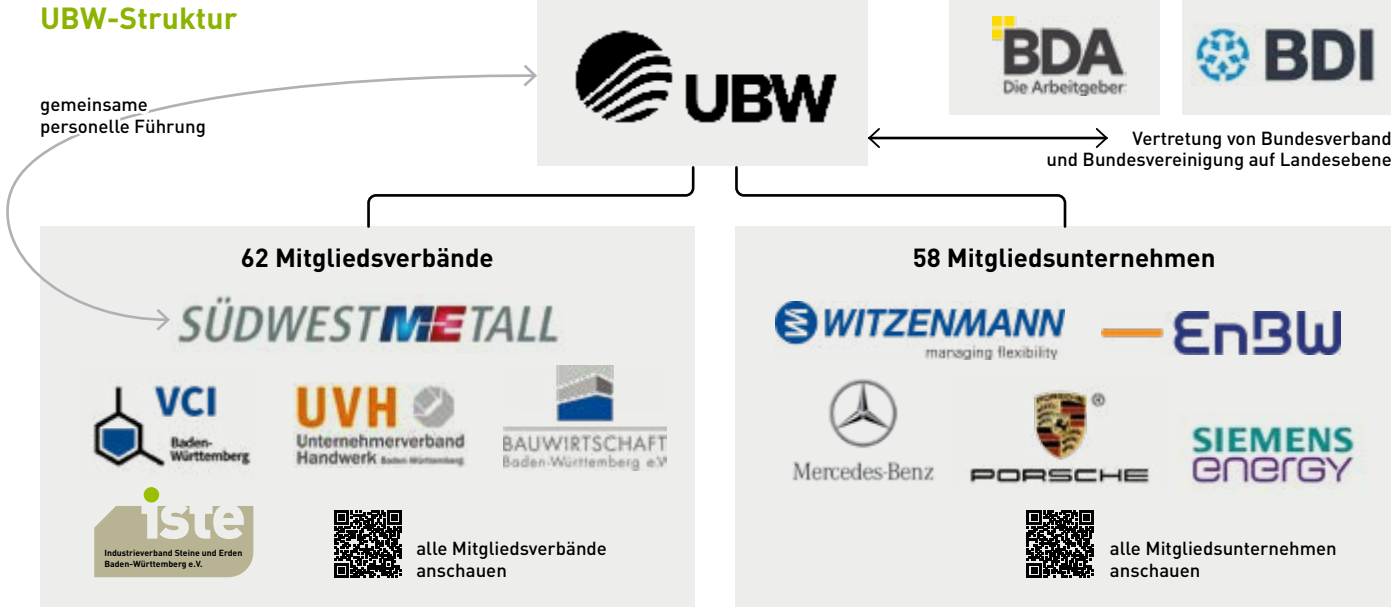
Auch sozialpolitische Themen gewinnen weiter an Bedeutung. Fragen zur Arbeitszeiterfassung, zum Nachweisgesetz, zur Entgelttransparenz oder zur Reform der Sozialbeiträge und Rentensysteme beeinflussen die tägliche Praxis in Unternehmen unmittelbar. UBW begleitet diese Entwicklungen kritisch-konstruktiv und setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die sowohl soziale Verantwortung als auch wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen.

Mit einem starken Netzwerk und klaren Positionen gestaltet UBW die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg aktiv mit.

Neben der politischen Interessenvertretung versteht sich UBW vor allem als Netzwerkorganisation. Der regelmäßige Austausch in Gremien, Arbeitskreisen und Veranstaltungen schafft Raum für Diskussionen, neue Impulse und gemeinsame Initiativen. Kooperationen mit befreundeten Organisationen, Institutionen und Landesagenturen stärken zusätzlich den branchenübergreifenden Dialog und fördern den Wissenstransfer innerhalb der baden-württembergischen Wirtschaft. Dabei handelt UBW parteiunabhängig, lösungsorientiert und im engen Austausch mit seinen Mitgliedern.

Was den Verband auszeichnet, ist das gemeinsame Verständnis, dass wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung untrennbar miteinander verbunden sind. In einer Zeit tiefgreifender Transformation und geopolitischer Unsicherheiten schafft UBW Verbindungen zwischen Unternehmen, Politik und Gesellschaft – und gestaltet die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg damit aktiv mit. Starke Netzwerke schaffen Orientierung, bündeln Kompetenzen und geben der Wirtschaft eine gemeinsame starke Stimme.

UBW-Struktur



»Verantwortungsvolle Tarifpolitik bedeutet für mich, die Leistung unserer Beschäftigten wertzuschätzen und zugleich die Zukunftsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern. Nur wenn beides gelingt, können wir Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Branche langfristig erhalten.«



Dr. Christian Körber,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg,
Vorsitzender des Sozialpolitischen
Ausschusses des ISTE
(seit 20.04.2026)

Unser Auftrag: faire und zukunftsorientierte Arbeitsbedingungen

Der ISTE steht für faire, marktgerechte und zukunftsorientierte Arbeitsbedingungen in der Steine- und Erdenindustrie. Wir setzen uns für einheitliche Standards im Flächentarifvertrag ein und entwickeln branchenspezifische Lösungen, die den besonderen Anforderungen unserer Branche gerecht werden – etwa flexible Arbeitszeitmodelle oder witterungsbedingte Kündigungen mit Wiedereinstellungszusage. Unser Ziel ist es, die Arbeitgeberseite trotz der anhaltend schwierigen konjunkturellen Lage in der Bauwirtschaft und des anhaltenden Fachkräftemangels durch moderne und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen attraktiv zu positionieren.

Tarifpolitik: starke Interessenvertretung für die Branche

Die Tarifpolitik bildet das Herzstück unserer Verbandsarbeit. Als Arbeitgeberverband verhandeln wir mit der IG BAU Flächentarifverträge für die Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg, die für die Mehrheit der Beschäftigten gelten.

Die in Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes verankerte Tarifautonomie ermöglicht es uns, Entgelte und Arbeitszeiten eigenverantwortlich zu gestalten. Der Rahmentarifvertrag (RTV) bietet dabei klare Vorteile: Betriebsfrieden, Entlastung der Unternehmen, Planungssicherheit und praxisgerechte Regelungen besonders für kleine und mittlere Betriebe.

In den vergangenen Jahren haben wir gemeinsam mit der IG BAU wichtige Modernisierungen umgesetzt: Zum 01.01.2024 wurde ein modernes, einheitliches und bildungsweggerechtes Entlohnungssystem eingeführt. Im Rahmen der Entgelt-Tarifverhandlungen 2025 konnte ein weiterer Zweijahresabschluss erzielt werden.



Die Modernisierung des Rahmentarifvertrags wurde konsequent fortgesetzt. Nach Aufnahme der Verhandlungen im Februar 2024 wurden zunächst die Urlaubsregelungen (§§ 14, 15 RTV) zum 01.01.2025 neu gefasst. Insbesondere wurden im März 2026 § 6 X RTV (Erschwereniszuschläge) sowie § 12 III RTV (Arbeitsbefreiung unter Weiterzahlung des ausgefallenen Entgelts) modernisiert und sind zum 01.05.2026 in Kraft getreten.

Auf Bundesebene vertreten wir die Interessen unserer Mitglieder über die Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden (SPA) in Berlin.

Sozialversicherungsrechtliche Begleitung

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Begleitung der Mitgliedsunternehmen bei der neuen Veranlagungspraxis der BG RCI. Seit 2025 werden natursteingewinnende Unternehmen in vielen Fällen vollständig in die Gefahr tariffstelle 24 veranlagt (vorher teilweise getrennte Veranlagung in GT 24 Gewinnung und GT 27 Aufbereitung). Der ISTE unterstützt die betroffenen Mitgliedsunternehmen ab der Anhörung und im Widerspruchsverfahren, um die Interessen der Branche angemessen zu vertreten.

Umfassende Unterstützung für unsere Mitglieder

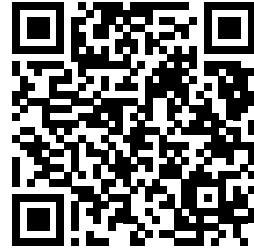
Der ISTE bietet seinen Mitgliedern – mit oder ohne Tarifbindung – ein breites Spektrum an Dienstleistungen:

- schnelle und fundierte rechtliche Beratung im Arbeits- und Sozialrecht durch unsere Rechtsabteilung, jederzeit telefonisch oder per E-Mail erreichbar, etwa bei Vertragsgestaltung, Kündigungen oder einvernehmlichen Lösungen,
- Unterstützung bei Konflikten über Arbeitsbedingungen, vorzugsweise außergerichtlich, bei Bedarf auch vor Arbeitsgerichten,
- Vertretung in behördlichen Verfahren,
- Begleitung in Verhandlungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz, mit Sozialversicherungsträgern oder Gewerkschaften,
- kostenloser Zugang zu branchenspezifischen Musterverträgen, wie Arbeitsverträgen, Aufhebungsverträgen oder Regelungen zur Kurzarbeit,
- Mediationsverfahren,
- Teamcoachings und Workshops u. a. zur Konfliktprävention.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilung profitieren von diesen Leistungen.

Mediation und Coaching

Seit Frühjahr 2022 bieten wir unseren Mitgliedern bei innerbetrieblichen Konflikten die Möglichkeit einer Mediation an. Dieses Angebot wird mit Erfolg von unseren Mitgliedsunternehmen genutzt. Ergänzend setzen wir mit unserem Coaching-/Workshop-Angebot auf präventive Maßnahmen, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und eine positive Unternehmenskultur zu fördern.



Entwicklungen und Aktivitäten

Modernisierung des Rahmentarifvertrags

Die Tarifvertragsparteien haben den Rahmentarifvertrag (RTV) weiter modernisiert. Insbesondere wurden im März 2026 folgende Vorschriften modernisiert und sind zum 1.5.2026 in Kraft getreten:

- § 6 X. RTV – Erschwerungszuschläge, • § 12 III. RTV – Arbeitsbefreiung unter Weiterzahlung des ausgefallenen Entgelts.
- Die Urlaubsregelungen (§§ 14 und 15 RTV) wurden bereits zum 1.1.2025 neu gefasst.
Die Verhandlungen zur umfassenden Überarbeitung hatten im Februar 2024 begonnen.

Einzelberatung und Prozessvertretung

Die Beratung und Vertretung vor Arbeits- und Sozialgerichten gehören zu den Standardleistungen des Verbandes. Dazu gehört umfassende Unterstützung in Verfahren ...

Mediation und Coaching

Mediation wird als eigenständige Leistung angeboten, um innerbetriebliche Konflikte außergerichtlich konstruktiv zu lösen. Ergänzend bieten wir Coaching- und Workshop-Formate zur Konfliktprävention und Förderung einer positiven Unternehmenskultur an ...

Veranstaltungen

Wichtige Erkenntnisse aus Verbandsarbeit und Einzelberatung werden in regelmäßigen Schulungen für Personalarbeit weitergegeben ...



Im Interview: Dr. Christian Körber, der neue Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des ISTE (SPA)

Herr Dr. Körber, Sie sind seit vielen Jahren Leiter HR Germany bei Heidelberg Materials. Was hat Sie persönlich bewogen, zusätzlich die ehrenamtliche Aufgabe als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des ISTE zu übernehmen?

Die Übernahme dieser Aufgabe ist für mich eine große Ehre und zugleich eine bewusste Entscheidung. Die Steine- und Erdenindustrie ist eine Schlüsselbranche für Baden-Württemberg: Ohne unsere Unternehmen gibt es keinen Wohnungsbau, keine Infrastruktur, keine Energiewende und keine regionale Wertschöpfung in vielen ländlichen Räumen.

Als Personalverantwortlicher erlebe ich täglich, wie wichtig gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte sind. Tarif- und Sozialpolitik sind dabei keine abstrakten Themen,

sondern sie entscheiden ganz konkret darüber, ob Betriebe wettbewerbsfähig bleiben, ob Arbeitsplätze sicher sind und ob wir junge Menschen für unsere Branche gewinnen können.

Meine Motivation ist, mich gemeinsam mit den Mitgliedsunternehmen des ISTE für eine verantwortungsvolle, praxisnahe und zukunftsfähige Tarifpolitik einzusetzen. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist es entscheidend, Orientierung zu geben und Interessen mit Augenmaß zu vertreten.

Nach 17 Jahren lösen Sie Martin Kronimus ab, der als mittelständischer Unternehmer den SPA geprägt hat. Welche Impulse möchten Sie einbringen, und wo sehen Sie Kontinuität?

Zunächst möchte ich hervorheben, dass Martin Kronimus über viele Jahre hinweg eine außerordentlich erfolgreiche Arbeit für den Sozialpolitischen Ausschuss geleistet hat. Er hat konsequent den Blick des mittelständischen Unter-

Ehrung und Verabschiedung von Martin Kronimus durch den Sozialpolitischen Ausschuss des ISTE
(v.l.n.r.: Marijo Kovac, Jörg Schanow, Martin Kronimus und Dr. Christian Körber)

nehmers eingebracht, die Tarifpolitik immer nah an der betrieblichen Realität, lösungsorientiert und mit einem klaren Verständnis für die Besonderheiten unserer Branche geführt. Daran möchte ich ausdrücklich anknüpfen.

Kontinuität sehe ich vor allem in drei Punkten: erstens in der starken Praxisorientierung, zweitens in der verlässlichen Vertretung der Mitgliederinteressen und drittens in einer konstruktiven, aber klaren Sozialpartnerschaft.

Eigene Impulse möchte ich insbesondere dort setzen, wo sich Tarifpolitik im Zuge der Transformation unserer Industrie verändert: beim Fachkräftemangel, bei zukünftiger Mitarbeitergewinnung und -bindung, bei Qualifizierung, bei Führungskultur sowie bei der Frage, wie wir tarifliche Regelungen so gestalten, dass sie sowohl für größere Unternehmen als auch für kleine und mittelständische Betriebe handhabbar bleiben.

Der ISTE dankt Martin Kronimus!

Nach 17 Jahren engagierter und erfolgreicher Tätigkeit hat Martin Kronimus im April 2026 den Vorsitz des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) des ISTE abgegeben.

Unter seiner Führung hat der Ausschuss die Tarifpolitik der Branche maßgeblich gestaltet. Besonders hervorzuheben sind die erfolgreichen Tarifabschlüsse auch in schwierigen wirtschaftlichen Phasen, die Verhandlung und Einführung eines neuen Entgeltrahmentarifvertrags (ERTV) sowie die laufende Modernisierung des Rahmentarifvertrags (RTV).

Martin Kronimus bleibt dem SPA als Mitglied erhalten und wird sich wei-

terhin aktiv in die Modernisierungsverhandlungen einbringen.

In seiner Abschiedsrede würdigte der stellvertretende Vorsitzende Jörg Schanow (Knauf Gips KG) die Verdienste seines langjährigen Weggefährten: „Du bist ein Unternehmer mit großem Geschick. Wir haben viel von dir gelernt. Du hast uns in den 17 Jahren zu guten Abschlüssen geführt und immer wertschätzend mit uns gearbeitet. Es war dir stets wichtig, alle Interessen zu vertreten und die Gruppe zusammenzuhalten.“

Zum neuen Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses wurde am 20.04.2026 einstimmig Dr. Christian



Martin Kronimus, Kronimus AG, Iffezheim

Körber (Heidelberg Materials AG) gewählt. Jörg Schanow bleibt weiterhin stellvertretender Vorsitzender.

Der ISTE dankt Martin Kronimus herzlich für seinen außergewöhnlichen Einsatz und seine prägende Arbeit über fast zwei Jahrzehnte.

Als Personalverantwortlicher eines großen Konzerns vertreten Sie nun auch die Interessen kleiner und mittelständischer Betriebe. Wie hat Sie Ihre Konzernerfahrung darauf vorbereitet?

Natürlich unterscheiden sich die Strukturen eines großen Konzerns von denen vieler mittelständischer Betriebe. Die grundlegenden Herausforderungen sind jedoch häufig sehr ähnlich: Wir alle brauchen qualifizierte Mitarbeitende, verlässliche tarifliche Rahmenbedingungen, wettbewerbsfähige Kostenstrukturen und eine hohe Attraktivität als Arbeitgeber.

Meine Erfahrung aus einem größeren Unternehmen hilft mir, komplexe tarif- und personalpolitische Themen systematisch zu analysieren, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen und langfristige Entwicklungen frühzeitig einzuordnen. Gleichzeitig ist mir bewusst, dass Lösungen in unserer Branche nur dann erfolgreich sind, wenn sie auch in kleineren Betrieben funktionieren.

Gerade deshalb ist mir der enge Austausch mit den mittelständischen Mitgliedsunternehmen besonders wichtig. Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, Konzernlösungen auf den Mittelstand zu übertragen, sondern Erfahrungen nutzbar zu machen, wo sie helfen – und gleichzeitig die betriebliche Realität der Mitgliedsunternehmen konsequent miteinzudenken.

Die Branche steht vor großen Herausforderungen: Baukrise, hohe Energiekosten, strenge Genehmigungsverfahren und Fachkräftemangel. Welche sozial- und tarifpolitischen Themen haben für Sie in den nächsten zwei Jahren oberste Priorität?

Aus meiner Sicht stehen in den kommenden zwei Jahren drei Themen im Mittelpunkt.

Erstens müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichern. Die Baukrise, hohe Energie- und Regulierungskosten sowie langwierige Genehmigungsverfahren belasten viele Betriebe erheblich. Tarifpolitik darf diese Realität nicht ausblenden.

Zweitens müssen wir die Branche als attraktiven Arbeitgeber weiterentwickeln. Dazu gehören faire und nachvollziehbare Entgeltstrukturen, moderne Qualifizierungsangebote, gute Führung und klare Entwicklungsperspektiven.

Drittens müssen tarifliche Regelungen praktikabel bleiben. Unsere Mitgliedsstruktur ist mittelständisch geprägt. Deshalb brauchen wir Lösungen, die rechtssicher und verlässlich sind, die Unternehmen aber nicht durch zusätzliche Komplexität überfordern.

Für mich geht es darum, soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammenzubringen. Beides gehört untrennbar zusammen.



Im Blickpunkt: Sozialpolitischer Ausschuss des ISTE

Tarifpolitik muss immer die Balance zwischen Wertschätzung der Beschäftigten und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen halten. Wie wollen Sie als neuer SPA-Vorsitzender diese Balance sicherstellen?

Eine gute Tarifpolitik beginnt mit Ehrlichkeit über die wirtschaftliche Lage. Wertschätzung für Beschäftigte ist wichtig und richtig – gerade in einer Branche, in der viele Menschen täglich anspruchsvolle Arbeit leisten. Gleichzeitig können Tarifabschlüsse nur dann nachhaltig sein, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen berücksichtigen.

Deshalb ist es entscheidend, Verhandlungen faktenbasiert, transparent und mit klarem Blick für die Gesamtbranche zu führen. Wir müssen deutlich machen, welche Belastungen auf den Unternehmen liegen, aber auch anerkennen, welchen Beitrag die Beschäftigten leisten.

Die richtige Balance entsteht nicht durch Maximalforderungen, sondern durch tragfähige Kompromisse. Ziel muss sein, Beschäftigung zu sichern, Unternehmen handlungsfähig zu halten und gleichzeitig faire Rahmenbedingungen für die Mitarbeitenden zu schaffen.

Heidelberg Materials hat umfangreiche Erfahrungen mit moderner Personalarbeit, Mitarbeiterbeteiligung und Transformation. Welche Ansätze aus dem Konzern könnten den Mittelständlern des ISTE helfen?

Aus meiner Sicht sind vor allem drei Ansätze übertragbar – selbstverständlich immer angepasst an die jeweilige Betriebsgröße.

Erstens: eine vorausschauende Personalplanung. Unternehmen sollten frühzeitig wissen, welche Kompetenzen sie künftig brauchen und wo Engpässe entstehen können.

Zweitens: Qualifizierung und Entwicklung. Transformation gelingt nur mit den Menschen im Unternehmen. Gerade bei Digitalisierung, neuen Technologien, Nachhaltigkeit und Arbeitssicherheit brauchen Beschäftigte passende Weiterbildungsangebote.

Drittens: Beteiligung und Kommunikation. Veränderung funktioniert besser, wenn Mitarbeitende verstehen, warum etwas notwendig ist, und wenn sie aktiv einbezogen werden. Das gilt im Konzern genauso wie im mittelständischen Betrieb.

Ich glaube, dass viele mittelständische Unternehmen hier bereits sehr stark sind – oft pragmatischer und schneller als große Organisationen. Der ISTE kann helfen, gute Beispiele sichtbarer zu machen und voneinander zu lernen.

Stichwort Fachkräftemangel: Wie kann eine verantwortungsvolle Tarif- und Sozialpolitik die Branche als attraktiven Arbeitgeber positionieren?

Attraktivität entsteht aus mehreren Faktoren. Entgelt ist wichtig, aber nicht der einzige Faktor. Beschäftigte und Bewerber achten heute auch auf Entwicklungsmöglichkeiten, Arbeitsplatzsicherheit, Führung, Vereinbarkeit, Sinnhaftigkeit und die Zukunftsfähigkeit einer Branche.

Ein moderner Entgelttrahmentarifvertrag kann dazu beitragen, Tätigkeiten nachvollziehbar zu bewerten, Entwicklungsperspektiven transparenter zu machen und die Branche insgesamt wettbewerbsfähiger am Arbeitsmarkt zu positionieren.

Die Steine Erden Akademie ist ein weiterer wichtiger Baustein. Sie kann Qualifizierung bündeln, Fachwissen vermitteln und Beschäftigten zeigen: In dieser Branche kann man sich entwickeln, Verantwortung übernehmen und langfristig Perspektiven finden.

Gerade für junge Menschen müssen wir stärker sichtbar machen, dass unsere Industrie modern, technologieorientiert, nachhaltig und gesellschaftlich relevant ist. Wir bauen im wahrsten Sinne des Wortes die Grundlage für Zukunft.

Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und Biodiversität: Wie lassen sich diese umweltpolitischen Ziele mit einer starken Sozialpartnerschaft verbinden?

Nachhaltigkeit darf nicht allein ökologisch verstanden werden. Wirklich nachhaltig ist eine Entwicklung nur dann, wenn sie ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte miteinander verbindet.

Unsere Branche leistet wichtige Beiträge zu Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung und Biodiversität. Gleichzeitig brauchen diese Veränderungen qualifizierte Beschäftigte, sichere Arbeitsplätze und Unternehmen, die investieren können.

Hier spielt Sozialpartnerschaft eine wichtige Rolle. Wenn Veränderung gemeinsam gestaltet wird, entstehen Akzeptanz und Vertrauen. Beschäftigte müssen verstehen, welche Chancen neue Technologien, Recycling, CO₂-Reduktion oder Biodiversitätskonzepte bieten – und welche Qualifikationen dafür künftig benötigt werden.

Gute Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit sind kein Gegensatz. Im Gegenteil: Eine Branche, die sich ökologisch weiterentwickelt und gleichzeitig verlässliche Beschäftigung bietet, wird auch als Arbeitgeber attraktiver.

Rohstoffsicherung und Raumordnung: Welche Rolle spielt die Tarif- und Sozialpolitik dabei, langfristig sichere Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung zu erhalten?

Rohstoffsicherung ist zunächst ein industrie- und standortpolitisches Thema, hat aber unmittelbare sozialpolitische Auswirkungen. Wenn Unternehmen keine Rohstoffe mehr gewinnen können oder Genehmigungsverfahren zu lange dauern, geraten Standorte, Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung unter Druck.

Tarif- und Sozialpolitik kann diese Herausforderungen nicht allein lösen, aber sie kann einen wichtigen Beitrag leisten. Sie schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Beschäftigte und Unternehmen und stärkt damit die Stabilität der Branche.

Gleichzeitig müssen wir deutlich machen: Sichere Arbeitsplätze setzen sichere Produktionsgrundlagen voraus. Wer regionale Rohstoffgewinnung erschwert, gefährdet nicht nur Unternehmen, sondern auch Beschäftigung, Ausbildung und Investitionen vor Ort.

Deshalb gehören Rohstoffsicherung, Standortpolitik und Sozialpolitik enger zusammen, als es auf den ersten Blick scheint.

Der SPA ist das zentrale Gremium für sozial- und tarifpolitische Fragen im ISTE. Welche Ziele haben Sie sich gesetzt – gibt es ein Thema, das Ihnen besonders am Herzen liegt?

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, insbesondere der IG BAU, ist von einem gewachsenen gegenseitigen Verständnis geprägt. Natürlich gibt es unterschiedliche Interessen – das liegt in der Natur von Tarifpolitik. Entscheidend ist aber, dass man respektvoll miteinander umgeht und die Realität der Branche ernst nimmt.

Potenzial sehe ich vor allem darin, Zukunftsthemen noch stärker gemeinsam zu bearbeiten. Dazu zählen Fachkräftesicherung, Qualifizierung, Transformation, Arbeitssicherheit und die Attraktivität der Branche.

Eine moderne Sozialpartnerschaft sollte nicht nur auf Tarifrunden reduziert werden, sondern dazu beitragen, gemeinsame Antworten auf strukturelle Herausforderungen zu finden. Das setzt voraus, dass beide Seiten bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, und sich nicht nur an kurzfristigen Positionen orientieren.

Abschließend: Wie sieht für Sie die Steine- und Erdenindustrie in BW im Jahr 2030 aus – welche Rolle spielt dabei eine verantwortungsvolle Tarifpolitik?

Mein Ziel ist es, den Sozialpolitischen Ausschuss als starkes, praxisnahes und zukunftsorientiertes Gremium weiterzuführen. Dabei sind mir vier Punkte besonders wichtig.

Erstens möchte ich den Austausch zwischen den Mitgliedsunternehmen weiter stärken – insbesondere zwischen größeren Unternehmen und Mittelstand.

Zweitens möchte ich tarifpolitische Themen so vorbereiten, dass sie die wirtschaftliche Realität der Betriebe klar abbilden.

Drittens möchte ich die Fachkräftefrage noch stärker in den Mittelpunkt rücken – von Ausbildung über Qualifizierung bis hin zur Arbeitgeberattraktivität.

Und viertens liegt mir das Thema Arbeitssicherheit und Kultur besonders am Herzen. Gute Arbeit bedeutet nicht nur faire Bezahlung, sondern auch sichere Arbeitsplätze, gute Führung und ein Umfeld, in dem Menschen Verantwortung übernehmen können.

Wenn es uns gelingt, wirtschaftliche Stärke, soziale Verantwortung und Zukunftsfähigkeit miteinander zu verbinden, hat der SPA seine Aufgabe erfüllt.

Bleiben wir im Jahr 2030 – welche Rolle spielen eine verantwortungsvolle Tarifpolitik, die besondere Berücksichtigung mittelständischer Strukturen sowie die Themen Nachhaltigkeit und Rohstoffsicherung?

Für das Jahr 2030 wünsche ich mir eine Steine- und Erdenindustrie, die als unverzichtbarer Teil der Transformation wahrgenommen wird: regional verankert, wirtschaftlich stark, nachhaltig ausgerichtet und attraktiv für Beschäftigte.



Dr. Christian Körber
Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des ISTE
(seit 20.04.2026)

Dazu braucht es Unternehmen, die investieren können, verlässliche politische Rahmenbedingungen, beschleunigte Genehmigungsverfahren und eine aktive Rohstoffsicherung. Ohne heimische Rohstoffe wird es weder bezahlbares Bauen noch leistungsfähige Infrastruktur noch regionale Wertschöpfung geben.

Eine verantwortungsvolle Tarifpolitik wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Sie muss gute Arbeitsbedingungen ermöglichen, gleichzeitig aber die besondere Struktur unserer Branche berücksichtigen. Viele Mitgliedsunternehmen sind mittelständisch geprägt. Tarifliche Lösungen müssen deshalb fair, verlässlich und zugleich praktikabel sein.

Nachhaltigkeit, Rohstoffsicherung und Sozialpolitik gehören für mich zusammen. Wenn wir diese Themen klug verbinden, kann unsere Branche 2030 moderner, sichtbarer und selbstbewusster dastehen als heute – als Arbeitgeber, als Wirtschaftsfaktor und als Partner für die Zukunft Baden-Württembergs.

»Baden-Württemberg will bauen, modernisieren und klimaneutral werden. Dafür braucht das Land nicht nur Flächen für Wohnen, Infrastruktur und erneuerbare Energien, sondern auch die mineralischen Rohstoffe, aus denen diese Zukunft entsteht.«



Oliver Mohr,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad,
Vorsitzender des Umwelt- und
Rohstoffausschusses im ISTE

Dafür stehen wir

Der ISTE vertritt die Belange der Rohstoffwirtschaft gegenüber der Landes- und Regionalplanung sowie gegenüber den zuständigen Fachbehörden. Er versteht sich dabei sowohl als Interessenvertretung als auch als fachlicher Ansprechpartner. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen insbesondere die Sicherung von Flächen für die Rohstoffgewinnung in den Regionalplänen sowie die Neuaufstellung

des Landesentwicklungsplans. Diese Aktivitäten erfolgen auf Grundlage des Landesplanungsgesetzes. Darüber hinaus bringt sich der ISTE aktiv in sämtliche überörtliche Planungsprozesse ein, die im Zusammenhang mit den Rohstoffgewinnungsstätten des Landes, deren Gesteinsvorkommen sowie weiteren ausgewiesenen Rohstoffvorkommen stehen. Unser übergeordnetes Ziel ist die nachhaltige Sicherung der heimischen Rohstoffversorgung. Dazu gehört es, in den relevanten Plänen und Programmen die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen zu schaffen – etwa durch die Darstellung von Vorrang- und Sicherungsgebieten zur langfristig geordneten Aufsuchung und Gewinnung standortgebundener Rohstoffe.

Abbaustätten sind wichtig

Ein zentrales Anliegen des ISTE ist die dezentrale Verteilung von Rohstoffgewinnungsstätten über das gesamte Landesgebiet. Dadurch können Transportwege kurz gehalten und verkehrsbedingte Emissionen wirksam reduziert werden. Der ISTE spricht sich deshalb ausdrücklich gegen eine Reduzierung der Anzahl an Abbaustätten in der Regionalplanung aus. Eine Konzentration

auf wenige Großstandorte würde nicht nur zu erheblichen Belastungen für die betroffenen Regionen führen, sondern auch die Versorgungssicherheit gefährden. Die Erfahrung zeigt: Je breiter die Verteilung, desto robuster ist das System – insbesondere in Zeiten gestiegener Genehmigungsanforderungen und zunehmender Flächenkonkurrenz. Nur mit einer ausreichenden Anzahl an Standorten lässt sich eine flächendeckende und stabile Versorgung dauerhaft sicherstellen.

Neuaufschlüsse sind nötig

Bestehende Abbaustätten sollen bis zur Neige abgebaut werden. Wo eine Erweiterung nicht mehr möglich ist, muss eine Nachfolgefläche bereitgestellt werden. Für eine gesicherte Rohstoffversorgung sind daher Neuaufschlüsse unverzichtbar. Die Regionalplanung ist hier gefordert, entsprechende Flächen vorausschauend festzulegen. Dabei gilt das Prinzip „One in, one out“: Für jede nicht erweiterbare, regional bedeutsame Abbaustätte sollte ein neuer Standort planerisch gesichert werden. Entscheidend ist, dass hierfür Standorte vorgesehen werden, die über eine hohe Lagerstättenqualität

Dezentral und regional gewonnene mineralische Rohstoffe
sind die Basis für unsere moderne Infrastruktur

iste



und -mächtigkeit verfügen, geringe Abraummächtigkeiten aufweisen und möglichst konfliktarm nutzbar sind. Darüber hinaus kann die Mitnutzung bestehender Infrastrukturen – beispielsweise von Schiffsverladeanlagen an Rhein und Neckar – zusätzlich zur Effizienz beitragen. Auch wirtschaftliche Aspekte sind zu berücksichtigen: Eine bedarfsgerechte Dimensionierung der Vorranggebiete ermöglicht effiziente Genehmigungsverfahren und eine langfristig gesicherte Rohstoffversorgung.

Gewichtung der Rohstoffsicherung in der Regionalplanung

Mit der gesetzlichen Vorgabe, mindestens zwei Prozent der Landesfläche für erneuerbare Energien bereitzustellen, ist der Flächendruck weiter gestiegen. In den vergangenen Jahren standen daher bei den Regionalverbänden insbesondere die Fortschreibungen zu Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik im Fokus. Der ISTE hat sich in diese Verfahren eingebracht, um Nutzungskonflikte mit bestehenden und geplanten Rohstoffgewinnungsflächen frühzeitig aufzuzeigen.

Die Verfahren sind inzwischen in weiten Teilen fortgeschritten oder bereits abgeschlossen. Die wesentlichen fachlichen Belange der Rohstoffsicherung konnten in die Planungsprozesse eingebracht werden. Teilweise stehen noch Anzeigeverfahren oder die Auswertung weiterer Stellungnahmen aus.

Der ISTE setzt sich dafür ein, in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher mineralischer Rohstoffe mit einem Planungshorizont von 20 Jahren sowie Vorranggebiete zur langfristigen Sicherung für weitere 25 Jahre festzulegen. Ziel ist eine Rohstoffsicherung über insgesamt 45 Jahre und damit mehr Planungssicherheit für Investitionen und regionale Wertschöpfung.

Heimische mineralische Rohstoffe sind strategisch relevant. Ihr Zugang darf nicht durch andere raumbedeutsame Nutzungen eingeschränkt werden. Die Rohstoffwirtschaft stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe, schafft Arbeitsplätze und trägt insbesondere im ländlichen Raum zur wirtschaftlichen Stabilität bei. Der ISTE setzt sich daher für eine abgestimmte und langfristig ausgerichtete Rohstoffpolitik auf allen Ebenen, von der EU über den Bund bis in die Regionen, ein.

Wissensvorsprung durch digitale Geodaten

Im Zuge von Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung ist der Zugriff auf raumbezogene Daten für Unternehmen essenziell. Das vom Bundesverband MIRO gemeinsam mit den Landesrohstoffverbänden finanzierte Geoinformationssystem GisInfoService bietet dafür eine leistungsfähige und praxisnahe Plattform. Es ermöglicht die gezielte Auswertung von Standortdaten, etwa zur Lage von Lagerstätten, bestehenden Abbaubereichen oder rechtlichen Rahmenbedingungen. Durch Zusatzmodule wie das Grundstücks- und Genehmigungsmodul lässt sich die Anwendung um wichtige Funktionen erweitern – etwa zur Verwaltung von Flurstücken, Vertragsdokumenten oder Genehmigungsdaten. Die Integration in ein digitales Kartenwerk sorgt für Übersichtlichkeit und Transparenz. Das System ist bundesweit etabliert und wird regelmäßig weiterentwickelt. Informationen und Zugang sind unter www.GisInfoService.de zu finden.



Entwicklungen und Aktivitäten

Gemeinsam planen – Rohstoffe und Erneuerbare im Gleichgewicht halten

Durch gute Abstimmung mit den Regionalverbänden konnten viele Konflikte vermieden werden. Jetzt braucht es ein klares Bekenntnis: Die Versorgung mit heimischen Rohstoffen ist ein überragendes öffentliches Interesse ...

Rohstoffsicherung in den Regionen

In den zwölf Regionen des Landes werden Gebiete zum Abbau und zur Sicherung oberflächennaher Rohstoffe festgelegt. Wird durch die Novelle des Landesplanungsgesetzes die Genehmigung der Regionalpläne schneller? Die Erwartungen sind hoch – erste Antworten wird das kommende Jahr liefern ...

Umsetzung des Konzepts

Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe in Baden-Württemberg

Welche heimischen Rohstoffe sind selten, besonders wertvoll oder künftig knapp? Mit dieser Frage befasste sich der „Runde Tisch Heimische Rohstoffe“, bei dem Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden die künftige Bedarfsermittlung mineralischer Rohstoffe diskutierten ...

Von der ISTE-Resolution zum Koalitionsvertrag



Baden-Württemberg hat eine neue Landesregierung – was bedeutet das für unsere Unternehmen?

Politisch intensive Monate liegen hinter uns. Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg und den darauffolgenden Koalitionsverhandlungen liegt nun der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung „Aus Verantwortung fürs Land“ vor. Für die Steine- und Erdenindustrie ist das Ergebnis durchaus erfreulich – hier die Einschätzung im Kurzüberblick.

Eine Branche macht sich hörbar

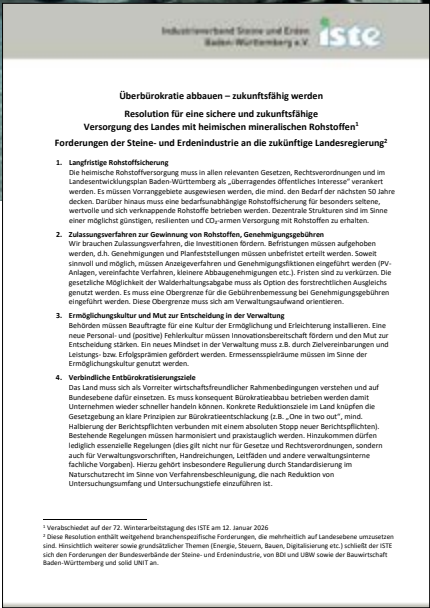
Im Vorfeld der Wahl hat der ISTE sein politisches Engagement deutlich intensiviert. Auf der 72. Winterarbeitstagung am 12. Januar 2026 verabschiedeten die über 200 Anwesenden einstimmig eine Resolution mit dem Titel „Überbürokratie abbauen – zukunftsfähig werden“. Das 11-Punkte-Papier formulierte konkrete branchenspezifische Forderungen an die zukünftige Landesregierung: von der Genehmigungsbeschleunigung über eine echte Ermöglichungskultur in der Verwaltung bis hin zu praxisnahen

Regelungen für den Biotopverbund oder beim Umgang mit Bodenaushub. Die Resolution wurde in Diskussionsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung eingehend beleuchtet – auch die demokratischen Fraktionsvorsitzenden waren an der Debatte beteiligt.

Parallel dazu brachte sich der ISTE als Interessenvertretung über vielfältige demokratische Wege während des Wahlkampfs und der Koalitionsverhandlungen ein. Das Ziel: Sicherstellen, dass die Anliegen der Branche im neuen Regierungsprogramm Gehör finden.

Der Koalitionsvertrag: Mehr als erwartet

Seit dem 13. Mai 2026 regiert in Baden-Württemberg die neue Landesregierung. Mit dem nun vorliegenden Koalitionsvertrag lässt sich aus Verbandssicht sagen: Da steht viel Sinnvolles drin. Nahezu alle elf Punkte der Resolution finden sich inhaltlich im Koalitionsvertrag wieder – zum Teil sogar in verschärfter Variante. Themen wie Genehmigungs-



Die Resolution enthält 11 Forderungen und Vorschläge zur Verwaltungsreform, die bei der diesjährigen Winterarbeitstagung von Politik und Industrie diskutiert wurden

beschleunigung, Ermöglichungskultur, Biotopverbund, Anti-Gold-Plating oder Populationsschutz tauchen gleich an mehreren Stellen des Dokuments auf.

Besonders bemerkenswert im Kapitel Staatsmodernisierung: Die neue Regierung bekennt sich ausdrücklich zu einer Verwaltungskultur, die auf Vertrauen, Ermöglichung und Eigenverantwortung setzt – mit klarer Rückendeckung für Führungskräfte bei Ermessensentscheidungen. Das ist ein deutliches Signal gegen lähmende Absicherungsmentalität in der Verwaltung. Hinzu kommen eine verbindliche „One in, two out“-Regel für neue Vorschriften,

Auf der Winterarbeitstagung im Januar 2026 verabschiedete die versammelte Steine- und Erdenindustrie die Resolution nach eingängiger Debatte – unter anderem mit Raimund Haser (CDU)



ein Effizienzgesetz mit Befristung von Berichtspflichten bis Ende 2027, ein Anti-Gold-Plating-Gesetz sowie Genehmigungs- und Vollständigkeitsfiktionen, die Verfahren rechtssicher beschleunigen. Auch Sunset-Klauseln – also Verfallsdaten für Regelungen – sowie Praxis-Checks und Reallabore gehören zum Programm. Das sind keine Absichtserklärungen, sondern konkrete Instrumente.

Rohstoffe, Naturschutz und Kreislaufwirtschaft: Branche direkt adressiert

Explizit zur Steine- und Erdenindustrie verspricht der Koalitionsvertrag Folgendes: „Baden-Württemberg verfügt über bedeutende Vorkommen an lebensnotwendigen Rohstoffen. Deshalb setzen wir uns mit vereinfachten und beschleunigten Genehmigungsverfahren weiter für die Gewinnung von heimischen Rohstoffen und das Rohstoffrecycling ein.“ Damit wird die Versorgungssicherheit mit heimischen mineralischen Rohstoffen als politische Aufgabe anerkannt – auch hier ein wichtiges Signal.

Im Bereich Rohstoffe und Kreislaufwirtschaft soll der Landesentwicklungsplan künftig als „Ermöglichungsrahmen“ fungieren und Standorte durch Ange-

botsplanung sichern. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz soll novelliert, regionale Sekundärrohstoffzentren sollen aufgebaut und Bodenaushub pragmatisch gehandhabt werden – alles Punkte, für die sich der ISTE seit Jahren starkmacht.

Auch beim Naturschutz gibt es bemerkenswerte Weichenstellungen: Gewinnungsstätten sollen ausdrücklich als Teil des Biotopverbunds anerkannt werden. Der Grundsatz „Populationsschutz vor Individuenschutz“ findet sich ebenso im Vertrag wie die Prüfung von Verwaltungsstrukturen im Naturschutz auf Durchlässigkeit und Beschleunigungspotenzial. Die Ökoko-Konto-Verordnung soll novelliert und Ausgleichsmaßnahmen für gemeinnützige Projekte sollen flexibilisiert werden. Auch beim Gold-Plating der EU-Wiederherstellungsverordnung setzt die neue Regierung auf Zurückhaltung.

Klimaschutz und Energie: CCS als Chance

Ein Thema, das der ISTE in den vergangenen Jahren intensiv vorangetrieben hat, findet sich nun ebenfalls im Koalitionsvertrag: die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS). Die neue Regierung spricht sich für eine schnelle

CCS-Infrastruktur, ein Opt-in-Votum des Landes zur Onshore-Speicherung über das KSpTG sowie CCS-basierte Negativemissionen im Emissionshandelssystem aus. Das sind wichtige Voraussetzungen für die Dekarbonisierung prozessbedingter, unvermeidbarer Emissionen in der Kalk- und Zementindustrie.

Im Energiebereich setzt die Koalition auf den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren, eine Taskforce zur Netzausbaubeschleunigung sowie auf Wasserstoff, eFuels und reFuels – Optionen, die auch für den Schwerlastverkehr und energieintensive Produktionsprozesse relevant sind. Beim Verkehr ist positiv hervorzuheben, dass auf Landesstraßen keine Lkw-Maut eingeführt werden soll – eine klare Entlastung für die transportintensive Branche.

Ein kritischer Punkt

Einen Wermutstropfen enthält der Koalitionsvertrag aus Sicht des ISTE: Die Holzbau-Offensive soll fortgeführt und weiterentwickelt werden. Dies ist ein fundamentaler Widerspruch zu der an anderer Stelle deklarierten Technologieoffenheit, der dringend aufgelöst werden sollte. Unsere Branche setzt sich mit Nachdruck für eine dekarbonisierte und umweltfreundliche Produktion ein. Eine pauschalisierte Benachteiligung mineralischer Rohstoffe ist nicht gerechtfertigt und vor allem der Transformation nicht dienlich.

Fazit: Jetzt kommt es auf die Umsetzung an

Der Koalitionsvertrag enthält aus Sicht der Steine- und Erdenindustrie bemerkenswert viele richtige Ansätze. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viel unnötige Bürokratie auf Bundes- oder EU-Regelungen zurückzuführen ist. Und Papier ist geduldig: Ein Koalitionsvertrag ist nur ein Versprechen, ein Fahrplan. Entscheidend wird sein, ob der politische Wille zur Umsetzung tatsächlich Bestand hat. Der ISTE wird die neue Landesregierung dabei konstruktiv begleiten – und beim Wort nehmen.

Die Anhebung des zulässigen Lkw-Gesamtgewichtes auf 44 Tonnen kann Transporte effizienter gestalten, CO₂-Emissionen reduzieren und Infrastruktur entlasten. Gemeinsam mit schnelleren Verfahren, weniger Bürokratie und produktneutralen Ausschreibungen stärkt sie die regionale Versorgung mit heimischen mineralischen Rohstoffen.



Karl Kraft,
Karl Kraft Steinwerke OHG,
Vorsitzender der Fachgruppe
Naturstein

Dafür stehen wir

Eine der wesentlichen Aufgaben der Abteilung Technik im ISTE ist es, Normen, technische Regelwerke und Umweltstandards aktiv mitzugestalten, sodass die Produkte der heimischen Steine- und Erdenindustrie sowie die daraus hergestellten Bauprodukte auch weiterhin uneingeschränkt verwendet werden können. Dazu gehört die kompetente technisch-wissenschaftliche Betreuung bei Produktion, Marktzutritt und Verwendung von Baustoffen. Ein interdisziplinäres Team von Ingenieur- und Geowissenschaftler:innen sowie Baustoffprüfer:innen entwickelt organisationsübergreifend qualifizierte, praxisnahe und effiziente Konzepte. Die Erfahrungen aus der Praxis werden in neuen oder aktualisierten Regelwerken berücksichtigt. Umsetzungshilfen für die Anwendung werden bereitgestellt. Ein umfassendes Schulungsangebot für die Produzenten sowie die individuelle Beratung in technischen Fragen runden das Leistungsspektrum ab. Der ISTE setzt sich für vergleichbare und praxisgerechte Marktvoraussetzungen ein. Technische Lieferbedingungen für pri-

märe und sekundäre Baustoffe dürfen sich ausschließlich am Verwendungszweck orientieren.

Aktive Mitarbeit in den entscheidenden Gremien sichert mittel- und langfristig unseren Marktzutritt

Um den Marktzutritt sicherzustellen, arbeiten ehrenamtliche Unternehmensvertretungen und der ISTE in Normungsgremien mit und bringen so ihren Sachverstand und ihre Erfahrungen ein. Dies ist für die Baustoffindustrie wichtig, weil die Orientierung der Mitarbeiterstruktur der technischen Gremien aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Ingenieurbüros und Wissenschaft nicht regionalspezifisch ist. Die Auswirkungen von neuen Prüfverfahren oder Anforderungskriterien werden daher von den Ausschüssen nicht immer zutreffend eingeschätzt.

Durch die aktive Mitarbeit der Fachgruppen und personelle Vernetzung mit den Unternehmen werden Märkte gesichert sowie neue Verwendungsmöglichkeiten und Innovationen geschaffen. Der ISTE vertritt direkt sowie

Der ISTE steht in regelmäßigem Austausch mit Baufirmen im Infrastrukturbereich



indirekt über die Bundesverbände die Interessen seiner Mitglieder in den europäischen Gremien und nationalen Spiegelausschüssen.

Über seine Fachgruppen Sand und Kies, Naturstein, Naturwerkstein, Transportbeton sowie Recycling-Baustoffe und Boden wirkt der ISTE in den technischen Gremien des Deutschen Institutes für Normung (DIN), der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) und des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (DAfStb) mit.

Die wesentlichen Gremien der FGSV für den Bereich Straßenbau, in denen der ISTE vertreten ist, sind beispielhaft folgende:

- Arbeitsgruppe 5: Erd- und Grundbau
- Arbeitsgruppe 6: Gesteinskörnungen, ungebundene Bauweisen, optimale Ressourcennutzung
- Arbeitsgruppen 7 und 8: Asphalt- und Betonbauweisen

Darüber hinaus arbeitet der ISTE mit Unterstützung des Ehrenamts in den technischen Gremien der Bundesverbände Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs), Bundes-

verband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO), Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V. (BTB) und Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB) mit.

Weil neue europäische Normen in das nationale Regelwerk umgesetzt und bestehende Normen überarbeitet werden müssen, ist die permanente Mitwirkung der Landesverbände in den Gremien bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Regelwerks für die Sicherstellung des Marktzugangs entscheidend.

Landesspezifische geologische Voraussetzungen müssen bei der Normung berücksichtigt werden

Über die Fachgruppen werden Prüfdaten von Gesteinskennwerten ermittelt, gesammelt und ausgewertet sowie bei der Fortschreibung der Regelwerke für Gesteinskörnungen, Baustoffgemische, Asphalt und Beton in die entscheidenden Gremien eingebracht. Der ISTE arbeitet hierfür eng mit folgenden Organisationen zusammen: BÜV-ZERT, Baustoffprüfgesellschaft mbH, Güteschutz Naturstein, QRB und ARGE Beton.

So kann für die Unternehmen sichergestellt werden, dass Baustoffe aus Baden-Württemberg mit den spezifischen geologischen Eigenschaften dauerhaft in einem möglichst breiten Anwendungsspektrum verwendet werden können. Dadurch können regionale Rohstoffvorkommen umweltfreundlich und wirtschaftlich in der Nähe der Gewinnung verwendet werden. Weite Transportwege und unnötige Kosten werden vermieden.

Bei komplexeren Fragestellungen führen die Fachgruppen eigene Forschungsvorhaben durch. Dabei spielen Langzeiterfahrungen und Praxiserprobung unter realistischen Einsatzbedingungen eine wesentliche Rolle.

Der ISTE pflegt den fachlichen Austausch mit Hochschulen, Materialprüfungsanstalten und der Verwaltung.

Bei unvollständigen oder falschen Ausschreibungen von Baustoffen bietet der ISTE im konkreten Fall seinen Mitgliedern individuelle Beratung und Unterstützung an.



Entwicklungen und Aktivitäten – Gesteinsbaustoffe

Technische und umweltrelevante Rahmenbedingungen für den Marktzugang aktiv mitgestalten

Anforderungen an unsere Gesteinskörnungen „rund, eckig oder gebraucht“ und deren Anwendung werden in Normen und Richtlinien definiert ...

Europäische Normung und Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen und ungebundene Gemische

Die europäische Normung bleibt weiterhin in Bewegung. Im Fokus stehen die Überarbeitung harmonisierter Normen, die Ausgestaltung der Leistungs- und Konformitätserklärung (DoPC), die Umsetzung des Digitalen Produktpasses (DPP) und vieles mehr ...

Bedeutung des CPR-Acquis-Prozesses für die Gremienarbeit

Besonderer Abstimmungsbedarf besteht bei der Erarbeitung eines europäischen Prüfverfahrens zur Bewertung der Alkali-Kieselsäure-Reaktion (AKR). MIRO begleitet gemeinsam mit Partnerverbänden und Fachgremien die laufenden Arbeiten ...

Einführungserlass zur Fortschreibung ZTV-ING – Ausgabe 2026/01

Die Sonderregelung für Kalksteine in Baden-Württemberg für die XF2-Expositionsklasse bleibt auch in der aktuellen Fortschreibung bestehen. Baden-Württemberg geht damit weiterhin praxisnah voran ...

Technische Forschung und fachlicher Austausch

Forschungsaktivitäten seitens FG Sand und Kies im Bereich der Bruchflächigkeit gehen weiter – diesmal mit dem Fokus auf das Prüfverfahren. In der Zwischenzeit sollen Schulungen helfen, die Prüfpräzision zu verbessern ...

Digitalisierung in der Baustofflogistik

Schluss mit Schnittstellenchaos: INSITER CONNECT berichtet über die Vereinfachung des digitalen Lieferscheinaustauschs. Digitale Lieferscheine sind in der Bauwirtschaft längst angekommen. Doch unterschiedliche Systeme, Formate und Schnittstellen bremsen den Austausch in der Praxis oft aus ...

Technische Öffentlichkeitsarbeit

Einblicke, Fachthemen und Austausch: die technischen Veranstaltungen des vergangenen Jahres im Überblick ...



Entwicklungen und Aktivitäten – Transportbeton und Betonpumpen

Ressourcenschonung und Speicherung von CO₂ im Beton

Rezyklierte Gesteinskörnungen für den Einsatz in Beton sind vielfach ausgeschrieben und stehen flächendeckend zur Verfügung. Für viele Bauteile können bis 25 Vol.-% RC-Gesteinskörnung problemlos eingesetzt werden ...

Klimaverträgliches Bauen: Ausschreibungen mit einem Schattenpreis für CO₂-Emissionen

Einzelne Bauweisen werden über die prognostizierten CO₂-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus mit einem Schattenpreis bewertet und auf die errechneten Baukosten in der Angebotssumme aufgeschlagen. So errechnet sich der Wertungspreis. Hierdurch werden Investitionen in die Nachhaltigkeit belohnt ...

Mit CO₂-effizienten Zementen und Betonen treibhausgasreduzierte Betonbauwerke errichten

Die Herstellung von Beton in Deutschland ist je nach geforderter Leistungsfähigkeit im Mittel mit einem CO₂-Fußabdruck von ca. 200 kg pro m³ Beton verbunden. CO₂-effiziente Zemente und Betone haben ein hohes Minderungspotenzial und können ohne technische Einschränkungen bereits heute CO₂-Einsparungen von ca. 33 % pro m³ Beton erzielen ...



Multifunktionalität der Betonbauweise

Es sind zunehmend auch die „Mehrwerte“ der Betonbauweise, die für Bauherrschaften und ausführende Bauunternehmen immer wichtiger werden ...

Aus- und Weiterbildungsangebote für die Transportbetonindustrie

Wir betreiben vielfältige, umfassende Ausbildungs- und Nachwuchsarbeit und arbeiten als Gesellschafter aktiv beim Ausbildungsprogramm der ARGE Beton mit ...

Anwendung der neuen Betonnorm DIN 1045 ff.

Seit März 2025 gilt die neue Normengeneration DIN 1045:2023 verbindlich. Vielfältige Informationsveranstaltungen sind verfügbar, Anwendungshilfen wurden bereitgestellt ...

Verwaltungsvorschrift über Technische Baubestimmungen

Die Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VwV TB) regelt die konkreten technischen Anforderungen an bauliche Anlagen, Bauprodukte und Bauarten auf Basis der Landesbauordnung (LBO) in Baden-Württemberg ...

Aus der Arbeit unserer Bundesverbände

Unsere Projektübersicht zeigt: Auch auf Bundesebene beschäftigen Themen wie Regelwerke, Dekarbonisierung, digitales Bauen, Datenauswertung und KI ...



Lösungen für klimaschonendes Bauen stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern können sich ergänzen

Ob Wohnraummangel oder Investitionsstau bei der Infrastruktur – die Antworten auf diese Herausforderungen sollen Klimabelastungen reduzieren, Ressourcen schonen und die Kreislaufwirtschaft stärken. Unsere Branche bringt sich seit jeher kritisch-konstruktiv in diese Debatte ein und plädiert für ein Bauen, das innovativ, energieeffizient, ressourcenschonend und nachhaltig ist. Dafür sollten ausdrücklich alle Materialien und Technologien offenstehen, die die notwendige Transformation ermöglichen – ob Holz, mineralische Baustoffe oder Recyclingmaterialien.

Was ist nachhaltig? Auf den Kontext kommt es an

Entscheidend sind dabei nüchterne Fragen: Welche Baustoffe stehen vor Ort und mit kurzen Transportwegen in ausreichender Menge zur Verfügung? Was zeigt die Lebenszyklusanalyse?

Welches Material eignet sich für welche Funktion im Gebäude? Wie lässt sich die Balance zwischen Haltbarkeit, Qualität und Nachhaltigkeit herstellen? Welches Gewicht erhalten graue und betriebsbedingte Emissionen in der Gesamtbilanz? Welchen Stellenwert hat kostengünstiges Bauen, gerade im sozialen Wohnungsbau? Und wie lässt sich Stadtplanung ganzheitlich denken?

Natürlich spielen in dieser Debatte auch Marktanteile eine Rolle. Angesichts des insgesamt hohen Bedarfs an Wohnraum und Infrastruktur sollte jedoch für unterschiedliche Bauweisen ausreichend Raum bestehen – zumal sich Anwendungsbereiche und Nischen der jeweiligen Baustoffe gut ergänzen lassen. Im Mittelpunkt steht das gemeinsame Ziel, den Baubedarf möglichst nachhaltig und bezahlbar zu decken. Aus Sicht der mineralischen Baustoffindustrie ist die einseitige Förderung des Baustoffs Holz vor diesem Hintergrund kurzsichtig.

Der Stadtteil Dietenbach in Freiburg soll klimaneutral gebaut werden – das geht nicht ausschließlich mit Holz

Zwei Kapitel, ein Widerspruch

Die neue Landesregierung in Baden-Württemberg hat im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Holzbau-Offensive weiter zu „forcieren“ – ein Vorhaben, das einen erkennbaren Widerspruch in der Baustoff- und Innovationspolitik offenbart. Unter der Rubrik „Bauen, Wohnen und Planen“ bekennt sich die Koalition dazu, ein technologieoffenes Innovationsprogramm zu schaffen; gleichzeitig wird dort die Weiterführung der Holzbau-Offensive benannt. Im Abschnitt „Wald und Forstwirtschaft der Zukunft“ wird dieser Ansatz dann jedoch deutlich überschrieben: Dort ist nicht nur von einer „Forcierung“ der Holzbau-Offensive die Rede, sondern auch von verpflichtenden Holzbauzuschlägen in allen relevanten Förderprogrammen des Landes – ein Vorhaben, das dem Grundsatz der Technologieoffenheit diametral widerspricht.

Die Bauwirtschaft BW lud Ministerin Theresa Schopper zur Besichtigung des Rohbaus des Berufsbildungszentrums der Bauwirtschaft in Remshalden-Geradstetten ein



Eigeninitiative statt Förderprivileg

Die Landesregierung, allen voran das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen, sollte diesen Widerspruch frühzeitig aufgreifen und im Sinne einer echten Technologieneutralität auflösen. Unsere Branche setzt sich mit Nachdruck für eine dekarbonisierte und umweltfreundliche Bauproduktion ein – eine pauschale Benachteiligung mineralischer Rohstoffe ist dafür weder gerechtfertigt noch transformationsdienlich.

Dass diese Position kein Lippenbekenntnis ist, zeigt unsere Zusammenarbeit mit Partnern aus der Bauwirtschaft: Bereits 2019 wurde gemeinsam mit weiteren Akteuren solid UNIT gegründet, ein Netzwerk für den innovativen, nachhaltigen Massivbau. Im Zentrum stehen CO₂-reduzierte Baustoffe und Fertigungstechniken, eine möglichst vollständige Kreislaufführung mineralischer Rohstoffe sowie der Wissenstransfer zu Planerinnen, Architekten und ausführenden Unternehmen. Gemeinsam mit der Bauwirtschaft Baden-Württemberg setzt sich der ISTE dafür ein, dass nachhaltiges Bauen technologieoffen vorangetrieben wird.

Beispiel Dietenbach: „Ziel ist der Einsatz nachhaltiger Baustoffe. Neben Holz gibt es viele weitere.“

Wie wenig pauschale Bewertungen einzelner Baustoffe der Realität gerecht werden, zeigt eine aktuelle Vergleichsstudie im Auftrag der Bauwirtschaft Baden-Württemberg für den Freiburger Stadtteil Dietenbach. Das Modellprojekt für nachhaltige Stadtentwicklung sollte ursprünglich fast gänzlich aus Holz gebaut werden. In der Studie wurden acht Varianten eines fünfgeschossigen Musterbaus in Massiv-, Holz- und Hybridbauweise untersucht – mit einem aufschlussreichen Ergebnis: Es gibt nicht die eine richtige Lösung. Beim Klimaschutz schneidet ein optimierter Hybridbau am besten ab, wirtschaftlich liegt die konventionelle Massivbauweise vorn – und im direkten CO₂-Vergleich übertrifft innovativer Massivbau im Testgebäude sogar den klassischen Holzbau. Damit widerlegt die im März 2026 vorgestellte Studie das verbreitete Klischee, Holzbau sei grundsätzlich die klimafreundlichste Bauweise. Für nachhaltiges und bezahlbares Bauen braucht es daher technologieoffene und produktneutrale Rahmenbedingungen, bei denen die Vorteile aller Bauweisen gleichberechtigt zur Geltung kommen.

Rückenwind aus Brüssel?

Mit der europäischen Carbon Removals and Carbon Farming Regulation (CRCF) erhält die Debatte eine neue Dimension. Die EU erkennt erstmals die langfristige Speicherung biogenen Kohlenstoffs in Bauprodukten als zertifizierbare Klimaleistung an. Davon profitiert insbesondere der Holzbau, dessen Kohlenstoffspeicherfunktion damit regulatorisch aufgewertet wird. Gleichzeitig folgt die CRCF einem technologieoffenen Ansatz: Entscheidend sind nicht einzelne Baustoffe, sondern nachweisbare Klimawirkungen nach einheitlichen Kriterien. Für die baden-württembergische Perspektive bedeutet das: Die Verordnung liefert Argumente sowohl für die Holzbau-Offensive als auch für die Forderung nach einem Wettbewerb der Bauweisen auf Basis objektiver CO₂-Bilanzen. Damit könnte die CRCF den Fokus künftig von der Materialfrage auf die messbare Klimaleistung von Gebäuden verschieben.

Die EU hat mit technologieoffener Regulierung vorgelegt. Die Stadt Freiburg hat ihr Holzbaukonzept für Dietenbach nach wiederholter Initiative der Bauwirtschaft revidiert und setzt nun auf nachhaltige Materialoffenheit. Es wird also höchste Zeit, dass das baden-württembergische Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen nachzieht und eine zielgerichtete Baupolitik verfolgt.



Die Bauwirtschaft BW veröffentlichte die Vergleichsrechnung gemeinsam mit der Stadt Freiburg im März 2026



Vergleichsstudie Dietenbach der Bauwirtschaft BW

»Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Rohstoffgewinnung und Ressourceneffizienz durch Recycling gehören zusammen! Deshalb erarbeiten wir gemeinsam mit Verwaltung, Forschung und gesellschaftlichen Gruppen nachhaltige Lösungen.«



Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt- und Rohstoffpolitik im ISTE, Vorsitzende der Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden

Dafür stehen wir

Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz sowie andere Flächennutzungen schränken die Rohstoffgewinnung stark ein und führen zunehmend zur Schließung von Rohstoffgewinnungsstätten. Mittelfristig ist unsere dezentrale, nachhaltige Versorgungsstruktur mit heimischen mineralischen Rohstoffen gefährdet – mit vielen Nachteilen für Klima, Umwelt und Natur! Aus rein rohstoffgeologischer Sicht ist für die meisten mineralischen Rohstoffe unserer Industrie in der nahen Zukunft keine Verknappung zu befürchten. Tatsächlich kann aber eine weitere Verschärfung der Nutzungskonflikte zu Engpässen bei der Versorgung mit heimischen mineralischen Rohstoffen führen, die nur durch den Import von Steinen mit oft hohem Geokonfliktpotenzial ausgeglichen werden können. Dies gilt trotz unserer hohen Verwertungsquoten von über 95 %. Mit den so zurückgewonnenen Recycling-Baustoffen können maximal 13 % der mineralischen Primärrohstoffe ersetzt werden.

Wesentliche Aufgabe des ISTE ist es, die Interessen der Mitglieder im Themenbereich Klima-, Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz gegenüber Landes-

regierung, Parlament, Behörden auf allen Verwaltungsebenen und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und die Rahmenbedingungen für eine dezentrale, nachhaltige und umweltgerechte Rohstoffgewinnung mitzugestalten.

Die Mitarbeit in Verordnungs- und Gesetzgebungsvorhaben des Landes, des Bundes und der Europäischen Union steht damit im Mittelpunkt der ISTE-Fachabteilung Umwelt- und Naturschutz.

Kooperation und Mitarbeit auf allen Ebenen

Der ISTE arbeitet intensiv mit Forschungseinrichtungen, Fachbehörden und Verbänden zusammen und forciert privat-öffentliche Forschungsk Kooperationen, um Ergebnisse der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für die Arbeit der Steine- und Erdenindustrie besser verfügbar zu machen.

Zudem erarbeitet der ISTE mit einem interdisziplinären Team aus den Fachbereichen Biologie, Ingenieur- und Geowissenschaften, Raumplanung, Betriebswirtschaft und Rechtswesen Fachkonzepte im Umweltbereich, erstellt Fachbroschüren in enger Zusam-



menarbeit mit den Umweltbehörden und bringt Forschungsinitiativen in die Fachgremien der Bundesverbände ein. Hierzu arbeiten der ISTE sowie ehrenamtliche Unternehmensvertretungen in den relevanten Gremien der Fachverwaltungen (z.B. Naturschutz- und Wasserbeirat), der deutschen und europäischen Normung (Deutsches Institut für Normung, DIN; Europäisches Institut für Normung, CEN) sowie in den politischen Steuerungsgremien des Landes und des Bundes mit. Diese Arbeit erfolgt entweder durch eine direkte Mitarbeit als Delegierte der Bundesverbände nach dem „Best-of-Prinzip“ oder indirekt durch die Mitarbeit in den Gremien des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) und des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs) und der Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB). Auf diese Weise werden die Interessen der Mitglieder auf allen Ebenen (Land, Bund, Europa) vertreten.

Warum muss ein Landesverband die europäische Umweltpolitik im Blick haben? Mehr als 75 % der Umweltgesetzgebung sind bereits in europäischer Hand. EU-Gesetze und Verordnungen wirken sich in kürzester Zeit auf die Länderpraxis aus (z. B. TA Luft, IED etc.).

Die Unternehmen vor Ort kennen die Probleme bei der Umsetzung am besten. Deshalb müssen Landesverbände diese Fragestellungen frühzeitig direkt oder indirekt über die Bundesverbände auf europäischer Ebene einbringen.

Beratungsleistungen

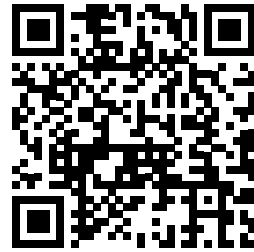
Durch die Erfahrungen und das Wissen aus zahlreichen Verfahrensbeteiligungen als Träger öffentlicher Belange und der häufigen Beteiligung an Genehmigungsverfahren in allen Regionen des Landes sowie aus der Beteiligung an der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen verfügt der ISTE über einen besonderen Erfahrungsschatz, zum Beispiel über

- den Umfang und die Untersuchungstiefe der Umweltmedien Boden, Wasser, Klima/Luft sowie Arten/Biotope,
- die Anforderungen an die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft,
- fachliche Fragestellungen bezüglich Boden- und Grundwassergefahrenabschätzung und sich daraus ergebende Anforderungen an Rohstoffgewinnung und Recycling (z. B. Umsetzung ErsatzbaustoffV),

- fachliche Fragestellungen bei der Umsetzung von Maßnahmenplänen (z. B. EU-Wasserrahmenrichtlinie oder Natura 2000),
- die Art und Höhe von Sicherheitsleistungen,
- die üblichen und rechtmäßigen Nebenbestimmungen der Genehmigung oder
- die Genehmigungsgebühren.

Veranstaltungen

Ein umfassendes Veranstaltungsangebot für die Bereiche Genehmigungsverfahren, Umweltrecht, biologische Vielfalt in Abbaustätten, forstliche Rekultivierung, technische Rekultivierung, Ressourceneffizienz und nachhaltige Georessourcennutzung, hochqualitatives Baustoffrecycling, Mantelverordnung sowie Workshops, Seminare und Lehrgänge zu aktuellen Themen runden das Leistungsspektrum ab. Die starke Nachfrage und die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft (neben unseren Mitgliedern sind stets viele Vertretungen der Umweltverwaltung und der Umweltfachbehörden anwesend) bestätigen die fachliche Hochwertigkeit und das Informationsniveau unserer Veranstaltungen.



Entwicklungen und Aktivitäten

Natur auf Zeit in der Rohstoffgewinnung

Bei der Rohstoffgewinnung entstehen wertvolle, selten gewordene Sekundärlebensräume. Das Instrument „Natur auf Zeit“ soll ermöglichen, dass diese zumindest zeitweise erhalten bleiben, statt durch statisches Artenschutzrecht schon in der Entstehung verhindert zu werden. Das Bundesamt für Naturschutz hat dazu nun einen Abschlussbericht zu rechtlichen und fachlichen Anforderungen veröffentlicht ...

Verordnung zur Wiederherstellung der Natur

Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (WVO) soll den ökologischen Zustand europäischer Landschaften verbessern und die Biodiversität stärken. Zentrales Instrument sind nationale Wiederherstellungspläne, die alle Mitgliedsstaaten bis 1. September 2026 als Entwurf vorlegen müssen. Ein erster Entwurf des deutschen Plans liegt nun vor ...

Erarbeitung einer Handlungsempfehlung zum Berücksichtigungsgebot des § 13 KSG für die Zulassungsverfahren der Steine- und Erdenindustrie

Gemäß § 13 Abs. 1 Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) sind die Zulassungsbehörden im Rahmen von bestimmten Zulassungsverfahren angehalten, die Ziele des KSG soweit möglich zu berücksichtigen. Das KSG begründet ausschließlich ein Berücksichtigungsgebot ...

Entwicklung der Genehmigungsgebühren in der Steine- und Erdenindustrie

Der ISTE hat die Gebührenverordnungen der Stadt- und Landkreise ausgewertet und dabei sehr unterschiedliche, teils strukturell überhöhte Gebührenansätze festgestellt. Der ISTE hat daraufhin ein Gutachten zur Aufarbeitung der gebührenrechtlichen Rahmenbedingungen in Auftrag gegeben ...

Evaluierung der Ersatzbaustoffverordnung sowie Bericht an die Bundesregierung

2025 führte das UBA mit dem ifeu-Institut zwei Planspiele zur Evaluierung der Ersatzbaustoffverordnung durch, bei denen der ISTE und seine Mitglieder zentrale Problemstellen auf Bundesebene einbringen konnten. Der UBA-Bericht liefert der Bundesregierung nun eine umfassende Analyse mit konkreten Empfehlungen, darunter sofort umsetzbare „low hanging fruits“ ...

Kommt eine schnelle Novelle der Ersatzbaustoffverordnung?

Nach einer Pressemitteilung von 16 Bundesverbänden im Dezember 2025 lud Bundesumweltminister Carsten Schneider Anfang 2026 zu einem Konsensgespräch ins BMUKN ein. Dabei wurde ein Umsetzungspapier für die Novelle der ErsatzbaustoffV abgestimmt. Das BMUKN hat noch vor der Sommerpause einen Referentenentwurf mit weitreichenden positiven Änderungen angekündigt ...

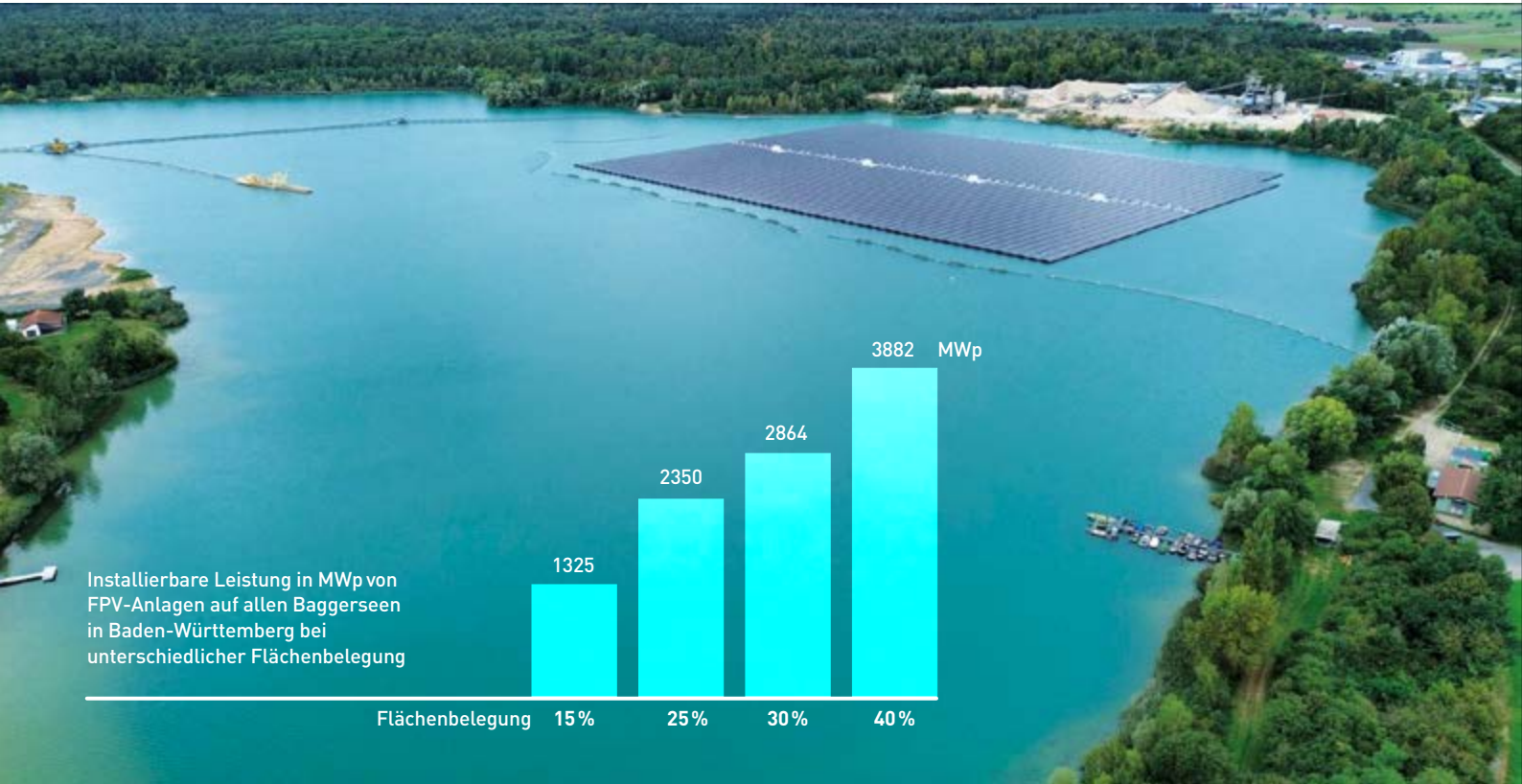
EU-End-of-Waste-Kriterien – finaler Vorschlag des EU-Forschungsinstituts JRC (Joint Research Center) in Sevilla

Der Entwurf des JRC-Berichts zu EoW-Kriterien startete 2025 einen fachlichen Abstimmungsprozess unter Beteiligung von BMKE, ISTE und QRB. Nach dem finalen Stakeholder-Event im Juni 2026 wird der „Science for Policy“-Bericht in Kürze veröffentlicht. Ob ein Verordnungsverfahren folgt, entscheiden DG ENV und DG GROW – möglicher Start ab 2027 ...

Wassergefährdung von RC-1 – entgegen dem Stand des Wissens

Zwischen Ersatzbaustoffverordnung und AwSV besteht ein Widerspruch: RC-1 gilt nach AwSV als wassergefährdend, während das qualitativ vergleichbare Z 1.1 als nicht wassergefährdend eingestuft wird – mit erheblichen Folgen für Genehmigungen und Baupraxis. Der ISTE bringt das Thema auf Landes- und Bundesebene ein; neue Datenauswertungen belegen, dass RC-1 mindestens Z 1.1-Qualität entspricht und oftmals RC-2 und gar RC-3 nicht erreicht ...

Baggerseen – wichtige Bausteine der Energiewende



Potenzialstudie veröffentlicht: Solaranlagen auf baden-württembergischen Baggerseen könnten bis zu 50 % des Stroms des AKW Neckarwestheim II liefern

Auf einem Wahlkampfflyer der Grünen prangte ein Bild der ersten deutschen schwimmenden Solaranlage auf dem Baggersee der Firma Ossola GmbH. 2.300 Solarmodule auf 7.700 m² erzeugen hier jährlich 860.000 Kilowattstunden Strom. Ein eindrucksvoller Blickfang, der jedoch die eigentliche Lage verschleierte. Hinter diesem visuell überzeugenden Aufhänger verbirgt sich eine Realität, die weit von den propagierten Erfolgen entfernt ist: Floating Photovoltaik (FPV) bleibt in Baden-Württemberg durch große Hürden bei Genehmigungsverfahren sowie eine willkürliche gesetzliche Obergrenze zur Überdeckung von 15 % der Wasseroberfläche weit abgeschlagen. Damit bleibt diese eingängige Lösung im Arsenal der Energiewendetechnologien weit hinter ihrem technischen Potenzial zurück – und die Grünen tragen da-

bei eine deutliche Mitverantwortung. Der Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. fordert Anpassung und geht mit einer neuen Studie in Vorleistung.

Fraunhofer ISE berechnet verschiedene Szenarien

Um auf diese fast schon tragische Situation aufmerksam zu machen, hat der ISTE eine Potenzialstudie beim Fraunhofer ISE beauftragt. Die Studie modelliert den theoretisch möglichen Stromertrag von FPV auf geeigneten baden-württembergischen Baggerseen unter verschiedenen Szenarien und vergleicht den Ertrag mit dem des stillgelegten Atomkraftwerks Neckarwestheim II.



Den vollständigen ISE-Studienbericht finden Sie hier zum Download ...

Auf baden-württembergischen Baggerseen schlummern große Potenziale für die Energiewende

Die Analyse berücksichtigt aktive sowie stillgelegte Baggerseen des Landes und differenziert zwischen südlich ausgerichteten und ost-westlich orientierten Modulsystemen. Bei Einhaltung der derzeit geltenden bundesweiten Obergrenze von 15 % Überdeckung ergeben sich für die ca. 100 aktiv genutzten Baggerseen installierbare Leistungen von rund 0,7 Gigawatt-Peak und ein Jahresertrag von 1,10 Terawattstunden. Würde die Obergrenze auf 40 % angehoben und auch die stillgelegten Seen mit einbezogen, stünden bis zu 3,9 Gigawatt-Peak und ein Jahresertrag von 5,6 Terawattstunden zur Verfügung – was bis zu 50 % der früheren Stromproduktion des AKW Neckarwestheim II entspricht. Die Studie macht damit deutlich, dass die aktuelle Rechtslage das technische Potenzial von FPV um ein Vielfaches reduziert.



... die Ergebnisse sind auch als interaktive Karte einsehbar.

Bund und Land in der Kritik

Die 15 %-Regel, die im Wasserhaushaltsgesetz (§ 36 Abs. 3) auf Bundesebene verankert ist, wurde von Ministerpräsident Winfried Kretschmann ausdrücklich kritisiert. Sein Appell an das Bundesumweltministerium im Jahr 2023 blieb unberücksichtigt. Die Regel bleibt für viele Stakeholder ein willkürliches Hindernis, das weder auf wissenschaftlichen Erkenntnissen noch auf einer fundierten Risikoabschätzung beruht. Während Kretschmann die Notwendigkeit einer flexibleren Gesetzgebung betont, sorgt die Verwaltungspraxis in Baden-Württemberg – geprägt von langwierigen Genehmigungsverfahren, umfangreichen Gutachten und hohem bürokratischem Aufwand – dafür, dass selbst kleinere FPV-Projekte nur äußerst schwerfällig umgesetzt werden. „Dieser Missstand geht auf die administrative Kultur zurück, die die Grünen in den 15 Jahren ihrer baden-württembergischen Regierungszeit maßgeblich mitverantworten haben,“ resümiert ISTE-Verbandschef Thomas Reißwenger.

Ein Schritt vorwärts: Pilotprojekte zulassen

Nicht einmal Pilotprojekte, die wissenschaftlich begleitete Untersuchungen zu ökologischen Auswirkungen höherer Überdeckungen ermöglichen, sind derzeit erlaubt. Die Region Karlsruhe hat sich bereits als Pilotregion bereit erklärt und fordert eine faktenbasierte Anhebung des zulässigen Überdeckungsgrades. Auch die Landesregierung hatte sich gegenüber dem Bund dafür ausgesprochen, Pilotprojekte zu genehmigen.

Bei den Verfahrenstypen ansetzen

Doch die Landesregierung ist nicht komplett machtlos. Es gäbe durchaus einige konkrete, leicht umsetzbare Maßnahmen, um FPV zu erleichtern, wie der Verband einwirft. Zum Beispiel könnte ein vereinfachtes Anzeigeverfahren für kleinere (15 %) FPV-Anlagen eingeführt werden, was langwierige Genehmigungsprozesse deutlich verkürzen würde. Darüber hinaus wäre

Schwimmende Photovoltaik (FPV)

Floating PV – Solarmodule auf schwimmenden Strukturen, v. a. auf künstlichen Baggerseen – bietet mehrere Vorteile: höhere Wirkungsgrade durch Wasserkühlung, Schutz des Sees vor Überhitzung/Eutrophierung durch Teilbeschattung, lokalen Ökostrom für Industrie und Gemeinden sowie eine modulare, flexible Bauweise – alles mit begrenzten und streng überwachten ökologischen Auswirkungen.

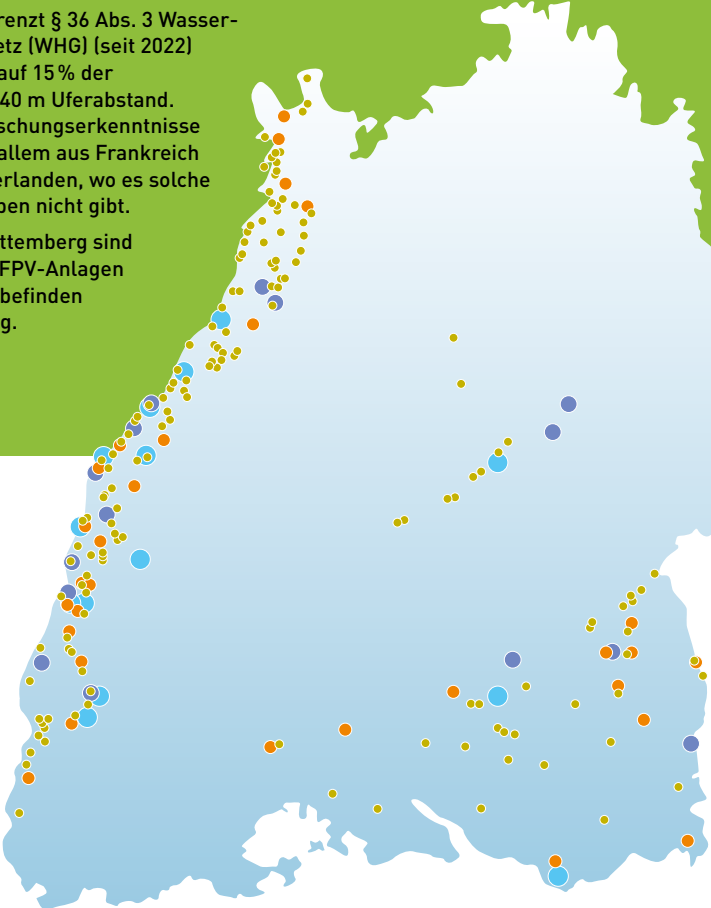
Der wichtigste Vorteil ist die Flächeneinsparung: Bis 2032 sollen laut KlimaG BW 2 % der Landesfläche für erneuerbare Energien genutzt werden – die größtenteils ungenutzten Wasserflächen von Baggerseen bieten hierfür konkurrenzfreies Potenzial, was wertvolle Landfläche spart. Auch BUND und NABU fordern einen Ausbau von FPV bei begleitendem Monitoring.

Rechtlich begrenzt § 36 Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) (seit 2022) FPV-Anlagen auf 15 % der Seefläche bei 40 m Uferabstand. Bisherige Forschungserkenntnisse stammen vor allem aus Frankreich und den Niederlanden, wo es solche Flächenvorgaben nicht gibt.

In Baden-Württemberg sind aktuell sechs FPV-Anlagen aktiv, weitere befinden sich in Planung.

Szenario erste Erfüllung >= 1 ha

- 15 %
- 25 %
- 30 %
- 40 %



Potenzielle FPV-Standorte auf allen Baggerseen in Baden-Württemberg, unabhängig vom Betriebszustand. In der Darstellung wird jeder Standort aufgezeigt, entsprechend dem Flächenbelegungsgrad, bei dem zuerst 1 ha Mindest-Installationsfläche erreicht wird. Je größer der mögliche Belegungsgrad gewählt wird, desto mehr Standorte kommen hinzu, da auch kleinere Gewässer in Betracht gezogen werden können.

eine bundeseinheitliche Typengenehmigung für kleinere Anlagen sinnvoll, die auf aktiven Baggerseen auch als Nebenanlagen der Kiesgewinnung klassifiziert werden könnten.

Die Potenzialstudie zeigt, dass die derzeitigen Beschränkungen nicht nur das wirtschaftliche Potenzial mindern, sondern auch die ambitionierten Ziele der Energiewende gefährden. Der ISTE ruft die Landesregierung und das Bundesumweltministerium daher eindringlich auf, die administrativen Hürden abzubauen, die 15 %-Grenze zu überdenken

und die Region Karlsruhe als Modell-pilotregion zu unterstützen. Die sand- und kiesfördernden Unternehmen in Baden-Württemberg setzen sich schon lange für mehr FPV ein. Jetzt ist es am Gesetzgeber, diese tiefhängende Frucht der Energiewende endlich zu ernten.



Weitere Hintergründe zu FPV und deren Nachhaltigkeit

»Vertrauen entsteht nicht durch Kampagnen, sondern durch Gespräche. In unserer Öffentlichkeitsarbeit suchen wir daher auch den direkten Austausch mit Bürger:innen, Politik und Verwaltung – transparent, wiederholt und auf Augenhöhe.«



Sabine Schädle, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen, Vorsitzende des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit

Dafür stehen wir

Jeder von uns braucht statistisch gesehen pro Stunde zwei Hände voll mineralischer Rohstoffe. Das entspricht einem Kilogramm Natursteine, Sand und Kies, Gips, Kalk, Zement und anderen Rohstoffen. Im Jahr sind dies zehn Tonnen, die pro Einwohner:in gewonnen werden.

Deutlich sichtbar sind Steine bei Gebäuden und Straßen: Über 80 Prozent der gewonnenen Gesteine werden in der Bauindustrie verwendet. Das Thema verlässliche und resiliente Infrastruktur gewinnt derzeit an gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Wenig bekannt ist hingegen, dass zum Beispiel Kalk in der Zahnpasta steckt oder zur Herstellung von Stahl und Zucker benötigt wird. Darüber hinaus sind mineralische Rohstoffe an der Herstellung von fast allen industriellen Produkten beteiligt.

Darüber informiert der ISTE mit verschiedenen Veröffentlichungen, Infomaterial und Pressemeldungen. Verwaltung und Fachöffentlichkeit können sich auf Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen weiterbilden. Jährlich informiert der Verband auf rund 40 Veranstaltungen über vielfältige Themen.

Öffentlichkeitsarbeit ist keine Arbeit mit schnellen Erfolgen. Der ISTE legt dabei großen Wert auf Nachhaltigkeit und Kontinuität.

Unterrichtsmaterial für die Bürger:innen von morgen

Der ISTE bietet regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte sowie für Erziehende an. Zusammen mit Pädagoginnen und Geologen wurde der GeoKoffer entwickelt, der von den Schulen mit Begeisterung angenommen wird – 450 GeoKoffer sind inzwischen im Einsatz.

Großes Kino für die ganz Kleinen:
das GeoMobil im Einsatz bei den Forschertagen in Bad Krozingen



GeoMobil

In dem „mobilen Informationszentrum“ vereinen sich Kernbotschaften der Branche mit spielerischer Informationsvermittlung, die zum Austausch anregt. Mobilität und Flexibilität ziehen sich durch das ganze Konzept des GeoMobils. Verschiedenste Standorte, Veranstaltungskonzepte und Zielgruppen sind beispielbar. Hierzu dienen auch die enthaltenen Medien wie das Geo-Zuordnungsspiel, der GeoKoffer, verschiedenste Broschüren und Anschauungsmaterialien sowie ein Bildschirm, über den individuelle Inhalte abgespielt werden können. Das GeoMobil kann mit und ohne Betreuung über den ISTE gebucht werden.

Veranstaltungen – qualifizierte Weiterbildung und Austausch sind wichtig

Verbände verbinden: Deshalb führen wir zahlreiche Tagungen, Seminare, Workshops und Exkursionen durch. Gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden helfen wir, dass auf den Veranstaltungen neben Sachinformationen auch immer genügend Raum zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch besteht.

Bock auf Steine? Alle brauchen unsere Rohstoffe – wir brauchen dich!

Unter diesem Motto läuft die Ausbildungskampagne des ISTE, die über die vielfältigen Ausbildungsberufe der Steine- und Erdenindustrie informiert. Durch Infomaterial, Social Media und über Veranstaltungen verbinden wir so unsere Mitgliedsunternehmen mit den Schulen und den jungen Ausbildungssuchenden. Der ISTE organisiert jährlich einen Azubi-Tag für die Azubis aus den Mitgliedsunternehmen.

Ausstellungen – Bau- und Rohstoffe vor Ort erleben

Das „Klassenzimmer am See“ am Stuttgarter Max-Eyth-See, einem ehemaligen Baggersee, steht für Schulausflüge aus der ganzen Region zur Verfügung und wird von der Christoph-Sonntag-Stiftung betrieben.

Auf dem Hausberg von Baden-Baden, dem Merkur, kommen die Besuchenden mit „Merkurs Würfel – eine geologische Zeitreise durch Baden-Baden“ den Steinarten der Region näher. Insgesamt 15 Gesteinsarten sind in der Ausstellung vertreten.

Für eigene Firmenevents können die Mitgliedsunternehmen zudem Bauzaunbanner mit den wichtigsten Botschaften der Branche vom ISTE leihen oder bestellen.

Der ISTE unterstützt und fördert ferner den Aufbau der karolingischen Klosterstadt „Campus Galli“ bei Meßkirch, das Staatliche Museum für Naturkunde Stuttgart sowie das Schiefererlebnis Dormettingen.



Entwicklungen und Aktivitäten

Politische Öffentlichkeitsarbeit

Ob Runde Tische, Parteitage, Werksbesuche oder individuelle Telefonate – der Austausch mit Politik und Verwaltung bleibt eine Hauptaufgabe des ISTE ...

Geowissenschaftler:innen auf Exkursion

Rohstoffe vor der Haustür – Studierende des KIT und der Universität Freiburg erkunden die heimische Rohstoffindustrie hautnah ...

KiWi-Forum 2026 – Kies, Kröten und kleine Wunder

Beim KiWi-Forum in Baden-Baden erfuhren 150 Dialogteilnehmende, wie die Kieswirtschaft als Schlüsselbranche für Rohstoffsicherung, Energiewende und Biodiversität am Oberrhein fungiert ...

Jährlicher Azubi-Tag: Kieswerk, Kraftwerk, Staustufe

125 Nachwuchskräfte erleben das Jahrhundertbauwerk Rhein-Staustufe Iffezheim mit Schleuse und Wasserkraftwerk ...

Steine Erden Akademie des ISTE

Die Steine Erden Akademie (stea) ist eine Plattform des ISTE zum Austausch zu aktuellen Themen der Branche, insbesondere in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Rohstoffsicherung, Umwelt und Technik. Die stea bietet ein Seminarangebot mit hohem Praxisbezug, das laufend aktuelle Themen der Steine- und Erdenbranche bereitstellt ...

Kampagnenfilm macht Bürokratiefolgen sichtbar



Die mineralische Baustoffindustrie fordert eine grundlegende Wende bei Genehmigungsverfahren und Rohstoffsicherung

Stuttgart, 15. April 2026. Mit der Premiere des Films „Was nützen Scheine ohne Steine?“ haben der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) und der Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) heute im Rahmen einer Pressekonferenz im EM-Innenstadtkino ein deutliches Signal gesetzt: Die ausufernde Bürokratie gefährdet nicht nur einzelne Unternehmen – sie bremst die gesamte Infrastrukturmodernisierung Deutschlands.

Den Anlass gibt das milliarden schwere Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes. Investitionen in Straße, Schiene, Brücken und Gebäude setzen mineralische Rohstoffe voraus – doch genau diese Versorgung wird durch bürokratische Hemmnisse zunehmend gefährdet. 85 Prozent der in Baden-Württemberg gewonnenen Steine und Erden fließen in den öffentlichen Hoch- und Tiefbau. Wer die Infrastruk-

tur modernisieren will, muss daher auch die Rohstoffversorgung sichern – und dafür braucht es handhabbare Genehmigungsverfahren.

Der Film: Sachverstand trifft hintergründigen Humor

Regisseur Søren Eiko Mielke – 2019 mit dem Deutschen Wirtschaftsfilmpreis ausgezeichnet – nähert sich einem sperrigen Thema mit überraschender Leichtigkeit: Warum scheitern selbst politisch gewollte Infrastrukturprojekte immer wieder an der Praxis? Unternehmen, Fachkundige und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens berichten vom täglichen Bürokratieirrsinn – mit Sarkasmus, Zuversicht und dem nüchternen Blick auf das, was andere Länder längst besser lösen. Unter diesen prominenten Stimmen sind Winfried Kretschmann, Cem Özdemir, Kai Wegner, Manuel Hagel, Thorsten Frei, Nicole Hoffmeister-Kraut, Winfried Herrmann und Landrätin Stefanie Bürkle sowie zahlreiche Unternehmens- und Bran-

Boris Palmer diskutierte mit den Verbandsvertretenden Thomas Beißwenger, Christa Szenkler und Christian Strunk sowie Regisseur Søren Eiko Mielke – moderiert vom Chefredakteur des Staatsanzeigers Dr. Rafael Binkowski – woran genau es bei der Bürokratie hakt

chenvertretungen. Ein internationaler Vergleich macht deutlich: Das Problem ist real, hausgemacht – und lösbar.

Boris Palmer ist für seine markanten Worte zum Thema Bürokratie bekannt. Bei der Premiere lobte der Tübinger Oberbürgermeister den Film: „Die Beispiele im Film sind Alltag – das ist repräsentativ dafür, was grundlegend bei uns falsch läuft. Der Film ist brillant, weil er die eigentlichen Themen der Bürokratie in diesem Land toll herausarbeitet.“

Forderungen: Ermöglichungskultur statt Bürokratiedickicht

ISTE und MIRO fordern einen grundlegenden Umbau der Zulassungspraxis – verbunden mit einem Mentalitätswechsel in den Behörden hin zu einer „Ermöglichungskultur“. Im Zentrum stehen vier Handlungsfelder:

Der Film „Was nützen Scheine ohne Steine?“ ist auf YouTube verfügbar



Langfassung (40 min)



Kurzversion (10 min)

Tempo, Verlässlichkeit und Entbürokratisierung

Genehmigungen und Planfeststellungen für die Rohstoffgewinnung sollen künftig grundsätzlich unbefristet erteilt werden – zeitlich befristete Zulassungen erzeugen unnötige Rechtsunsicherheit, ohne erkennbaren Mehrwert für den Umweltschutz. Wo möglich, sprechen sich die Verbände für den Übergang von förmlichen Genehmigungsverfahren zu Anzeigeverfahren aus. Ergänzend soll das Prinzip der Be-



» Bürokratieabbau heißt nicht, Umweltschutz abzubauen. Wir brauchen Bürokratie gegen Willkür. Aber sie muss seriös sein und darf sich nicht in Schattenregelungen und Gold-Plating aufhängen.

Christa Szenkler
Präsidiumsmitglied des ISTE Baden-Württemberg e.V.

» Wir können nicht akzeptieren, dass Verfahren zehn Jahre dauern. Es geht darum, unnötige Regelungen zu streichen, Vertrauen zu erhalten und Verfahren so zu gestalten, dass Entscheidungen tatsächlich mutig getroffen werden können.

Christian Strunk
Präsident des MIRO e.V.

» Die neuen politischen Signale machen uns vorsichtig optimistisch. Doch es muss schneller gehen. Wir können uns diese Bürokratie angesichts Klimaschutz und Infrastrukturmodernisierung weder zeitlich noch personell oder finanziell leisten.

Thomas Beißwenger
Hauptgeschäftsführer ISTE

treiberverantwortung gestärkt werden: Behörden prüfen Anträge künftig nur noch auf Vollständigkeit; der Antragsteller trägt die volle Verantwortung für die Richtigkeit der eingereichten Gutachten. Das beschleunigt Verfahren, ohne Schutzstandards zu untergraben.

Um Verfahren bei den Regierungspräsidien zu bündeln, fordert der ISTE dedizierte Anlaufstellen für die Rohstoffsicherung („Clearingstellen“). Zugleich soll der Untersuchungsumfang im Naturschutz standardisiert werden; mögliche Einbußen beim Umweltschutz könnten über einen finanziellen Ausgleich in einen landesweiten Artenschutzfonds kompensiert werden. Genehmigungsgebühren sollen auf den tatsächlichen Verwaltungsaufwand begrenzt werden.

Rohstoffversorgung als öffentliches Interesse verankern

Ein zentrales Anliegen ist die rechtliche Aufwertung der Rohstoffversorgung: Die Verbände fordern, die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen im Landesplanungsgesetz – und zunächst im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg – als Belang im „überragenden öffentlichen Interesse des Landes und der öffentlichen Sicherheit“ zu verankern. Damit würde die Rohstoffgewinnung bei Schutzgüterabwägungen als vorrangiger Belang eingestuft und der Ausweisung bedarfsgerechter Vorranggebiete durch die Regionalverbände der Weg geebnet.

Bei der Ausweisung neuer Schutzgebiete muss zudem sichergestellt werden, dass abbauwürdige Lagerstätten nicht überplant werden. Bestehende Gewinnungsstätten sollten aktiv in den Biotopverbund und den nationalen Wiederherstellungsplan eingebunden werden – als Teil der Lösung, die Lebensräume schafft.

Baustoffrecycling und schwimmende Photovoltaik

Die Verbände sprechen sich für eine rechtliche Stärkung des Baustoffrecyclings aus: Praxisnahe Leitlinien sollen den Einsatz von RC-Baustoffen erleichtern, die Errichtung von Recyclinganlagen im Außenbereich soll ermöglicht werden. Auf Bundesebene setzt sich die

Branche für eine praxistaugliche Weiterentwicklung der Ersatzbaustoffverordnung ein. Für schwimmende Photovoltaikanlagen (FPV) auf Baggerseen, die derzeit in ihrer zugelassenen Größe stark limitiert sind, fordern ISTE und MIRO vereinfachte Genehmigungsverfahren und eine deutliche Erhöhung des derzeit auf 15 Prozent begrenzten Überdeckungsgrads – um das Flächenpotenzial für die Energiewende besser zu nutzen.

Carbon Management für klimaneutrales Bauen

Um die Kalk- und Zementindustrie langfristig am Standort zu erhalten, muss eine gewaltige Transformation stattfinden, um die CO₂-Emissionen, die beim Produktionsprozess unvermeidbar sind, technisch einzufangen und zu speichern. Dafür braucht es bis 2035 eine funktionierende CCUS-Infrastruktur (Carbon Capture, Utilisation and Storage). Die Rahmenbedingungen für CO₂-Speicher- und Transportkapazitäten müssen jetzt geklärt werden, dazu zählt auch eine tragfähige Finanzierung. Konkret fordert der Landesverband, dass Baden-Württemberg von der Opt-in-Klausel im Kohlendioxidspeicherungsgesetz für die Onshore-Speicherung Gebrauch macht und potenzielle Pipelinetrassen in die Raumplanung einbezieht.

Die Steine- und Erdenindustrie steht vor einem Scheidepunkt

Schwierige Genehmigungsverfahren führen zu einem akuten Standortsterben mittelständischer Unternehmen. Bei gleichem oder wachsendem Bedarf bleiben weniger Gewinnungsstätten, mehr Zentralisierung, intensivere Gewinnung und deutlich mehr Lkw-Verkehr – mit entsprechenden Folgen für Emissionen und Lärmbelastung. Große Herausforderungen wie der Infrastrukturbau, die Transformation der Branche zur Klimaneutralität in kürzester Zeit bedürfen bisher nie da gewesener Anstrengungen von Politik, Verwaltung und Industrie. Der ISTE hat im Januar 2026 eine Resolution zum Abbau der Überbürokratie und zur Sicherung der Rohstoffversorgung verabschiedet.

Veranstaltungen

Das Großbauprojekt Staudamm Kühtai beeindruckte mit seinen Dimensionen



ISTE und KiWi übernehmen die Objektpatenschaft für den Europasaurus im REM (o.l.)
Das Heinrich-Suso-Gymnasium in Konstanz bekam einen GeoKoffer (Mitte l.)



Beim Politischen Nachmittag war u. a. Umweltministerin Thekla Walker zu Gast (o./Mitte l.)
Beim Techniktag der Schotterindustrie wurde das Werk der Fa. Lukas Gläser besichtigt (u.l.)
Die Junior:innen des ISTE trafen sich zum Austausch bei der Fa. Gfrörer (u.r.)



Die wichtigsten Termine wurden in der Grußkarte zum Jahreswechsel 2025/2026 angekündigt

- 07.07.2025
GeoMobil in der NKS-Schule Hügelsheim
- 08.07.2025, Online-Seminar
Grundlagen Naturschutzrecht
- 09./10.07.2025 in Österreich
Exkursion Staudamm Kühtai
- 17.07.2025 in Empfingen
Junior:innen-Exkursion zur Fa. Gfrörer
- 24.07.2025 in Kirchberg/Murr
17. Techniktag der Schotterindustrie
- 29.07.2025 in Freudenstadt
Politischer Nachmittag Gartenschau Tal X

- 04.09.2025 in Mannheim, Reiss-Engelhorn-Museen
ISTE/KiWi-Objektpatenschaft bei der Ausstellung „Saurier-Faszination Urzeit“
- 22.09.2025 in Konstanz
GeoKoffer-Übergabe an Heinrich-Suso-Gymnasium
- 25.09.2025 in Schelklingen
Besuch Zementwerk und Urzeitweide mit Manuel Hagel MdL
- 01.10.2025 in Filderstadt
28. Baustoff-Recycling-Tag
- 06.10.2025 in Donaueschingen
GeoKoffer-Übergabe an Eichendorffschule

Der 28. Baustoff-Recycling-Tag stand auch 2025 im Zeichen der Mantelverordnung und zog ein zahlreiches Fachpublikum an (r.)
CDU-Chef Manuel Hagel MdL besichtigte das Zementwerk und die Urzeitweide von Heidelberg Materials AG (u.l./Mitte)



Aktuelle Veranstaltungen unter www.iste.de/aktuell/veranstaltungen

Veranstaltungen

Die PH Weingarten bildete Pädagog:innen zum Thema Steine fort (o.l.)
Der Tag der offenen Baustelle des EnBW-Pumpspeicherkraftwerks zog Tausende Besucher:innen unter Tage, ISTE und KiWi waren vor Ort (o.r.)



Die Euroschotter-Tagung führte 2025 zum Bodensee (Mitte l.)
Die Schulung für Berufsberatende zur Steine- und Erdenindustrie als Arbeitgeber wurde gut angenommen (u.l./Mitte)
Beim Landesparteitag der SPD war der ISTE gemeinsam mit dem Weingut Istein vertreten (u.r.)

11.10.2025 in Forbach Tag der offenen Baustelle beim Pumpspeicherwerk der EnBW

22.10.2025, Online-Seminar Biodiversitätsdatenbank Teil 1

24.10.2025 in Weingarten Exkursion Stein ist nicht gleich Stein

04.11.2025 in Allmendingen Infoveranstaltung Berufsberater

13./14.11.2025 in Öhingen am Bodensee Euroschotter-Tagung

15.11.2025 in Ulm ISTE vor Ort: Landesparteitag der SPD

Das Steine- und Erdenseminar informierte mit aktuellen Beispielen aus der Genehmigungspraxis (o.)
Beim Social Media Netzwerktreffen wurde Content Creation mithilfe von KI diskutiert (Mitte r.)



18.11.2025 in Stuttgart 28. Steine- und Erdenseminar

20.11.2025 in Vaihingen/Enz Social Media Netzwerktreffen

03.12.2025, Online-Seminar Wasserrecht

05./06.12.2025 in Heidelberg ISTE vor Ort: Landesparteitag der CDU

10.12.2025, Online-Seminar Finanzierung – vom Bedarf zur Bewilligung

12.12.2025 in Bad Saulgau GeoMobil im Weihnachtsdorf Kieswerk Wagenhart

12./13.12.2025 in Ludwigsburg ISTE vor Ort: Landesparteitag der Grünen

Auch auf den Landesparteitagen von CDU und Grünen war der ISTE vor Ort – hier mit den (zu diesem Zeitpunkt) Spitzenkandidaten Manuel Hagel und Cem Özdemir (u.l./Mitte)
Das GeoMobil war trotz unfreundlichen Wetters beim Weihnachtsdorf des Kieswerks Wagenhart gut besucht (u.r.)

Veranstaltungen



Die 71. Winterarbeitstagung der Steine- und Erdenindustrie stand diesmal unter dem drängenden Thema Abbau der Überbürokratie

05.01.2026 in Fellbach
ISTE vor Ort: Landesparteitag der FDP

11.–14.01.2026 in Telfs, Österreich
71. Winterarbeitstagung der Steine- und Erdenindustrie

10.02.2026 in Reutlingen
15. Baustoff-Technik-Tag

12.02.2026, Online-Seminar
Aktuelle Entwicklungen im Arbeitsrecht

Im Vorfeld der Landtagswahl war der ISTE auch auf dem Landesparteitag der FDP zugegen

Die Teilnehmenden des GisInfoService-Netzwerktreffens besichtigten die Großbaustelle Wallstraßenbrücke in Ulm

25.02.2026 in Ulm
GisInfoService-Netzwerktreffen

11.03.2026, Online-Seminar
Rohstoffgewinnung – Immissionsschutzrecht

12.03.2026 in Mannheim
GeoKoffer-Übergabe an Ludwig-Frank-Gymnasium

18.03.2026, Online-Seminar
KI für Unternehmensprozesse

19.03.2026 in Ostfildern
Personalleiter-Workshop

Im Rahmen der Kooperation mit den Reiss-Engelhorn-Museen bekam das Ludwig-Frank-Gymnasium in Mannheim einen GeoKoffer (Mitte l.)
Der Baustofftechniktag fand zum ersten Mal in einer neuen Location statt und überzeugte mit vielfältigen Themen (u.)

Veranstaltungen

Das KiWi-Forum rückte die Biodiversität in Baggerseen in den Fokus (o.)



Bei der offiziellen Verabschiedung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann überreichte ISTE-Hauptgeschäftsführer Thomas Reißwenger eine vom Bildhauer Markus Wolf gefertigte Steinskulptur als Dank für die Politik des Gehörtwerdens. Ehrenmedaillenträger Walter Feeß war ebenfalls unter den geladenen Gästen und überreichte eine dazugehörige Sockelplatte aus Recycling-Beton (Mitte l.)

Bei den Forschertagen auf der Gartenschau sowie beim KiWi-Afterwork im Biotop der Fa. Knobel kam das KiWi-Mobil zum Einsatz (u.)

- 05.04.2026 in Hartheim
KiWi-Afterwork
- 14.04.2026 in Baden-Baden
KiWi-Forum
- 15.04.2026 in Stuttgart
Pressekonferenz Filmpremiere „Was nützen Scheine ohne Steine“
- 15.04.2026, Online-Seminar
EU-Entgelttransparenzrichtlinie
- 29.04.2026 in Stuttgart
Übergabe Steinskulptur an MP Winfried Kretschmann
- 05./06.05.2026 in Bad Krozingen
GeoMobil bei den Forschertagen

Die jungen Auszubildenden der Branche erkundeten beim Azubi-Tag '26 Staustufe, Wasserkraftwerk und Kieswerk – auch der Spaß im Strandbad kam nicht zu kurz (o.r., Mitte, Mitte r.)



- 08.05.2026 in Ostfildern
Workshop Kommunikation
- 13.05.2026 in Baden-Baden/Rastatt
Exkursion Renaturierung und Rekultivierung
- 19.05.2026 in Iffezheim
Azubi-Tag '26
- 20.05.2026 in Würzburg
KSV-Exkursion Hochschule Nürtingen
- 21.05.2026
Besichtigung Engelbergtunnel
- 21.05.2026 in Stuttgart-Bad Cannstatt
Junior:innen-Exkursion

Im Rahmen einer Exkursion konnten Interessierte Projekte zu Renaturierung und Rekultivierung der Firmen EKS, KBI, Sämann und IKE rund um Iffezheim besichtigen (o./Mitte l.)

Die Fa. KSV lud Studierende zur Werksbesichtigung ein (u.l.)

Das Großbauprojekt Engelbergtunnel war ebenfalls Ziel einer spannenden Exkursion (Mitte u.)

Die Junior:innen trafen sich zur Stadterkundung in Stuttgart-Bad Cannstatt (u.r.)

Gemeinsam mit dem NABU präsentierte der ISTE seinen Bundesverbänden die Urzeitweide (o.)

Bei der Jahreshauptversammlung des ISTE wurde ein neuer Vorstand gewählt



Die Bauwirtschaft BW lud Ministerin Theresa Schopper zur Besichtigung des Rohbaus des Berufsbildungszentrums der Bauwirtschaft in Remshalden-Geradstetten ein (Mitte l.)
Eine mehrtägige Exkursion führte Studierende der Geowissenschaften zu Gewinnungsstätten im ganzen Land (u.)

24.05.2026 in Frankreich
GeoMobil in Fort Louis

26.–29.05.2026
Studierenden-Exkursion zur Geologie Baden-Württembergs (Universität Freiburg und KIT)

12.06.2026
Baubesichtigung mit Ministerin Theresa Schopper auf Einladung der Bauwirtschaft BW

17.06.2026
Besuch Urzeitweide mit NABU, MIRO, bbs

24.06.2026 in Radolfzell
Junior:innen-Exkursion Radolfzell

25.06.2026 in Konstanz
Jahreshauptversammlung des ISTE

26.06.2026 in Konstanz
Gemeinsamer Politischer Vormittag mit der Bauwirtschaft BW

27.06.2026 in Neckarsteinach
GeoMobil bei Lernort Natur XXL

Beim gemeinsamen Politischen Vormittag des ISTE und der Bauwirtschaft BW sprachen Theresa Schopper, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, sowie Thomas de Maizière, Bundesminister a. D. (u.)



Bürokratie, Fristen und die Kunst des Wartens

Mit einer Mischung aus Erstaunen, Fassungslosigkeit und einer gewissen unfreiwilligen Bewunderung nehmen wir zur Kenntnis, dass unser seit Jahren laufendes Genehmigungsverfahren nun um eine weitere verwaltungsrechtliche Erkenntnis bereichert wurde:

Vier Wochen sind kein Monat

Man könnte meinen, dass ein solcher Unterschied im Alltag überschaubar ist. Vier Wochen bedeuten schließlich 28 Tage. Ein Monat bedeutet je nach Kalender 28, 29, 30 oder 31 Tage. Für den normalen Menschen ist das in vielen Lebenslagen kein dramatischer Unterschied. Für die Bürokratie hingegen scheint zwischen vier Wochen und einem Monat ein ganzer Kosmos zu liegen.

Und genau dieser Kosmos sorgt nun dafür, dass ein Verfahren, das ohnehin seit Jahren läuft, nochmals in eine neue Schleife geschickt wird.

Die Offenlage wurde durchgeführt. Die Unterlagen lagen aus. Die Öffentlichkeit hatte Gelegenheit zur Einsichtnahme. Beteiligte konnten sich äußern. Einwendungen konnten erhoben werden.

Das Ergebnis war eindeutig:

Es sind keine Einwendungen eingegangen

Keine Kritik. Kein Widerspruch. Keine fachlichen Bedenken. Keine neuen Konflikte. Keine Betroffenheit, die geltend gemacht wurde. Keine Überraschung, kein Protest, kein Hinweis darauf, dass irgendjemand durch das Vorhaben übergangen wurde.

Inhaltlich also: nichts – bürokratisch jedoch: alles noch einmal

Denn, obwohl das Ergebnis der Offenlage klar war, obwohl niemand Einwendungen erhoben hat und obwohl das Verfahren inhaltlich offenbar entscheidungsreif war, reicht dies nicht aus. Entscheidend ist nicht, dass die Öffentlichkeit beteiligt wurde. Entschei-

Michael Knobel begegnet mit seiner Fa. KNOBEL Bau GmbH immer wieder bürokratischen Absurditäten. Diese Kolumne bietet einen kleinen Einblick

dend ist nicht, dass niemand etwas einzuwenden hatte. Entscheidend ist nicht, dass nach Jahren endlich eine Entscheidung möglich erscheint.

Entscheidend ist: Die Frist muss exakt in das richtige bürokratische Raster passen. Und wenn dieses Raster nicht erfüllt ist, beginnt das Spiel von vorn.

So wird aus einem einwendungsfreien Verfahren kein Abschluss, sondern eine Wiederholung. Aus vier Wochen Beteiligung wird ein formaler Mangel. Aus einer abgeschlossenen Offenlage wird eine erneute Offenlage. Aus einem möglichen Genehmigungsbescheid wird ein weiterer Warteschleifenmonat – und in der Praxis, unter Einbeziehung von Einwendungsfrist, Sommerzeit und Bearbeitungslauf, ein Zeitverlust von mehreren Monaten.

Das ist der eigentliche Kern dieses Vorgangs: nicht ein einzelner Fehler, nicht eine einzelne Panne, sondern das System dahinter.

Ein System, in dem Verfahren nicht an fehlender Substanz scheitern, sondern an Formalien hängen bleiben. Ein System, in dem das Ergebnis einer Beteiligung offenbar weniger zählt als die mathematisch korrekte Einordnung ihres Zeitraums. Ein System, in dem unternehmerische Planung, Investitionen und betriebliche Realität hinter Fristenlogik, Aktenvermerken und Verfahrenssicherheit zurücktreten.

Selbstverständlich verstehen wir, dass Regeln eingehalten werden müssen. Selbstverständlich wissen wir, dass ein Planfeststellungsbeschluss rechtssicher sein muss. Und selbstverständlich haben auch wir kein Interesse an einem angreifbaren Verfahren.

Aber irgendwann stellt sich die Frage, ob Bürokratie noch dem Verfahren dient – oder ob das Verfahren der Bürokratie dient.

Denn hier geht es nicht um einen inhaltlichen Konflikt. Nicht um Umwelt-einwendungen. Nicht um betroffene Nachbarn. Nicht um eine geänderte Planung. Nicht um fehlende Unterlagen. Nicht um fachliche Zweifel.

Es geht darum, dass vier Wochen nicht als Monat gelten

Und diese Erkenntnis führt nun dazu, dass ein Verfahren, das bereits seit Jahren läuft und bei dem keine Einwendungen eingegangen sind, erneut verzögert wird.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Niemand hat etwas einzuwenden – aber das Verfahren erhebt gewissermaßen Einwendungen gegen sich selbst.

Die Bürokratie braucht keinen Gegner. Sie genügt sich manchmal selbst.

Während Unternehmen Entscheidungen treffen, Risiken tragen, Investitionen vorbereiten, Personal einplanen und Finanzierungskosten stemmen müssen, folgt das Verfahren seiner eigenen inneren Logik. Einer Logik, in der Zeit anders bewertet wird. Für ein Unternehmen sind sechs Monate eine

echte Belastung. Für ein Projekt bedeuten sechs Monate Stillstand Unsicherheit, Kosten und verlorene Chancen. Für die Bürokratie sind sechs Monate offenbar nur ein weiterer Abschnitt im Fristenkalender.

Und genau hier liegt die eigentliche Absurdität

Nach Jahren des Wartens wird nicht etwa deshalb verzögert, weil neue Erkenntnisse vorliegen. Nicht, weil Bürger erhebliche Bedenken geäußert hätten. Nicht, weil fachlich etwas ungeklärt wäre. Sondern weil ein Zeitraum nicht die richtige Bezeichnung trägt.

Vier Wochen: zu wenig. Ein Monat: richtig. Keine Einwendungen: unerheblich. Ergebnis: bitte erneut auslegen.

Das ist nicht mehr nur Verwaltung. Das ist Bürokratie in Reinform.

Sie arbeitet korrekt, aber nicht zwingend vernünftig. Sie schützt das Verfahren, aber nicht den Fortschritt. Sie wahrt die Form, aber verliert die Wirkung aus dem Blick. Sie sichert die Akte, aber belastet die Realität.

Und am Ende bleibt der Antragsteller zurück mit der Erkenntnis, dass nicht nur Genehmigungen Zeit brauchen, sondern offenbar auch die Unterscheidung zwischen Kalenderwochen und Kalendermonaten.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass nun wenigstens eines mit größtmöglicher Klarheit festgestellt wurde:

Vier Wochen sind kein Monat.

Diese Erkenntnis mag für die Menschheit kein Quantensprung sein, für unser Genehmigungsverfahren ist sie offenbar von erheblicher Tragweite.

Vielleicht sollte sie künftig als Leitsatz über jedem Verwaltungsvorgang stehen. Vielleicht wäre auch ein kleines Merkblatt hilfreich: „Achtung: Vier Wochen können sich wie ein Monat anfühlen, sind aber keiner.“

Für die Wirtschaft könnte man ergänzen: „Ein halbes Jahr Verzögerung fühlt sich hingegen immer wie ein halbes Jahr Verzögerung an.“

Denn genau das ist der Punkt: Während die formale Abweichung zwischen vier Wochen und einem Monat überschaubar wirkt, ist die praktische Folge erheblich. Aus wenigen Tagen Differenz entsteht ein zusätzlicher Verfahrenslauf. Aus einem zusätzlichen Verfahrenslauf wird ein Zeitverlust von Monaten. Aus Monaten werden Kosten, Unsicherheit und verlorene Planungssicherheit.

Und irgendwann wird aus Verfahrenssicherheit Verfahrensstillstand

Wir nehmen die erneute Offenlage daher zur Kenntnis. Wir nehmen zur Kenntnis, dass anschließend nochmals eine zweiwöchige Einwendungsfrist folgt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass nach der Einwendungsfrist die Sommerpause beginnt.

Vor allem aber nehmen wir zur Kenntnis, dass ein Verfahren ohne Einwendungen nicht automatisch zu einer Entscheidung führt.

Dafür muss offenbar zunächst noch einmal bewiesen werden, dass ein Monat ein Monat ist.

In diesem Sinne freuen wir uns über diesen weiteren Beitrag zur deutschen Verwaltungskultur und hoffen, dass die erneute Offenlage nunmehr allen kalendarischen, formalen und bürokratischen Anforderungen genügt.

Und wir erlauben uns abschließend die Frage:

Wenn selbst ein einwendungsfreies Verfahren nach Jahren noch nicht zum Abschluss kommt – was genau muss eigentlich passieren, damit in diesem Land eine Genehmigung irgendwann einfach erteilt wird?

Michael B. Knobel

Geschäftsführer KNOBEL Bau GmbH und aktives ISTE-Gremienmitglied



Wirtschaftspolitik

Ein zukunftsfähiger und nachhaltiger Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg braucht dringend durchgreifende Reformen in den Bereichen Bürokratie, Infrastruktur und Verkehr, bei der Energiepolitik, beim Wohnungsbau und bei der Transformation. Einiges kann im Land erledigt werden, für andere Vorhaben ist der Bund zuständig und das Land muss im Bundesrat Vorschläge machen sowie zum Treiber von Vereinfachung und Beschleunigung werden. Nur so können Arbeitsplätze, Wohlstand und Nachhaltigkeit im Land gesichert werden.

Infrastruktur und Verkehr

Verkehrsinfrastruktur und digitale Infrastruktur modernisieren, um Standortqualität zu sichern.

Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz im Land gezielt einsetzen.

Infrastruktursanierung unabhängig von der aktuellen Haushaltslage gewährleisten und an Baupreissteigerungen anpassen, Planungssicherheit für Investoren und Bauwirtschaft.

Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung für Infrastrukturmaßnahmen fortführen und auf Vorhaben des Landes und der Kommunen ausdehnen.

Vorrangige Verkehrsprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) zügig umsetzen und innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens bis 2030 realisieren, Möglichkeiten des Genehmigungsbeschleunigungsgesetzes dafür nutzen.

Landeskonzept Mobilität und Klima praxisnah umsetzen – durch den Ausbau der Schieneninfrastruktur, gezielte Anreize für nachhaltige Antriebe im Güterverkehr (z.B. ReFuels, Wasserstoff) und die Harmonisierung des zulässigen Gesamtgewichts auf 44 Tonnen.

Fokus auf Wasserstraßen als umweltfreundlichen Transportweg legen, Wasserstraßen modernisieren und zuverlässig gestalten mit dauerhaftem Zwei-Kammer-Betrieb der Schleusen im Neckar.

Wohnungsbau

Landesmittel zur sozialen Wohnraumförderung in Höhe der Bundesmittel bereitstellen und Kofinanzierung in Bundesländer-Programmen unterstützen.

Anteil der Landesmittel am Landeswohnraumförderprogramm von derzeit 35 % auf mindestens 50 % erhöhen.

Grunderwerbssteuer zur Ankurbelung des Wohnungsbaus sofort (temporär) auf 3,5 % absenken, Freibeträge für eigen genutzten Wohnraum einführen und Bundesmöglichkeiten zur weiteren Steuersenkung nutzen.

Sonderprogramme als Soforthilfe mit Zuschüssen und zinsvergünstigten Krediten, eigenkapitalersetzende Darlehen für selbst genutztes Wohneigentum.

Landesbauordnung weiter entschlacken, unnötige Bauvorschriften abbauen, Genehmigungsverfahren digitalisieren und unbürokratische Verlängerungen von Baugenehmigungen ermöglichen.

Anreize im Mietwohnungsneubau verstetigen, Sonder-Afa und degressive Abschreibung weiterentwickeln und dauerhaft sichern.

Fördervolumen und -bedingungen an den aktuellen Baukosten, Zinsen und Baustandards orientieren.

Bürokratie

Mentalitätswechsel in der Verwaltung: Ermöglichungskultur, Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren und Genehmigungen, Eigenverantwortung der Betreiber statt Kontrolle stärken.

Verbindliche Entbürokratisierungsziele für Ministerien. Für jedes neue Gesetz müssen andere Gesetze auf den Prüfstand und mindestens zwei abgeschafft werden.

Unnötige Regulierung stoppen – im Land, im Bund und auf EU-Ebene.

Konsequente Digitalisierung der Verwaltung: nutzerzentrierte, durchgängige digitale Prozesse.

Verfallsdatum von Verwaltungsvorschriften und Verordnungen. Nach 3, 5 oder 7 Jahren laufen Verwaltungsvorschriften und Verordnungen automatisch aus. Nur die, die wirklich nötig sind, werden verlängert.

Transformation

Keine Befristung immissionsschutzrechtlicher Genehmigung bzw. sonstige Genehmigungslaufzeiten auf 30 Jahre verlängern – Investitionssicherheit für die Dekarbonisierung schaffen und Bürokratie mindern.

Einheitliche und verlässliche Klimaziele, keine föderalen Alleingänge, Emissionshandel (EU ETS) und CBAM für Investitionssicherheit absichern.

Potenziale zum Ausbau der erneuerbaren Energien nutzen, wettbewerbsfähige Stromkosten.

Carbon Management in die Praxis bringen, Kostenrisiko der Dekarbonisierung abfedern, sachliche Informationskampagne durchführen (Opt-in für Onshore-Speicherung aktivieren).

Energie

Energiesicherheit: Notwendigen Zubau von 6,5 Gigawatt gesicherter Leistung schnell ermöglichen, Kraftwerkstrategie umsetzen und einen Kapazitätsmarkt mit lokaler Komponente schaffen (um Versorgungslücken zu schließen und Netzstabilität zu gewährleisten).

Entlastung bei Stromkosten/Energiewende bezahlbar gestalten: Strompreise dauerhaft senken, Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf europäisches Mindestmaß absenken, Netzentgelte stabilisieren und einheitliche Stromgebotszone beibehalten.

Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben, Stromnetzausbau in Kombination mit Speichern konsequent fortsetzen.

Beschränkung von schwimmenden Photovoltaikanlagen (FPV) auf Baggerseen auf 50 % Überdeckungsgrad anheben, Anzeigeverfahren oder vereinfachte Verfahren für FPV-Anlagen mit einem Überdeckungsgrad bis 15 %.

Wasserstoff-Infrastruktur zügig ausbauen, regionale Erzeugung und Speicherung durch systemdienliche Elektrolyse vor Ort fördern und ausreichende Wasserstoffversorgung sicherstellen.

Gesamtheitliche, kosteneffiziente und digitalisierte Energiesystementwicklung und integrierte Netzplanung vorantreiben.



Tarifpolitik und Arbeitsrecht

Um Arbeitsplätze zu sichern, muss die Regierung gezielt wirtschaftliches Wachstum fördern, in Infrastrukturprojekte investieren und die Sozialabgaben auf Löhne und Gehälter deckeln, um die Arbeitskosten zu begrenzen.

Weitere konkrete Maßnahmen zur Modernisierung des Arbeitsrechts:

Unterstützung der Fachkräfteentwicklung: Die Förderung von Umschulungs- und Weiterbildungsprogrammen, unterstützt durch staatliche Zuschüsse, soll den akuten Fachkräftemangel in der Stein- und Erdenindustrie effektiv bekämpfen.

Deregulierung von Einstellungsprozessen: Eine Erleichterung der Einstellung von Arbeitskräften, beispielsweise durch vereinfachte Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen und die Reduzierung behördlicher Genehmigungspflichten, soll die Flexibilität bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels erhöhen.

Förderung flexibler Arbeitszeitregelungen: Die Einführung rechtlicher Rahmenbedingungen für wöchentliche Arbeitszeitkonten und flexible Schichtpläne in der Stein- und Erdenindustrie wird angestrebt, unter Berücksichtigung von Sicherheit und Work-Life-Balance der Arbeitnehmer:innen.

Digitalisierung im Arbeitsrecht: Die Unterstützung bei der Einführung digitaler Arbeitsverträge und -prozesse soll die administrative Belastung für Unternehmen und Arbeitnehmer:innen in der Branche spürbar reduzieren.

Rohstoffsicherung und Raumordnung

Heimische Baurohstoffe sind unverzichtbar für den Wohnungsbau, den Ausbau der Verkehrswege und die Energiewende. Ohne ausreichende eigene Rohstoffe drohen Baustopps und höhere Baukosten. Damit solche Engpässe nicht erst entstehen, müssen Rohstoffvorkommen frühzeitig in der Raumplanung gesichert und Abbauvorhaben erleichtert werden. Wir fordern daher:

Weiterentwicklung des Runden Tisches Rohstoffsicherung zur Taskforce Rohstoffsicherung zur konsequenten Umsetzung und Verbesserung der Rohstoffkonzeption Baden-Württemberg.

Langfristige Rohstoffsicherung gewährleisten: Den gesetzlichen Auftrag zur Sicherung der heimischen Rohstoffversorgung konsequent erfüllen und Rohstoffgewinnung als überragendes öffentliches Interesse festschreiben.

Vorranggebiete ausweisen: Ausreichend Flächen als Vorranggebiete für Abbau und Sicherung von Rohstoffvorkommen festlegen. Diese Gebiete müssen zusammen mindestens den Bedarf der nächsten fünfzig Jahre decken. Bei neuen Gewinnungsflächen sind geologische Mindestabbauzeiten zu berücksichtigen. Für seltene oder knappe Rohstoffe sind darüber hinaus langfristige Reserven einzuplanen.

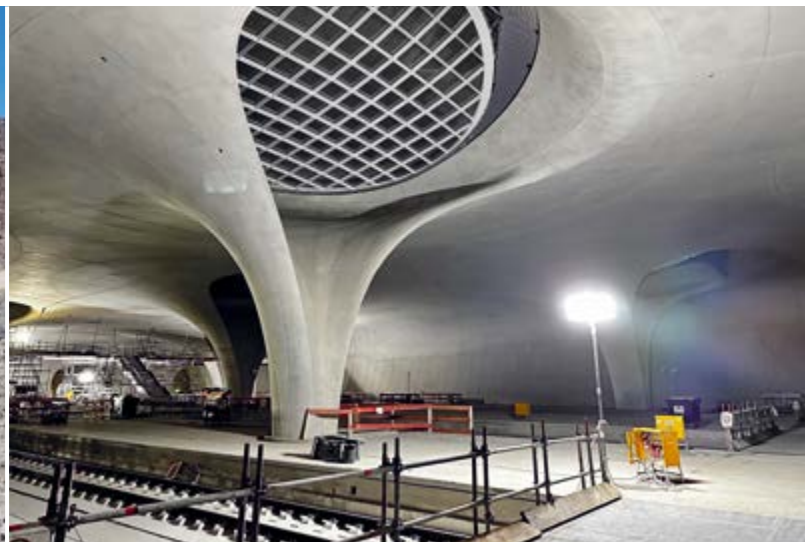
Genehmigungen beschleunigen: Das vereinfachte Planungs- und Genehmigungsrecht für Wind- und Solarenergie muss auch für die Rohstoffgewinnung gelten, damit Vorhaben ebenso vorrangig und zügig genehmigt werden wie Windparks.

Konflikte mit Erneuerbaren vermeiden: Bei der Ausweisung und Genehmigung von Wind- und Solarenergie sind vorhandene Rohstoffvorkommen zu berücksichtigen, um Lagerstätten nicht durch andere Nutzungen zu blockieren.

Bürokratie abbauen: Umwelt- und Planungsaufgaben einheitlich anwenden. Genehmigungsaufgaben auf das Nötigste beschränken, um bürokratische Hürden abzubauen. Ermessensspielräume müssen zugunsten der Rohstoffgewinnung ausgelegt werden.

Geologischer Dienst muss in den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums eingegliedert werden.

Dezentrale Versorgung sichern: Die dezentrale, verbrauchsnahe Rohstoffgewinnung in allen Landesteilen muss erhalten bleiben bzw. wieder ermöglicht werden. Kurze Transportwege halten Kosten und CO₂-Emissionen gering.



Technik und Normung

Die Ausschreibungspraxis orientiert sich häufig an qualitativen Maximalanforderungen, die über die tatsächlichen Erfordernisse des Verwendungszwecks hinausgehen. Dies führt zu einer ineffizienten Nutzung von regionalen Lagerstätten, erhöhtem Energieaufwand (z. B. durch zusätzliche Brechdurchgänge) und längeren Transportwegen, da lokal verfügbare Gesteinskörnungen nicht genutzt werden. Zur Stärkung der Ressourceneffizienz, Versorgungssicherheit und Klimaverantwortung braucht es:

Produktneutrale Ausschreibungen, die technologisch gleichwertige, aber regional verfügbare Alternativen zulassen.

Verwendungsgerechte Anforderungen, d. h. eine Orientierung an den funktionalen Mindestanforderungen technischer Regelwerke statt an pauschalen Maximalstandards.

Standards im Straßenbau vereinfachen, jedoch ohne Einbußen bei der Sicherheit und Dauerhaftigkeit – neue Bauweisen sind wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren.

Vertragsbedingungen der öffentlichen Auftraggeber, die den effizienten Einsatz heimischer Roh- und Baustoffe ermöglichen.

Stärkung der Fachkompetenz durch Einbindung qualifizierter privater Ingenieurbüros in Ausschreibung und Bauüberwachung.

Personelle Aufstockung in den zuständigen Baubehörden und Straßenfachreferaten zur qualitätsgerechten Ausschreibung und Überwachung.

Substanzerhalt sichern, durch verstetigte oder steigende öffentliche Bauinvestitionen.

Verlässliche Qualitätskontrollen vor und während der Bauausführung – mit personell ausreichender Ausstattung.

Berücksichtigung heimischer Naturwerksteine um ökologisch fragwürdige Transporte (z. B. aus Übersee) sowie problematische Produktionsbedingungen im globalen Süden zu vermeiden.

Umweltschutz

Es muss ein Bewusstsein in der Gesellschaft geschaffen werden, das neben Ressourceneffizienz und Klimaschutz durch Recycling auch auf die heimische Rohstoffgewinnung setzt. Dabei sind die Vorteile der heimischen Rohstoffgewinnung mit dezentralen Strukturen und kurzen Transportwegen herauszustellen.

Zur Stärkung der Ressourceneffizienz, Versorgungssicherheit und Klimaverantwortung im Bereich Umweltschutz fordern wir:

Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung und Entwicklung von Rohstoffgewinnungsstätten durch Politik und Verwaltung, indem auch neue Abbaustätten ausgewiesen werden. Denn nur mit Dezentralität bei der Rohstoffgewinnung wird Klimaschutz erreicht.

Konkrete Maßnahmen zur Entbürokratisierung. Ausufernde finanzielle und administrative Belastungen müssen beseitigt werden – zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen!

Eine solide Abschätzung der Folgen von Gesetzesvorhaben. Dies ist Aufgabe des Gesetzgebers, wird aber immer stärker der betroffenen Industrie überlassen, indem Anhörungsfristen zu kurzfristig sind und deren Resultate ignoriert bzw. nicht hinreichend berücksichtigt werden.

Die Auflösung von Zielkonflikten zwischen Ökonomie und Ökologie im Rahmen einer nachhaltigen und abgestimmten Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Schlüssige Politik bezüglich der Zielsetzung der Ressourceneffizienz durch Recycling und des Boden- und Grundwasserschutzes. Hochqualitatives Baustoffrecycling im Straßen-, Wege- und Erdbau oder als Zuschlagstoffe für Beton im Hochbau stehen auf derselben Abfallhierarchiestufe 3 „Recycling“ des KrWG – Ressourcen werden geschont und Stoffkreisläufe geschlossen.

Praktikable Umsetzung der Ersatzbaustoffverordnung im Vollzug zur Umsetzung der Ziele der ErsatzbaustoffV, nämlich der Steigerung des Baustoffrecyclings.

Einsatz des Landes für eine schnelle „kleine“ Novelle der ErsatzbaustoffV zur Behebung dramatischer Fehlstellen, wie Verwertung auf Kies/Grundgebirge, Bagatellgrenzen, Wassergefährdung und Mächtigkeit der Einbauweisen.

Personelle Aufstockung in den zuständigen Behörden zur Erarbeitung von fachlichen Kriterien für eine umweltgerechte Georessourcennutzung und zur Umsetzung der ErsatzbaustoffV.



Naturschutz

Für den Bereich Naturschutz fordern wir:

Die Umsetzung von europarechtlichen Vorgaben ins nationale Recht darf nicht überspannt werden. Nationale Spielräume müssen im Sinne der Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Schaffung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen genutzt werden.

Bei der Durchführung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur mittels nationaler Wiederherstellungspläne muss der langfristigen Sicherung von Rohstoffen aufgrund ihrer Standortgebundenheit eine besondere Bedeutung eingeräumt werden.

Zulassungsverfahren müssen zu einer rechtssicheren Durchführung der Rohstoffgewinnung führen. Die im Rahmen der letzten BNatSchG-Novelle geschaffene Verordnungsermächtigung in § 54a muss als Chance verstanden werden, Rechtssicherheit für die Betreiber zu schaffen.

Abbaustätten müssen in den landesweiten Biotopverbund integriert werden. Die rund 500 über das ganze Land verteilten Abbaustätten stellen wichtige Trittsteine, Vernetzungselemente und Ausbreitungseinseln für Tier- und Pflanzenarten dar.

Die Evaluation der Ökokonto-Verordnung (ÖKVO) muss als Chance verstanden werden, das Instrument Ökokonto als kooperatives System der Naturschutzsteuerung zu optimieren. Daneben muss die geplante Kompensationsverordnung des Landes so gestaltet werden, dass die Besonderheiten der Rohstoffgewinnung dargestellt werden können.

Bei der Ausweisung von Schutzgebieten müssen nachgewiesene Rohstoffvorkommen beachtet werden.

In Personalunion
betreute Organisationen

Baustoffprüfgesellschaft mbH
Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**
Markus Zimmermann

**Baustoffüberwachungs-
und Zertifizierungsverband
Baden-Württemberg e.V.**
Vorsitzender **Lorenz Krieger**
Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**

**Flächenagentur
Baden-Württemberg GmbH**
Geschäftsführer **Dr. Raffael Greiffenberg**
Manuel Sedlak

**Güteschutz Naturstein
Baden-Württemberg e.V.**
Vorsitzender **Martin Weiß**
Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**

**Qualitätssicherungssystem
Recycling-Baustoffe
Baden-Württemberg e.V. (QRB)**
Vorsitzender **Michael B. Knobel**
Geschäftsführer **Dr. Bernd Susset**

**Steine und Erden Service Gesellschaft
SES GmbH**
Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**
Prokuristin **Gudrun Müller**

**Verbandshaus der Baustoffindustrie
Baden-Württemberg GbR**
Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**
Thomas Beißwenger
Dr. Ulrich Lotz

**Fachverband Beton- und Fertigteilwerke
Baden-Württemberg e.V. (FBF)R**
Präsident **Friedrich Gebhart**
Geschäftsführer **Dr. Ulrich Lotz**

Geschäftsstelle

Geschäftsführung
Hauptgeschäftsführer
Thomas Beißwenger
Wirtschafts- und Rohstoffpolitik,
Umwelt- und Naturschutzpolitik, Klimaschutz,
Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerdialog,
Personal, Finanzen
Tel. 0711 32732-122, beisswenger@iste.de

Stellv. Hauptgeschäftsführer
Manuel Sedlak
Justizariat, Wirtschaftsverwaltungsrecht,
Naturschutz, Grundstücksverkehr, Steuern,
stea – Steine Erden Akademie, Versicherung
Tel. 0711 32732-134, sedlak@iste.de

Fachbereiche
Dr. Michael Aufrecht
Leiter Normung / Technik
Beton
Tel. 0711 32732-415, aufrecht@iste.de

Daniela Budach
Leiterin Normung / Technik
Gesteinskörnungen, Asphalt
Tel. 0711 32732-114, budach@iste.de

Ayse Kodvavi
Umweltrecht / Genehmigungsverfahren
Tel. 0711 32732-119, kodvavi@iste.de

Marijo Kovac
Leiter Tarifpolitik, Arbeits- und Sozialrecht,
Aus- und Weiterbildung
Tel. 0711 32732-112, kovac@iste.de

Michelle Luft
Normung / Technik, Gesteinskörnungen
Tel. 0711 32732-117, luft@iste.de

Judith Rybol
Wirtschaftspolitik, Klimaschutz und Nachhaltigkeit,
Öffentlichkeitsarbeit und Politische Kommunikation
Tel. 0711 32732-118, rybol@iste.de

Carolin Selig
Leiterin Rohstoffsicherung / Regionalplanung
Tel. 0711 32732-117, selig@iste.de

Nadine Sommer
Rohstoffsicherung, Naturschutz,
Biodiversitätsdatenbank
Tel. 0711 32732-116, sommer@iste.de

Dr. Bernd Susset
Leiter Umweltschutz (Boden und Grundwasser),
Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft
Tel. 0711 32732-131, susset@iste.de

Haus der Baustoffindustrie
Gerhard-Koch-Str. 2, 73760 Ostfildern
Tel. 0711 32732-100, Fax 0711 32732-127
verband@iste.de, www.iste.de



Dienstleistung
und Beratung

Führung des Verbandes
unter Beachtung der Beschlüsse der
Mitgliederversammlung

Erarbeitung wirtschafts- und
sozialpolitischer Leitlinien / Geschäftsordnung
und Geschäftsverteilungsplan

Die Vorsitzenden der
Ständigen Ausschüsse sind
Teil des Präsidiums.

Die Fachgruppenvorsitzenden
sind Teil des Präsidiums.

Alle ISTE-
Mitglieder
wählen auf der
Jahreshaupt-
versammlung
den Vorstand
für die Dauer
von 3 Jahren.

Vorstand
Präsident **Oliver Mohr**
Vizepräsidenten **Michael Krieger**
Erik Schleicher

Ehrenpräsidenten **Dr. Rolf Mohr**
Hans-Martin Peter
Peter Röhm

Präsidium
Beton- u. Fertigteilwerke **Friedrich Gebhart**

Gips/Gipsplatten **Jörg Schanow**
Kalk **Reinhold Ackermann**
Naturstein **Karl Kraft**
Naturwerkstein **Markus Holder**
Rc-Baustoffe u. Boden **Christa Szenkler**
Sand und Kies **Michael Krieger**
Transportbeton **Christoph Ramsperger**
Zement **Erik Schleicher**

Ausschuss für Umwelt-
und Rohstoffpolitik **Oliver Mohr**
Sozialpol. Ausschuss **Dr. Christian Körber**
Ausschuss für
Öffentlichkeitsarbeit **Sabine Schädle**

Beirat
von Fachgruppen gewählte Obleute der
vier Regierungsbezirke
Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen

Der Beirat schlägt der
Mitgliederversammlung
Präsident und
Vizepräsidenten zur
Wahl vor.

Die Fachgruppen
wählen die Obleute der
Regierungsbezirke
und die Vertreter für
die Ausschüsse.

Mitgliederversammlung

Fachgruppen
Beton- und Fertigteilwerke
Gips und Gipsplatten
Kalk
Naturstein (einschl. Abt. Naturwerkstein)
Recycling-Baustoffe und Boden
Sand und Kies
Transportbeton
(einschl. Abt. Betonpumpen und Abt. Mörtel)
Zement
Sonstige Unternehmen
(einschl. Abt. weitere Industriemineralien)

Korp. Mitgliedsverband
**Fachverband Beton- und Fertigteilwerke
Baden-Württemberg e.V.**
Fördermitglieder ohne Stimmrecht

Die ISTE-Mitgliederversammlung / Jahreshauptversammlung
ist oberstes Beschlussorgan in allen Angelegenheiten.

Baustoffüberwachungs- und Zertifizierungsverband Baden-Württemberg e.V. (BÜV-ZERT)

Wir sind eine nach Landesbauordnung, Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen und EU-Bauproduktenverordnung anerkannte Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle, die in der Region organisiert und unter einem gemeinsamen Dach bundes- und europaweit tätig ist.

Wir überwachen

- über 350 Hersteller von Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau, Bahngemische sowie Transportbeton und Werkmauermörtel
- den Einbau von Beton auf Baustellen
- Sonderprodukte und -anwendungen wie Sportstättenbau, Spielsande, Deponiebaustoffe

Wir garantieren

- die bundeseinheitliche Überwachung und Zertifizierung
- Mitbestimmung in technischen Gremien
- unabhängige, kostengünstige und termingerechte Überwachung

Wir bieten ein umfassendes Leistungsangebot

- Dienstleistungen zur Herstellung, Entwicklung und Vertrieb von Baustoffen sowie Qualifizierung von Mitarbeitenden
- Informationsdienst zu aktuellen Auslegungsfragen von Regelwerken
- Zertifizierung von Managementsystemen zu Nachhaltigkeit und Qualität

Über unsere Baustoffprüfgesellschaft mbH bieten wir in unseren akkreditierten Prüfstellen Ostfildern und Konstanz Prüfungen an Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau an und unterbreiten gerne ein maßgeschneidertes Angebot.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

- Aus- und Weiterbildungen für Laboranten, Betonprüfer und Betontechnologen sowie Berufseinsteiger
- Betreuung der Mitglieder und Kunden im Rahmen der Planung und Errichtung komplexer Bauvorhaben
- Dienstleistungen der baurechtlich anerkannten Betonprüfstelle
- Erfahrungsaustausch mit akkreditierten und notifizierten Stellen
- Begutachtung von Prüfstellen und Baustofflaboratorien der Steine- und Erdenindustrie
- Prüfmittelkontrolle
- Überwachung von Baustoffen im und für das angrenzende Ausland

Vorsitzender: Lorenz Krieger

Geschäftsführer: Dr. Michael Aufrecht

Mehr Informationen:
www.buev.de



Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH

Die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH wurde 2010 gegründet, um die mit der Einführung der Ökokonto-Verordnung verbundenen Möglichkeiten vorgezogener Kompensationsmaßnahmen professionell zu begleiten. Sie berät Grundstückseigentümer und Vorhabenträger, die Ökokonto-Maßnahmen durchführen oder Ökopunkte verkaufen bzw. erwerben wollen. Sie bietet umfassende Dienstleistungen für Investoren, die zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft verpflichtet sind.

Der Geschäftsbereich Umwelt- und Landschaftsplanung erstellt Umweltgutachten für Ökokonto-Maßnahmen sowie verschiedenste Vorhabenzulassungen und entwickelt hierfür naturschutzfachlich geeignete Maßnahmen zur Kompensation. Daneben koordiniert die Flächenagentur die Umsetzung von Ökokonto-Maßnahmen und organisiert die Unterhaltungspflege. Die internetbasierte Handelsplattform www.flaechenagentur-bw.de ermöglicht den landesweiten Handel mit Ökopunkten und Kompensationsflächen und wurde 2014 um eine landesweite Waldausgleichsbörse ergänzt.

Seit 2018 wird das Dienstleistungsportfolio jenseits des bisherigen Kerngeschäfts systematisch erweitert. Der Dienstleistungsbereich umfasst aktuell die Themenfelder Biodiversität, naturbasierter Klimaschutz und Forschung. Im Bereich „Biodiversität“ konzentriert sich die Flächenagentur auf Biodiversitätsstrategien für Kommunen und Landkreise, der Beratung bei der naturnahen und klimawandelangepassten Freiflächengestaltung sowie der Konzeption von freiwilligen Naturschutzprojekten.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

- Vermittlung von Ökopunkten für den naturschutzrechtlichen Ausgleich
- Vermittlung von Erstaufforstungsmaßnahmen für den forstrechtlichen Ausgleich
- Planung und Umsetzung von Ökokonto-Maßnahmen
- 13. Ökokonto-Tag Baden-Württemberg
- Online-Seminare zu den Themen Ökokonto, Vorhabenzulassung, Naturschutzrecht und Biodiversität im urbanen Raum
- Erstellung von Umweltberichten und tierökologischen Gutachten
- ökologische Baubegleitung
- F+E-Vorhaben „Dynamischer Naturschutz durch Natur auf Zeit beim Rohstoffabbau – rechtliche und fachliche Anforderungen“
- Erarbeitung von kommunalen Biotopverbundplanungen.

Gesellschafter:

Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg
Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH
Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH

Geschäftsführer:

Manuel Sedlak, Dr. Raffael Greiffenberg

Mehr Informationen:

www.flaechenagentur-bw.de



Güteschutz Naturstein Baden-Württemberg e.V.

Der Güteschutz Naturstein Baden-Württemberg e.V. wurde 1971 mit dem Ziel gegründet, Qualität und Akzeptanz von Natursteinmaterial im gesamten Straßenbau zu fördern. Zu diesem Zeitpunkt gab es seitens der Straßenbauverwaltung große Vorbehalte gegen die Verwendung von Kalkstein, speziell von Kalksteinmaterial in ungebundenen Schichten. Der Qualitätsgedanke, der bei Baustoffgemischen aus Kalkgestein sehr eng mit einer sorgsam Gewinnung, Aufbereitung, Dosierung und der Einhaltung des Prüfmerkmals „Sandäquivalent“ verbunden ist, steht für die Schotterindustrie und die Mitglieder des Güteschutzes Naturstein im Vordergrund. Die baden-württembergischen Sonderregelungen für den Straßenbau mit ausgewählten Prüfparametern sind in den Ergänzungen zu den Technischen Vertragsbedingungen im Straßenbau Baden-Württemberg (ETV-StB-BW, Teil 2 Schichten ohne Bindemittel) beschrieben und für Baustellen der öffentlichen Hand verpflichtend.

Die 56 Unternehmen mit 73 Mitgliedswerken, die dem Güteschutz angehören, produzieren neben den üblichen Straßenbaustoffen überwiegend auch andere Qualitätsbaustoffe wie z.B. Gesteinskörnungen und Gesteinsmehle für Beton und Asphalt, Wasserbausteine oder auch Gleisschotter aus den Gesteinsvorkommen des Grundgebirges. Der Güteschutz Naturstein mit seinen drei vertraglich gebundenen Prüfstellen versteht sich als Interessenvertretung für alle technischen Fragestellungen der Natursteinindustrie sowie als Vermittler zwischen Produzenten und Abnehmern. Darüber hinaus sind Wissensvermittlung und Schulung rund um die Aufbereitung und Verwendung von Naturstein im Rahmen der Technik-Seminare mit Besichtigung der Gewinnungsstätten wichtige Ziele des Vereins.

Ein großes Anliegen hierbei sind die Information und Beratung von ausschreibenden Stellen, um fehlerhafte Ausschreibungen zu vermeiden. Der unbegründete Ausschluss von Baustoffen gefährdet die flächendeckende dezentrale Versorgung mit unseren Materialien.

Die Mitglieder des Güteschutzes setzen auch in Zukunft auf Zuverlässigkeit und Qualität. Darauf können sich Bauherren und Kunden verlassen!

Vorsitzender: Martin Weiß

Geschäftsführer: Thomas Beißwenger

Mehr Informationen:

www.gsnst-bw.de



Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V.

Der Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB) wurde 2004 auf gemeinsame Initiative der Industrie, dem damaligen Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg und der damaligen Landesanstalt für Umwelt gegründet und diente in erster Linie der Umsetzung des UVM-Erlasses „Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ vom 13. April 2004. Rechtzeitig zum Inkrafttreten der Mantelverordnung des Bundes, wurde der QRB am 31. Juli 2023 durch das Umweltministerium Baden-Württemberg als Gütegemeinschaft nach § 13 a ErsatzbaustoffV in Baden-Württemberg anerkannt. QRB-zertifizierte Recycling-Baustoffe der Materialklasse 1 (RC-1) erreichen weiterhin das Ende der Abfalleigenschaft. Hierfür hat das UM die Anforderungen für QRB-RC-Baustoffe fortgeschrieben. Stand heute haben sich 158 Unternehmen mit 191 Werken (davon 4 Fördermitglieder und 20 Überwachungs (Ü)- und Untersuchungs (U)-Stellen) dem QRB angeschlossen. Ziel ersten Ranges ist es, die Qualität im Recycling zu steigern, die Güteüberwachung gemäß Ersatzbaustoffverordnung umzusetzen und den Konformitätsnachweis für das Ende der Abfalleigenschaft zu erbringen. Hierzu leistet der QRB gemeinsam mit den Ü- und U-Stellen, dem Arbeitskreis Güteüberwachung (AK GÜ) und den hier entwickelten Informationsgrundlagen Hilfestellung. Wesentliches Element ist das Softwaretool qeb.app - Qualitätsmanagement für den Einsatz von Baustoffen Applikation: Kunden, Aufsichtsbehörden und Bürger können auf der Homepage Mitgliedunternehmen und QRB-Materialien, recherchieren, Zertifikate einsehen und sich rasch ein Bild zum Status der Werke im QRB machen. Mit dem Modul Güteüberwachung der qeb.app können Recyclingwerke sowie Ü- und U-Stellen, die Mitglied im QRB sind, die Güteüberwachung dokumentieren, Materialien klassifizieren und zertifizieren lassen. Damit setzt QRB § 13 b (7) nach ErsatzbaustoffV um, nach dem die Güteüberwachungsgemeinschaft „ein jederzeit zugängliches elektronisches System zum Nachweis, zur Sammlung und zur Auswertung der Ergebnisse aus der Güteüberwachung vorhalten“ muss.

Arbeitsschwerpunkte des QRB im Berichtszeitraum:

- Normungsarbeit in relevanten Gremien des DIN, CEN ISO,
- Vorinspektionen zur Aufnahme von Neumitgliedern,
- Mitarbeit und Leitung verschiedener Gremien (z.B. FGSV AdHoc Gruppe Mantelverordnung, Obmannschaft AK 6.2.7 „Prüfverfahren“, DIN NAW UA5 und DIN GA NAW/NABau),
- Weiterentwicklung der qeb.app - Modul Güteüberwachung
- Auswertung und Bereitstellung von Elutionsdaten von RC-Baustoffen für den Bundesverband Mineralische Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Entsorgung e.V. (BMKE, ehemals BRB) zur Stellungnahme gegenüber dem Joint Research Center der EU KOM zur Entwicklung von End-of-Waste-Kriterien

Vorsitzender: Michael B. Knobel

Stellv. Vorsitzender: Jan Herrmann

Geschäftsführer: Dr. Bernd Susset

Mehr Informationen: www.qeb.app





Präsidium des ISTE

Vorstand

Präsident
Oliver Mohr,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad

Vizepräsidenten
Michael Krieger,
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Erik Schleicher,
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm

Ehrenpräsidenten
Dr. Rolf Mohr,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad
Hans-Martin Peter,
Hermann Peter KG, Rheinau
Peter Röhm,
Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen

Präsidiumsmitglieder

Fachgruppe Gips/Gipsplatten
Jörg Schanow, Knauf Gips KG, Iphofen
Stellv. **Jens Reimann**,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg

Fachgruppe Kalk
Reinhold Ackermann, Märker Kalk GmbH,
Werk Herrlingen, Blaustein
Stellv. **Dr. Zacharias Grote**,
Lhoist Germany Rheinkalk GmbH,
Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Fachgruppe Naturstein
Karl Kraft, Karl Kraft Steinwerke OHG,
Heidenheim-Schnaitheim
Stellv. **Baptist Schneider**, bmK Steinbruch-
betriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Abteilung Naturwerkstein
Markus Holder, K.S.V. Kies- und Sand-
Vertrieb Biberach GmbH & Co. KG, Biberach
Stellv. **Manuel Rongen**, Natursteine Rongen
GmbH & Co. KG, Tübingen

Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden
Christa Szenkler, bmK Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim
Stellv. **Jörg Czischek**, FISCHER Weilheim
GmbH & Co. KG, Weilheim u. Teck

Fachgruppe Sand und Kies
Michael Krieger, Heinrich Krieger KG,
Neckarsteinach
Stellv. **Daniel Hackenjös**, Artur Uhl Kies-
und Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach

Fachgruppe Transportbeton
Christoph Ramsperger, SBU Südwest-
Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürkheim

Der ISTE-Vorstand:
Im Juni 2026 wurde Oliver Mohr (Mitte)
als Präsident wiedergewählt, gemeinsam mit
den neuen Vizepräsidenten Erik Schleicher (l.)
und Michael Krieger

Stellv. **Christian Peter**,
Hermann Peter KG, Rheinau

Fachgruppe Zement
Erik Schleicher,
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm

Fachverband Beton- und Fertigteilwerke
Baden-Württemberg e.V.
(Korporatives Mitglied im ISTE)
Friedrich Gebhart, GISOTON Wandsysteme
Baustoffwerke Gebhart & Söhne
GmbH & Co. KG, Aichstetten

Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt- und Rohstoffpolitik
Oliver Mohr,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad
Stellv. **Christa Szenkler**, bmK Steinbruch-
betriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Vorsitzender des
Sozialpolitischen Ausschusses
Dr. Christian Körber,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Stellv. **Jörg Schanow**,
Knauf Gips KG, Iphofen

Vorsitzende des Ausschusses für
Öffentlichkeitsarbeit
Sabine Schädle, Holcim (Süddeutschland)
GmbH, Dotternhausen
Stellv. **Jochen Säman**, Sämann Stein- und
Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker

Sollte diese Auflistung unvollständig oder fehlerhaft sein,
teilen Sie uns Änderungen oder Ergänzungen bitte mit.
Wir werden diese im nächsten Jahresbericht gerne berücksichtigen.

Beirat des ISTE

Fachgruppe Gips

Regierungsbezirk Freiburg
Daniel Eppler,
Gebr. Bantle Gips GmbH, Böisingen

Regierungsbezirk Karlsruhe
Jens Reimer,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg

Fachgruppe Kalk

Regierungsbezirk Freiburg
Dr. Zacharias Grote,
Lhoist Germany Rheinkalk GmbH
Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen
Stellv. **Marcus Hauri**, Hans G. Hauri KG
Mineralstoffwerke, Bötzingen

Regierungsbezirk Tübingen
Horst Krause,
Eduard Merkle GmbH & Co.KG, Blaubeuren
Stellv. **Walter Minst**, SWK Schotterwerke
Kirchen GmbH & Co.KG, Munderkingen

Regierungsbezirk Karlsruhe
Stefan Gramespacher,
Hessler Kalkwerke GmbH, Wiesloch
Stellv. **N. N.**

Regierungsbezirk Stuttgart
Karl Kraft,
Kraft Steinwerke OHG, Heidenheim
Stellv. **Frank Hippelein**,
Calcitwerk Schön + Hippelein GmbH & Co.
KG, Heidenheim

Fachgruppe Naturstein

Regierungsbezirk Freiburg
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert
GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Stellv. **Armin Ossola**, Ossola GmbH,
Kappelrodeck

Regierungsbezirk Karlsruhe
Jürgen Schnurr, VSG Schwarzwald-
Granit-Werke GmbH & Co. KG, Forbach
Stellv. **Hans-Martin Kübler**,
Schotterwerk Johannes Mayer
Betriebsgesellschaft mbH, Rohrdorf

Regierungsbezirk Stuttgart
Jürgen Schumann,
Friedrich Schumann GmbH, Vellberg
Stellv. **Christian Rombold**, Rombold &
Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen

Regierungsbezirk Tübingen
Walter Minst, SWK Schotterwerk Kirchen
GmbH & Co. KG
Stellv. **Hartmut Leibfritz**, Schotterwerk
Leibfritz GmbH & Co. KG, Lichtenstein

Fachgruppe Recycling-
Baustoffe und Boden

Regierungsbezirk Freiburg
Lucia Rehm, REHM Entsorgung und
Recycling GmbH, Lottstetten
Stellv. **Michael Knobel**,
Knobel Asphalt-Kies-Beton GmbH, Hartheim

Regierungsbezirk Karlsruhe
Christiane Ritter, BWG Baustoff-Wiederauf-
bereitungs GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Stellv. **Ralf Zens**,
R. Zens GmbH, Rheinstetten

Regierungsbezirk Stuttgart
Baptist Schneider, bmK Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim
Stellv. **Jörg Czischek**, FISCHER Weilheim
GmbH & Co. KG, Weilheim/Teck

Regierungsbezirk Tübingen
Winfried Beller,
Beller GmbH & Co.KG Herbertingen
Stellv. **Michael Heydt**,
Heydt Container- und Umweltservice GmbH

Fachgruppe Sand und Kies

Regierungsbezirk Freiburg
Martin Peter,
Hermann Peter KG, Rheinau-Freistett
Stellv. **Oliver Mohr**,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad

Regierungsbezirk Karlsruhe
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und
Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Stellv. **Alexis Pimpachiridis**, Heidelberg Ma-
terials Mineralik DE GmbH, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart
Teresa Röhm,
Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv. **N. N.**

Regierungsbezirk Tübingen
Alexander Dünkel, Kieswerke Dünkel
GmbH & Co., Schemmerhofen
Stellv. **Jens Geiger**, Wenzelburger
Kieswerke GmbH & Co. KG, Werk Unlingen

Fachgruppe Transportbeton

Regierungsbezirk Freiburg
Alexander Hackenjös, Freiburger Transport-
beton Union FTU Betonwerke GmbH & Co. KG
Stellv. **Christian Peter**,
Hermann Peter KG, Rheinau

Regierungsbezirk Karlsruhe
Mathias Jakob,
Kies und Beton AG Baden-Baden
Stellv. **Matthias Elser**, Heidelberg Materials
Beton DE GmbH, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart
Martin Huthmacher, SCHWENK Beton
Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Stellv. **Lorenz Krieger**,
Heinrich Krieger u. Söhne KG, Heilbronn

Regierungsbezirk Tübingen
Christoph Ramsperger, SBU Südwest-
Beton-Union GmbH & Co. KG
Stellv. **Reinhold Brehm**, Transbeton
Biberach GmbH & Co. KG, Biberach



Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

Fachgruppe Transportbeton
(Abteilung Betonpumpen)

N. N.

Fachgruppe Zement

Regierungsbezirk Freiburg
Matthias Howald, HOLCIM
(Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Stellv. **N. N.**

Regierungsbezirk Karlsruhe
Dr. Christian Körber,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Stellv. **Jörg Heimbürg**,
OPTERRA Wössingen GmbH, Walzbachtal

Regierungsbezirk Stuttgart
Erik Schleicher,
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm

Regierungsbezirk Tübingen
Dominik Azadi,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg

Geschäftsstelle

Hauptgeschäftsführer
Thomas Beißwenger, Dipl.-Biologe

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Manuel Sedlak, Dipl. Wirtschaftsjurist

Fachbereiche
Dr. Michael Aufrecht, Dipl.-Ingenieur
Daniela Budach, Dipl.-Geologin
Ayse Kodvavi, Bachelor of Laws
Maijo Kovac, Rechtsanwalt
(Syndikusrechtsanwalt)
Michelle Luft, M.Sc. Geowissenschaften
Judith Rybol, M.Sc. Politische Ökologie
Carolin Selig, M. A. Politikwissenschaften
Nadine Sommer, M.Sc. Agrarwissenschaften
Dr. Bernd Susset, Dipl.-Geologe

Assistenz
Verena Elser, **Martina Grühbaum**,
Elke Hausotter, **Christine Heidt**,
Nina Kurbardovic, **Gudrun Müller**,
Karina von Ostrowski, **Karin Zeh**

Rechnungsprüfer des ISTE

Jörg Bayer, E. Bayer Baustoffwerke
GmbH & Co. KG, Esslingen
Günther Müller,
Koch GmbH & Co. KG, Metzingen

Ständige Ausschüsse des ISTE

Ausschuss für Umwelt- und Rohstoffpolitik

Vorsitzender **Oliver Mohr**, Meichle+Mohr GmbH, Immenstaad
Stellv. **Christa Szenkler**, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Gerd Allgaier, Kieswerk Tullius GmbH & Co. KG, Salem
Günther Assenheimer, SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Michael Giner, Erhard Gfrörer & Sohn Schotterwerk GmbH & Co. KG, Empfingen
Dr. Zacharias Grote, Lhoist Germany Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen
Daniel Hackenjos, Artur Uhl Kies- und Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach am Rhein
Dr. Christoph Heim, Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Jörg Heimbürg, OPTERRA Wössingen GmbH, Walzbachtal
Michael Hoffeins, Heidelberg Materials Mineralik DE GmbH, Heidelberg
Frank Hippelein, Calcitwerk Schön+Hippelein GmbH & Co. KG, Heidenheim
Susanne Gräfin Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Dr. Matthias Klöpfer, Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden
Michael B. Knobel, Knobel Asphalt-Kies-Beton GmbH, Hartheim
Horst Krause, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Hans-Martin Kübler, TBG Transportbeton Nagoldtal GmbH & Co. KG, Ebhausen
Lukas Lauster, Lauster Steinbau GmbH Natursteinwerke, Stuttgart
Walter Minst, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Dr. Alexander Müller, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen

Christian Peter, Hermann Peter KG, Rheinau
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Jochen Roeder, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Teresa Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Dr. Markus Schauer, SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm
Bernd Schönebeck, Nord-Moräne-Kieswerke GmbH & Co. KG, Krauchenwies
Jürgen Schumann, Friedrich Schumann GmbH, Vellberg
Markus Schwendemann, Uhl Kies- und Baustoff GmbH, Kehl-Goldscheuer
Thomas Beißwenger, **Ayse Kodvavi**, **Carolin Selig**, **Manuel Sedlak**, **Nadine Sommer**, **Dr. Bernd Susset**, ISTE, Ostfildern

Ständige Gäste
Axel Dörr, Dörr Ingenieurbüro GbR, Leinfelden-Echterdingen
Jörn Ebeling, Heidelberg Materials Mineralik DE GmbH, Waghäusel-Wiesental
Hannes Grafmüller, Grafmüller GmbH, Zell am Harmersbach
Thomas Hinderhofer, Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG, Ostrach
Lisanne Hippelein, Calcitwerk Schön+Hippelein GmbH & Co. KG, Heidenheim
Thomas Hochmuth, Heinrich Krieger u. Söhne KG, Neckarsteinach
Benjamin Hoffmann, Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden
Karl Kraft, Karl Kraft Steinwerke OHG, Schotter- u. Mineralbetonwerk, Heidenheim
Geraldine Löschan, Holcim Kies & Beton GmbH, Malsch
Günther Müller, Koch GmbH & Co. KG, Kieswerke und Transporte, Metzingen
Jens Reimer, Heidelberg Materials AG, Haßmersheim
Heiner Rohr, Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Dr. Stephan Zimmer, arguplan GmbH Beratung Planung Gutachten, Karlsruhe

Sozialpolitischer Ausschuss

Vorsitzender **Dr. Christian Körber**, Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Stellv. **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

Hagen Aichele, Holcim Kies und Beton GmbH, Stuttgart
Michael Cypra, Heidelberg Materials AG
Jörg Gröger, TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG, Heilbronn
Alois Huber, Huber-Bau GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Martin Huthmacher, SCHWENK Beton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Horst Krause, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Christof Leuchtnr, Kronimus AG Betonsteinwerke, Iffezheim
Jens Paulmaier, SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm
Thorsten Schneider, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Kai Schwarz, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Patrick Wieland, Hauraton GmbH & Co. KG, Rastatt
Marijo Kovac, ISTE, Ostfildern

Ständige Gäste
Barbara Graf-Brockmann, OPTERRA Wössingen GmbH, Walzbachtal
Dr. Johannes Weber, Knauf Gips KG, Iphofen
Susanne Gräfin Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Dr. Ulrich Lotz, Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Uwe Sommer, Albert Regenold GmbH, Bühl

Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit

Vorsitzende **Sabine Schädle**, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Stellv. **Jochen Sämann**, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Hagen Aichele, Holcim Kies und Beton GmbH, Stuttgart
Jörg Bayer, E. Bayer Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Esslingen
Markus Holder, K.S.V. Kies- und Sand-Vertrieb Biberach GmbH & Co. KG, Biberach
Chantal Katona, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Maximilian Kern, Kies und Beton AG Baden-Baden Verwaltungs- und Beratungsgesellschaft, Baden-Baden
Michael B. Knobel, Knobel Bau GmbH, Hartheim
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren
Alexander Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Dieter Rösch, Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen
Miriam Schreiber, OPTERRA Wössingen GmbH, Walzbachtal
Daniel Waibel, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Tony Winter, SBR Stingel Baustoffrecycling GmbH, Schwenningen

Ständige Gäste
Ulrich Nolting, InformationsZentrum Beton GmbH, Ostfildern
Gramatiki Satslidis, Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Constanze Rothacker, Wenzelburger Kieswerke GmbH & Co. KG, Neckartailfingen

Arbeitskreis im Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit



Kieswirtschaft im Dialog am Oberrhein – KiWi
Vorsitzender **Thomas Peter**, Hermann Peter KG Baustoffwerke, Rheinau
Stellv. Vorsitzender Süd **Michael B. Knobel**, Knobel Asphalt-Kies-Beton GmbH, Hartheim
Stellv. Vorsitzender Nord **Michael Krieger**, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Beiräte für die Region KiWi-Nord **Daniel Schulz**, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thorsten Volkmer, Kies und Beton AG, Iffezheim
Jochen Sämann, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Beiräte für die Region KiWi-Süd **Armin Ossola**, Ossola GmbH, Kappelrodeck-Waldulm
Andreas Schlemmer, Karl Strohmaier GmbH Kies- und Betonwerke, Neuenburg

Ad-hoc-Ausschüsse des ISTE

Arbeitskreis Technische Öffentlichkeitsarbeit der Fachgruppe Sand und Kies

Patricia Brunner, RHENO Kies und Splitt AG, Birsfelden
Prof. Dr. Leyla Chakar, HFT Stuttgart
Daniel Aussenhofer, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Wolfgang Engler, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Amstetten
Dr. Volker Hartmann, SW Kies GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dirk Riegger, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Daniel Schulz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Markus Zimmermann, Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz
Dr. Michael Aufrecht, **Daniela Budach**, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Personal

Leitung **Martina Grünbaum**, **Marijo Kovac**, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis GisInfoService Grundstücksmodul

Vorsitzender **Dr. Markus Schauer**, SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm
Stellv. **Dr. Regina Ettenhuber**, Rohrdorfer Sand und Kies GmbH, Rohrdorf
Markus Born, Frank Broeckman, **Michaela Ivens**, Dohmen, Herzog & Partner GmbH, Aachen
Thomas Beißwenger, Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH
Darüber hinaus Vertreter:innen der beteiligten Verbände sowie interessierte Nutzer:innen des Grundstücksmoduls.

Arbeitskreis Geopark-Allianz

Dieter Rösch, Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen
Sabine Schädle, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern



In Personalunion betreute Organisationen

Baustoffprüfgesellschaft mbH

www.bpg-bw.de

Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**,
Markus Zimmermann

Baustoffüberwachungs- und Zertifizierungsverband Baden-Württemberg e.V.

www.buev.de

Vorsitzender **Lorenz Krieger**,
Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm
Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**

Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH

www.flaechenagentur-bw.de

Geschäftsführer
Dr. Raffael Greiffenberg, **Manuel Sedlak**

Güteschutz Naturstein Baden-Württemberg e.V.

www.gsnst-bw.de

Vorsitzender **Martin Weiß**,
Paul Kleinknecht GmbH & Co. KG, Kupferzell
Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**

Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB)

www.qeb.app

Vorsitzender **Michael B. Knobel**,
Knobel Asphalt-Kies-Beton GmbH, Hartheim
Geschäftsführer **Dr. Bernd Susset**

Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH

Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**
Prokuristin **Guðrun Müller**

Verbandshaus der Baustoffindustrie Baden-Württemberg GbR

Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**,
Thomas Beißwenger, **Dr. Ulrich Lotz**

Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V. (FBF)

www.betonservice.de

Präsident **Friedrich Gebhart**
Geschäftsführer **Dr. Ulrich Lotz**

ISTE-Netzwerk auf Landesebene



Unternehmer Baden-Württemberg e.V.

www.unternehmer-bw.de

Vorstandsmitglieder

Oliver Mohr,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad

Geschäftsführer-Konferenzen
Thomas Beißwenger, **Marijo Kovac**,
ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Juristische Mitarbeiter
Marijo Kovac, ISTE, Ostfildern

Ausschuss Arbeits- und Sozialrecht,
Tarifpolitik
Marijo Kovac, ISTE, Ostfildern

Ausschuss Bildung, Arbeitsmarkt
und Fachkräftesicherung
Marijo Kovac, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Energie und Umwelt
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss
Mittelstands- und Wirtschaftspolitik
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk
Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen

Arbeitsausschuss Verkehr
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Strategiekreis Energie und Umwelt
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern



Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft e.V.

www.biwe.de



UNESCO Global Geopark Schwäbische Alb e.V.

www.geopark-alb.de

Beirat

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern
Sabine Schädle,
Holcim (Süddeutschland) GmbH,
Dotternhausen

ISTE-Geopark-Allianz

Vorsitzender

Dieter Rösch, Rösch Söhne GmbH & Co. KG,
Laichingen (Feldstetten)



Deutscher Asphaltverband e.V.

www.asphalt.de

Regionalvorstandsmitglieder

Susanne Gräfin Kesselstatt,
Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG,
Tuttlingen
Michael B. Knobel,
Knobel Asphalt-Kies-Beton GmbH, Hartheim



solid UNIT – Das Netzwerk für den innovativen Massivbau Baden-Württemberg

www.solid-unit.de

Vorstandsvorsitzender

Thomas Möller, Bauwirtschaft
Baden-Württemberg e.V., Stuttgart
Stellv. Vorstandsvorsitzende
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern
Frank Schulz, Fensterle Bauunternehmen
GmbH für BV Leichtbeton

Beisitzer
Jochen Bayer, Verein Süddeutscher
Kalksandsteinwerke
Dr. Ulrich Lotz,
Fachverband Beton- und Fertigteilwerke
Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Ulrich Nolting,
InformationsZentrum Beton GmbH,
Ostfildern

Christian Bruch Deutsche Gesellschaft
für Mauerwerks- und Wohnungsbau
Dirk Siegel Bildungsakademie
der Bauwirtschaft Baden-Württemberg
Rechnungsprüferin
Guðrun Müller, ISTE, Ostfildern
Gramatiki Satslidis
Fachverband Beton- und Fertigteilwerke
Baden-Württemberg e.V., Ostfildern

Netzwerk-Team:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Judith Rybol, ISTE, Ostfildern

Sollte diese Auflistung unvollständig oder fehlerhaft sein,
teilen Sie uns Änderungen oder Ergänzungen bitte mit.
Wir werden diese im nächsten Jahresbericht gerne berücksichtigen.

ISTE-Netzwerk auf Bundesebene



Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs)

www.baustoffindustrie.de

Präsident

Dr. Dominik von Achten,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg

Strategiekommission

Jörg Kampmeyer, Knauf Gips KG, Iphofen
Thomas Spannagl,
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm

Arbeitsausschuss Energie
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Recht
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Rohstoffe
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Steuern
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Umwelt
Vorsitzender **Stefan Heger**, Heidelberg
Materials Mineralik DE GmbH, Heidelberg
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Technik und Normung
Daniela Budach, **Dr. Bernd Susset**,
ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Bauwirtschaft & Logistik

Vorsitzende

Dörte Maltzahn, Knauf Gips KG, Iphofen

Steuerungsgruppe bundesweite
Biodiversitätsdatenbank
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Thomas Beißwenger, **Manuel Sedlak**,
ISTE, Ostfildern

Projektgrupee Sustainable
Finance/Taxonomien
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen



Deutscher Ausschuss für Stahlbeton e.V. (DAfStb)

www.dafstb.de

Technischer Ausschuss Betontechnik
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-
Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

Technischer Ausschuss Beton –
Unterausschuss
Alkalikieselsäurereaktion (AKR)
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-
Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim



Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)

www.bv-miro.org

Stellv. Präsidentin

Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und
Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden

Beirat

Karl Kraft,
Karl Kraft Steinwerke OHG, Heidenheim
Michael Krieger,
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Bau-
stoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

Arbeitsausschuss Öffentlichkeitsarbeit (ÖA)
Thomas Beißwenger, **Judith Rybol**,
ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Rohstoffsicherung,
Umweltschutz, Folgenutzung (RUF)
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und
Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Bau-
stoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thomas Beißwenger, **Ayse Kodvavi**,
Manuel Sedlak, **Carolin Selig**,
Nadine Sommer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Steuern,
Recht und Betriebswirtschaft (SRB)
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Statistik (S)
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Gewinnungs- und
Aufbereitungstechnik (GAT)
Bernd Köllreutter,
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Thorsten Volkmer,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern
GmbH & Co. KG, Iffezheim
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Anwendungstechnik,
Normung (AN)
Dr. Ulrich W. Gleichmar
Schotterwerk GmbH, Freiburg
Dr. Volker Hartmann, **Dr. Michael Aufrecht**,
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis
Alkali Kieselsäure Reaktion (AKR)

Dr. U. Gleichmar,
Schotterwerk GmbH, Freiburg
Prof. Dr. Leyla Chakar,
Dr. Volker Hartmann, **Dr. Michael Aufrecht**,
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Industrieller Kontakt-Arbeitskreis
AKR (IKA AKR)

Prof. Dr. Leyla Chakar,
Dr. Volker Hartmann,
Dr. Michael Aufrecht, **Daniela Budach**,
ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Arbeitssicherheit (AS)
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Bau-
stoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Marijo Kovac, ISTE, Ostfildern

Arbeitsgemeinschaft Quarz (AGQ)
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und
Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG,
Iffezheim
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Ad-hoc-Arbeitsgruppe Wasserrecht
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Bahnschotter (AK BS)
Daniel Schulz, Oberrhein-Handels-Union
GmbH & Co. KG, Iffezheim
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert
GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Aus- und Weiterbildung
Bernd Köllreutter,
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Pascal Wörther, KBI Kieswerk und Baustoff-
Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Martina Grünbaum, ISTE, Ostfildern

Ad-hoc-Arbeitsgruppe Biodiversität
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Ad-hoc-Arbeitsgruppe RDS
Patricia Brunner,
RhENO Kies und Splitt AG, Birsfelden
Thorsten Volkmer,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie
Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Volker Hartmann, **Daniela Budach**,
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Ad-hoc-AK Bergrecht
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und
Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG,
Iffezheim
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Nachhaltigkeit
Fabian Ritter,
Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern



Forschungsgemeinschaft Mineralische Rohstoffe e.V. (FG MIRO)

Vorstand

Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl
und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden

Wissenschaftlicher Beirat
Dr. Volker Hartmann, **Daniela Budach**,
ISTE, Ostfildern

Begleitkreis Forschung / Gutachten
Schwimmende PV-Anlagen
Thorsten Volkmer,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie
Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Projektbegleitender Ausschuss zum
Forschungsvorhaben „Emissionsfaktoren“
Klaus Schneider, SHF Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Rothenburg



Bundesverband der Deutschen Transportbeton-industrie e.V. (BTB)

www.transportbeton.org

Präsident
Felix Manzke,
Manzke Gruppe, Volkstorf

Vizepräsidenten
Ottmar Walter, Heidelberg Materials
Beton DE GmbH, Heidelberg
Christoph Ramsperger SBU Südwest-
Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürkheim

Ehrenpräsident
Dr. Erwin Kern,
Kies und Beton AG, Baden-Baden

Vorstand
Alexander Hackenjos,
Freiburger Transportbeton Union FTU
Betonwerke GmbH & Co KG, Freiburg
Christian Peter,
Herrmann Peter KG, Rheinau

Koordinierungsausschuss
Marcel Metzger,
Heidelberg Materials Beton DE GmbH
Mathias Jakob,
Kies und Beton AG, Baden-Baden

Arbeitsausschuss Arbeitssicherheit
Sören Hilker, Mathias Möckel, SCHWENK
Transportbeton GmbH & Co. KG, Ulm

Arbeitsausschuss Betonpumpen
Martin Hohstadt,
SCHWENK Betonpumpendienst, Ulm
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Betontechnologie
und Umwelt
David Dreher, peterbeton Rudolf
Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Mathias Jakob,
Kies und Beton AG, Baden-Baden
Dagmar Küchlin,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Werner Rothenbacher,
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm
Jürgen Schowalter,
Märker Transportbeton GmbH, Harburg
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Marketing
Mathias Jakob,
Kies und Beton AG, Baden-Baden

Arbeitsausschuss Aus- und Weiterbildung
Wolfgang Krech,
Kies- und Beton AG Baden-Baden, Iffezheim
Jens Paulmaier,
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm



Forschungsgemeinschaft der Deutschen Transport-betonindustrie e.V. (FTB)

www.transportbeton.org/forschung/
forschungsgemeinschaft

Forschungsbeirat
Dr. Christian Artelt,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Werner Rothenbacher
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm
Dr. Egor Secrieru,
Heidelberg Materials Beton DE GmbH
Jürgen Schowalter,
Märker Transportbeton GmbH, Harburg
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern



Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

www.bdi.eu

Vorstandsmitglied
Dr. Dominik von Achten,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg

Arbeitskreis Naturschutz
Thomas Beißwenger, **Manuel Sedlak**
ISTE, Ostfildern
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Genehmigungsverfahren
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Dr. Christoph Heim,
Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Moderner Staat
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern



Bundesverband Mineralische Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Entsorgung e.V. (BMKE)

www.bmke-verband.de

Fachgruppenvorstand Recycling-Baustoffe
Stellv. Vorsitzende
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim



Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL)

www.fll.de

FLL-Regelwerksausschuss
ZTV Wegebau
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern



Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V. (BV Kalk)

www.kalk.de

Vorstand, weitere Mitglieder
Reinhold Ackermann,
Märker Kalk GmbH, Harburg
Hartmut Koch-Czech
Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren

Ausschuss Arbeitsgestaltung und
Betriebsorganisation
Reinhold Ackermann,
Märker Kalk GmbH, Harburg
Thomas Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen
Hartmut Koch-Czech,
Eduard Merkle GmbH & Co., Blaubeuren

Ausschuss Kalk
Thomas Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen
Wolfgang Schmid, **Thomas Rühl**,
Märker Kalk GmbH, Harburg

Ausschuss Klima und Energie
Johannes Meyer,
Märker Kalk GmbH, Harburg
Rainer Zwick, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Ausschuss Technik/Recht/Umwelt
Reinhold Ackermann,
Märker Kalk GmbH, Harburg

Arbeitskreis Brennen
Reinhold Ackermann,
Märker Kalk GmbH, Harburg

Thomas Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen
Stefan Mahl, Märker Kalk GmbH, Harburg

Arbeitskreis Kalk im Umweltschutz
Frank Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Arbeitskreis Umwelt, Gewinnung,
Arbeitssicherheit
Peter Frankenhauser,
Lhoist Germany Rheinkalk GmbH,
Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen
Christian Diegel, Max Dörsch
Märker Kalk GmbH, Harburg

Arbeitskreis Construction
Frank Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen
Carola Keppler,
Märker Zement GmbH, Werk Lauffen a. N.

Sollte diese Auflistung unvollständig oder fehlerhaft sein,
teilen Sie uns Änderungen oder Ergänzungen bitte mit.
Wir werden diese im nächsten Jahresbericht gerne berücksichtigen.



Deutscher Naturwerkstein-Verband e.V. (DNV)

www.natursteinverband.de

Vorstand
Lukas Lauster,
Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Obmann
Markus Holder,
K.S.V. Kies- und Sand-Vertrieb Biberach
GmbH & Co. KG, Biberach

Kommission Werbung und
Öffentlichkeitsarbeit
Eva-Maria Hippelein, Schön + Hippelein
GmbH & Co., Satteldorf



Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI)

www.bgrci.de

Mitglieder des Vorstandes –
Gruppe der Arbeitgeber

Beirat
Thorsten Volkmer,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie
Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim



DIN-Normenausschuss Bauwesen (NABau)

NA 005-07-15 AA
Gesteinskörnungen (SpA zu CEN/TC 154, SC
1 bis SC 5, WG 10, WG 11 und SpA zu CEN/
TC 227/WG 4)
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

NA 005-10-10 AA
Asphalt (SpA zu CEN/TC 227/WG 1)
Gemeinschaftsausschuss mit FGSV
Dr. Volker Hartmann, ISTE, Ostfildern

NA 005-07-02 AA Betontechnik
(SpA CEN/TC 104)
Dr. Volker Hartmann, ISTE, Ostfildern

NA 005-10-07 AA Materialien für
Betonstraßen“ (SpA CEN/TC 227/WG3)
Dr. Volker Hartmann, ISTE, Ostfildern



Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. (FGSV)

www.fgsv.de

01 Vorstand
Dr. Klaus Felsch,
Heidelberg Materials AG, Schelklingen
Daniel Schulz, Oberrhein-Handels-Union
GmbH & Co. KG, Iffezheim

0.2.2.4
Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Ersatzbaustoffverordnung (EBV)
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 5.3:
Bodenbehandlung
Frank Hauri,
Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Arbeitskreis 5.3.3:
Mischbindemittel
Frank Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen
Manfred Zimmermann, Holcim
(Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen

Lenkungsausschuss 6:
Gesteinskörnungen, Ungebundene
Bauweisen
Thomas Rühl,
Märker Zement GmbH, Harburg
Thorsten Volkmer,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern
GmbH & Co. KG, Iffezheim

Arbeitsausschuss 6.1:
Gesteinskörnungen
Markus Zimmermann,
Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 6.1.1:
Polierresistenz und Polierprüfung
Markus Zimmermann,
Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz

Arbeitskreis 6.1.2:
Füller- und Sandeigenschaften
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 6.1.3:
Prüfmittelüberwachung
Markus Zimmermann,
Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz

Arbeitsausschuss 6.2:
Umweltverträglichkeit, Industrielle
Nebenprodukte und Rc-Baustoffe
Jan Herrmann,
IBE Institut für Baustoffprüfung und
Umwelttechnik GmbH, Langenbrettach
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 6.2.7:
Auslaugverfahren
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.3:
Schichten ohne Bindemittel
Jan Herrmann,
IBE Institut für Baustoffprüfung und
Umwelttechnik GmbH, Langenbrettach
Dr. Martin Westermann,
SHB Schotterwerke Hohenlohe Bauland
GmbH & Co. KG, Osterburken
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.5:
Ländliche Wege
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.6:
Pflasterdecken und Plattenbeläge
Markus Holder, K.S.V. Kies- und Sand-
Vertrieb Biberach GmbH & Co. KG, Biberach

Arbeitsausschuss 7.1:
Technische Vertragsbedingungen
Rainer Mull, OHU Oberrhein-Handels-Union
GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Volker Hartmann, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 7.3:
Bauweisen
Prof. Dr. Leyla Chakar, HFT Stuttgart
Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 7.6.2:
Mörtelkomponenten
Frank Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Arbeitsausschuss 8.1:
Technische Vertragsbedingungen
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 8.2:
Baustoffe
Dr. Michael Aufrecht,
Dr. Volker Hartmann, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 8.2.3:
AKR
Dr. Volker Hartmann, ISTE, Ostfildern



Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden (SPA)

www.spa-steine-und-erden.eu

Dr. Christian Körber,
Heidelberg Materials AG, Heidelberg
Marijo Kovac, ISTE, Ostfildern

ISTE-Netzwerk
auf europäischer Ebene

Deutsches Institut für
Normung e.V.

www.din.de

CEN TC 351 Construction Products:
Assessments of Release of Dangerous
Substances

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

CEN/TC 444 Testmethods for
environmental characterization of
solid matrices

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NA 005-07-02 AA
Betontechnik (SpA zu CEN/TC 104)

Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-
Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

NA 005-07-07 AA
Materialien für Betonstraßen
(SpA CEN/TC 227/WG3)

Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-
Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

NA 005-07-15 AA „Gesteinskörnungen“
(SpA zu CEN/TC 154, SC 1 bis SC 5 und SpA
zu CEN/TC 227/WG 4)

Daniela Budach, ISTE, Ostfildern

NA 005-10-10 AA Asphalt (SpA zu CEN/TC
227/WG 1 = GA 7.01 der FGSV)

Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-
Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

NABau KOA 3 „Gesundheit, Hygiene,
Umweltschutz“(SpAzu CEN / TC 351,
CEN / TC 351 / WG 1,4,5)

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NA 005-53-01 GA „Gemeinschafts-
arbeitsausschuss NABau/NAW; Boden und
Grundwasser“ (SpA zu CEN / TC 351) WG 1
u. CEN / TC 351 / WG 1 / AHG

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NAW 119-01-02-05 UA Boden- und
Abfallentsorgung, Eluierungsverfahren

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NAW 119-01-02.05 UA Boden- und
Abfallentsorgung, Eluierungsverfahren,
Arbeitskreis „Datenauswertung“
(SpAzu CEN / TC 444 / WG 1)

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern



Europäischer
Gesteinsverband (UEPG)

www.uepg.eu

UEPG Biodiversity Task Force Meeting
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Umwelt-Ausschuss

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Taskforce Water Management

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern



Europäischer
Transportbetonverband
(ERMCO)

www.ermco.eu

Vorstand

Thorsten Hahn,

Holcim (Deutschland) GmbH, Hamburg

Taskgroup „Herstellung und Transport“

Karsten Audehm,

Heidelberg Materials Beton DE GmbH

Gesellschaft zur Förderung
des Naturkundemuseums
Stuttgart e.V.

www.foerderverein-smns.de

Ausschussmitglied

Thomas Beißwenger,

ISTE, Ostfildern

Rat für Nachhaltige
Entwicklung (RNE)

www.nachhaltigkeitsrat.de

Ausschussmitglied

Carolin Boßmeyer,

Senior Manager Government Affairs,
Heidelberg Materials AG

Sonstige
Ausschusstätigkeit

Landesbeirat für Natur- und
Umweltschutz des Ministeriums
für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Strukturausschuss der
Stiftung Naturschutzfonds
Baden-Württemberg

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Ehrenamtliche Richter-
tätigkeiten in der Arbeits- und
Sozialgerichtsbarkeit

Arbeitsgericht Heilbronn

Susanne Maier-Garzke,

bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG

Arbeitsgericht Karlsruhe

Stephanie Herzing, BIRCO GmbH

Wolfgang Krech,

Kies und Beton AG, Baden-Baden

Arbeitsgericht Mannheim

Matthias Trauth,

Heidelberg Materials AG, Heidelberg

Arbeitsgericht Stuttgart

Ralf Jessberger,

Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen

Arbeitsgericht Ulm

Karlheinz Jungbauer,

Heidelberg Materials AG, Schelklingen

Jens Paulmaier,

SCHWENK Zement GmbH & Co. KG, Ulm

Holger Scheffold, a+b Asphalt- und

Betonmischwerke GmbH & Co. KG

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Stuttgart

Hans-Christoph Weiler,

Heidelberg Materials AG, Heidelberg



Kooperationen des ISTE in Baden-Württemberg (v.l.o.n.r.u.):
Pavillon beim Campus Galli in Messkirch, UNESCO Geopark Schwäbische Alb, Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart,
Umweltmuseum Hauff, Muschelkalkmuseum Hagdorn und Schiefererlebnis Dormettingen

Der ISTE fördert und unterstützt



Campus Galli
Karolingische Klosterstadt e.V.
www.campus-galli.de



UNESCO Global
Geopark Schwäbische Alb e.V.
www.geopark-alb.de



Staatliches Museum
für Naturkunde
www.naturkundemuseum-bw.de



Umweltmuseum Hauff
www.urweltmuseum.de
www.urweltmuseum-bodman.de



Muschelkalkmuseum
www.muschelkalkmuseum.org

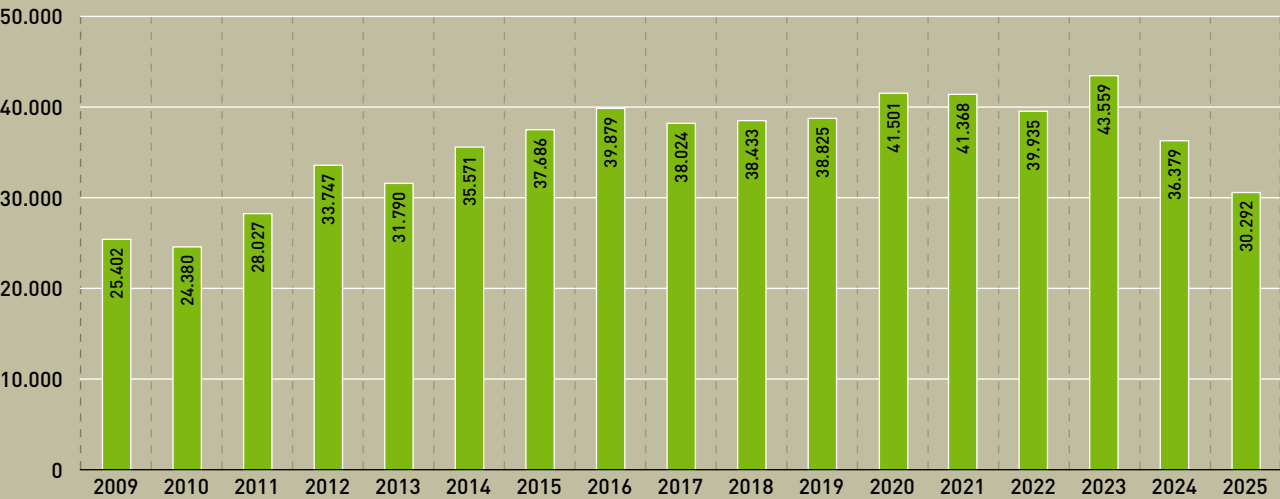


Schiefererlebnis Dormettingen
www.schiefererlebnis.de

Baufertigstellungen in Baden-Württemberg

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

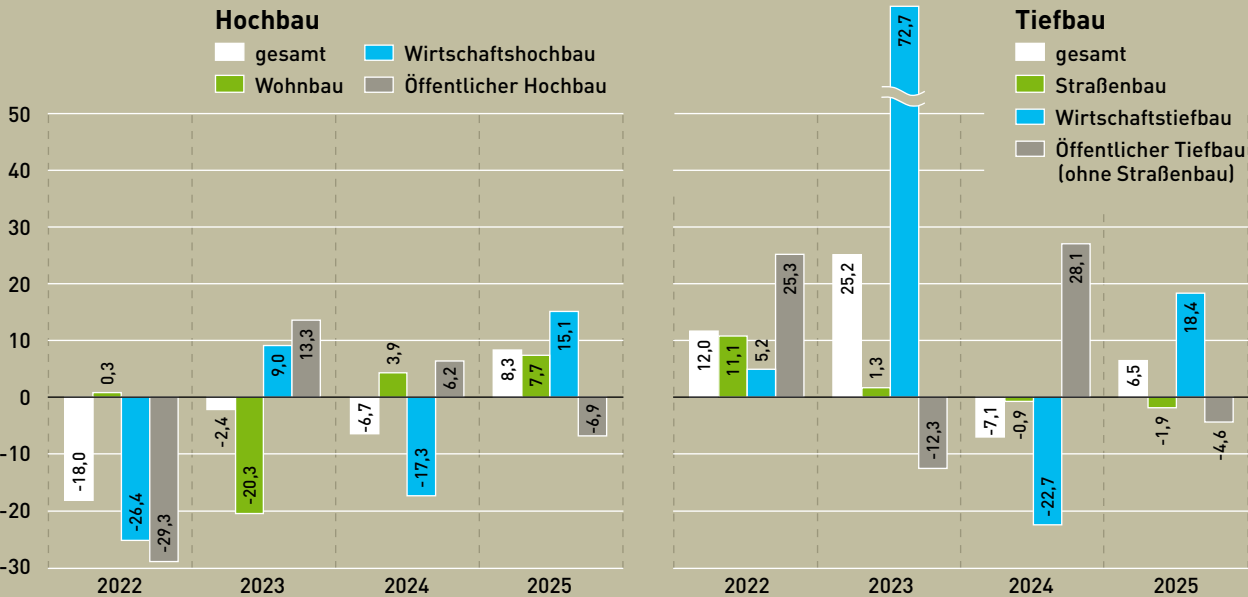
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Auftragseingänge in Baden-Württemberg

Veränderung der kumulierten Zahlen gegenüber Vorjahr in Prozent

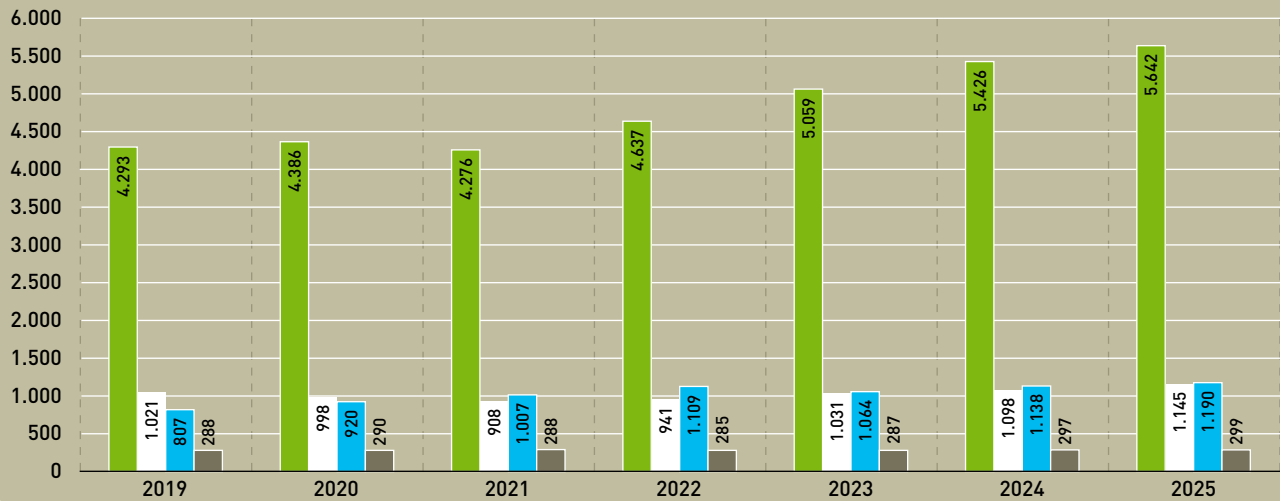
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Kommunale Ausgaben für Baumaßnahmen in Baden-Württemberg in Mio. Euro

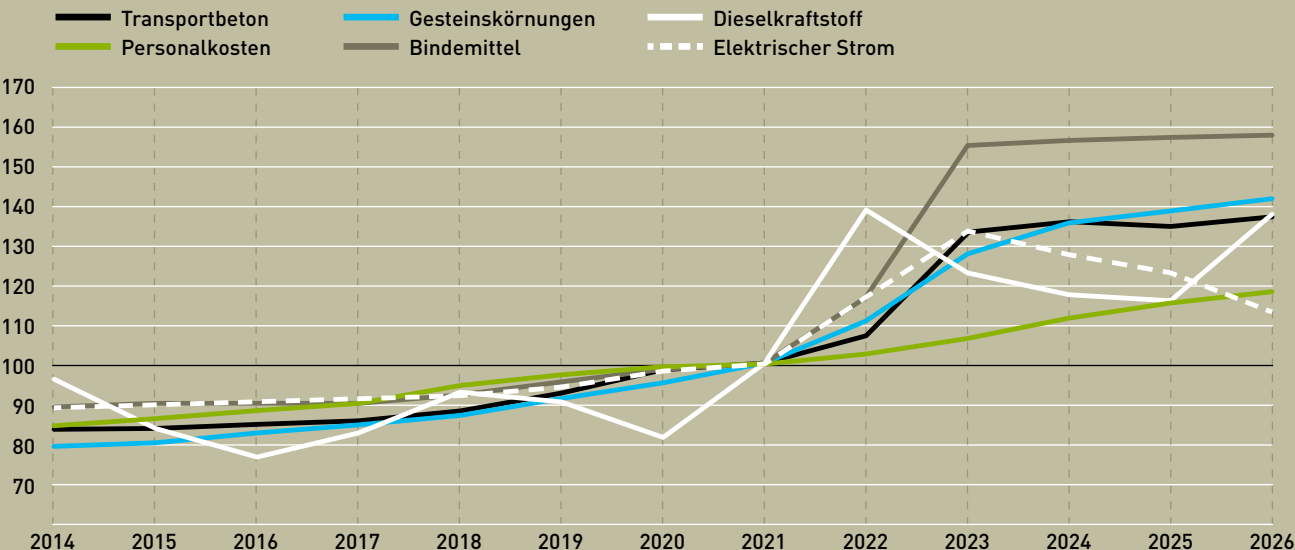
gesamt, davon Straßen Schulen Abwasserbeseitigung

Quelle: Statistisches Landesamt BW



Kostenindex Transportbeton 2021 = 100 Prozent

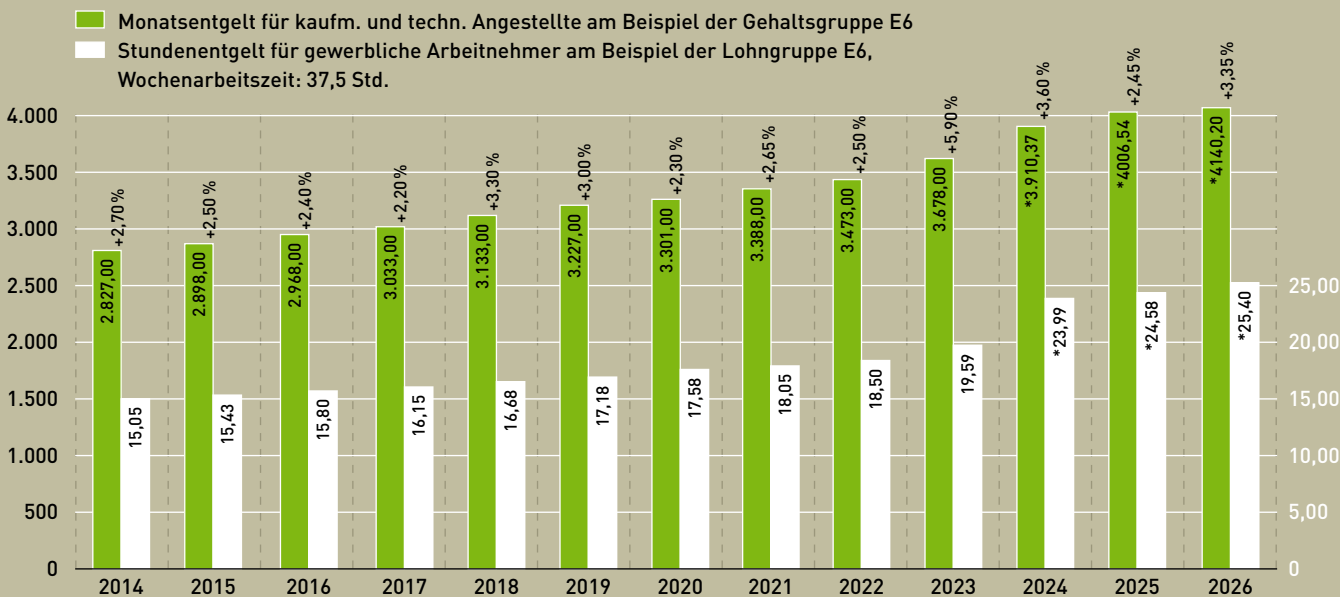
Quelle: BTB



Tarifliche Monatsgehälter/Stundenlöhne in der Steine- und Erdenindustrie Baden-Württemberg, in Euro

* Durch die Einführung des ERTV wird seit 01.01.2024 das Eckentgelt (E6/3. Berufsjahr) herangezogen.

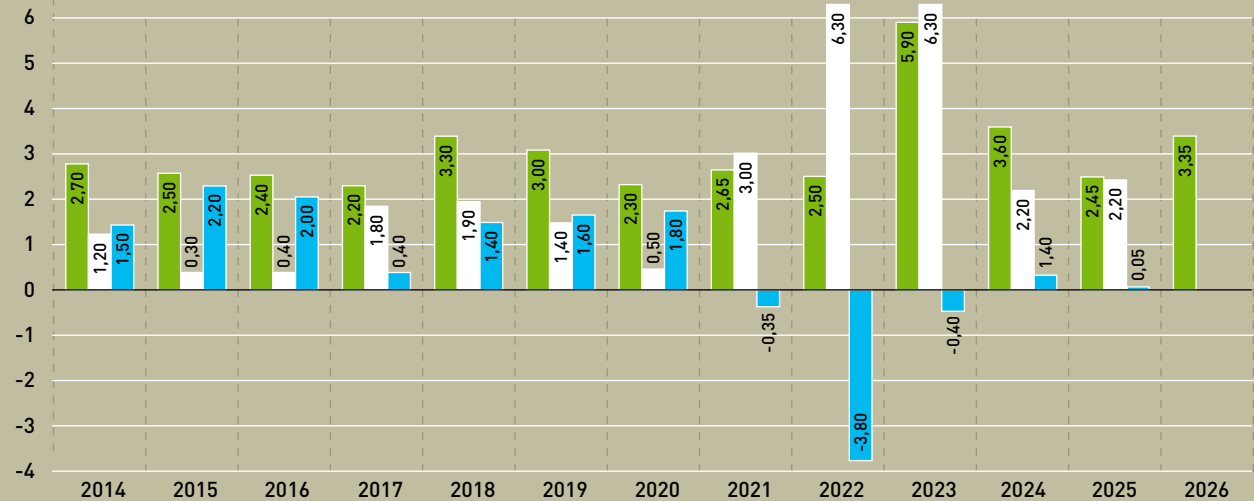
Quelle: ISTE



Lohnerhöhung und Reallohnzuwachs in der Steine- und Erdenindustrie Baden-Württemberg, in Prozent

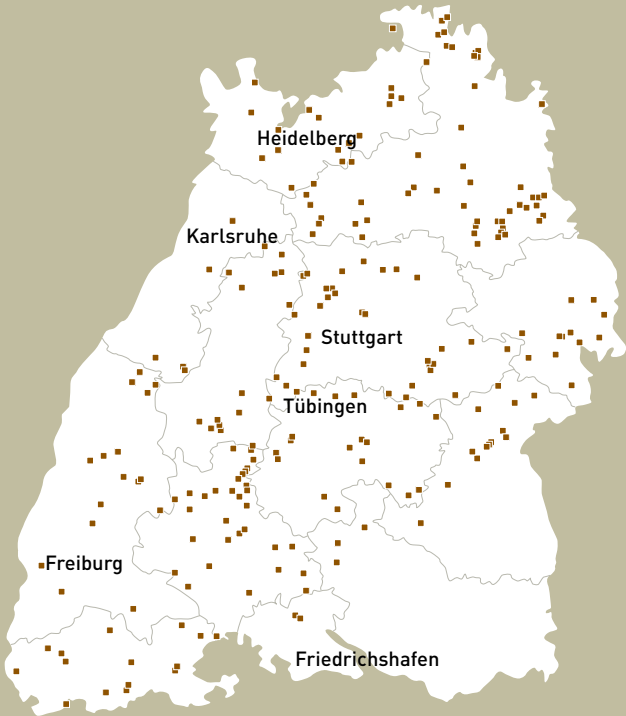
Lohnerhöhung Inflationsrate Reallohnzuwachs

Quelle: ISTE



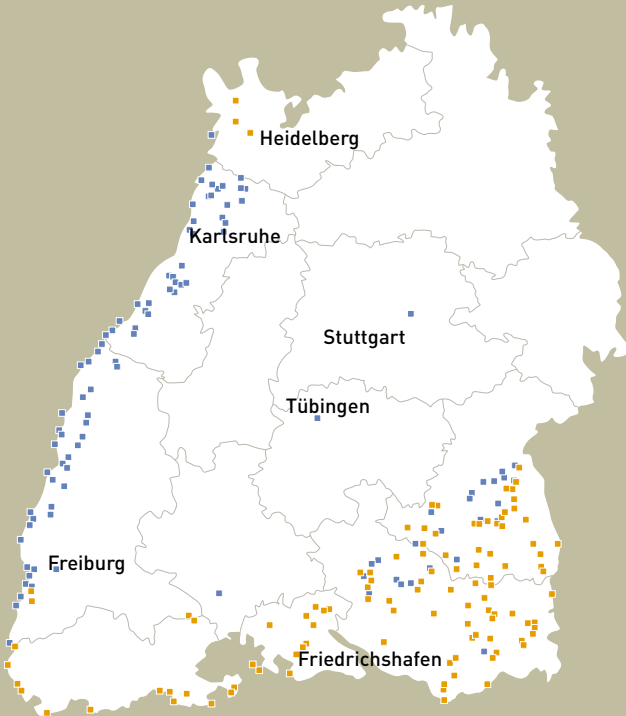
Rohstoffgewinnung in Baden-Württemberg

Quelle: Landesrohstoffbericht 2019, Zahlen aus dem Jahr 2017, LGRB 2020



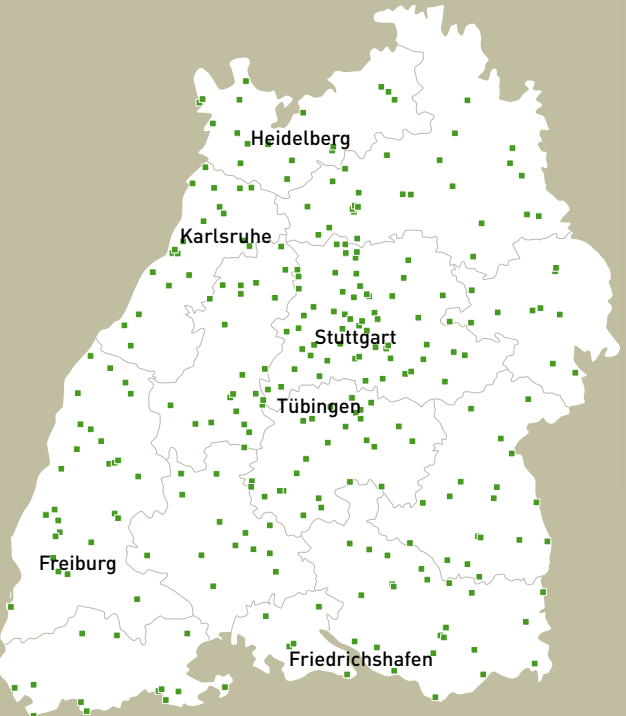
Unsere Steinbrüche

Unsere Steinbruchunternehmen gewinnen pro Einwohner und Jahr 5 Tonnen Gestein. Nach der Rohstoffgewinnung kehrt mit Hilfe der Steinbruchbetreiber die Natur zurück – biologische Vielfalt wird gefördert.



Unsere Kiesgruben und Baggerseen

Der Ort der Rohstoffgewinnung ist an deren Vorkommen gebunden. Baggerseen (blau) in der Rheinebene und Kiesgruben (gelb) im Bereich der einstigen Gletscherausläufer sichern unseren Bedarf an Sand und Kies: ca. 4 Tonnen pro Einwohner und Jahr.

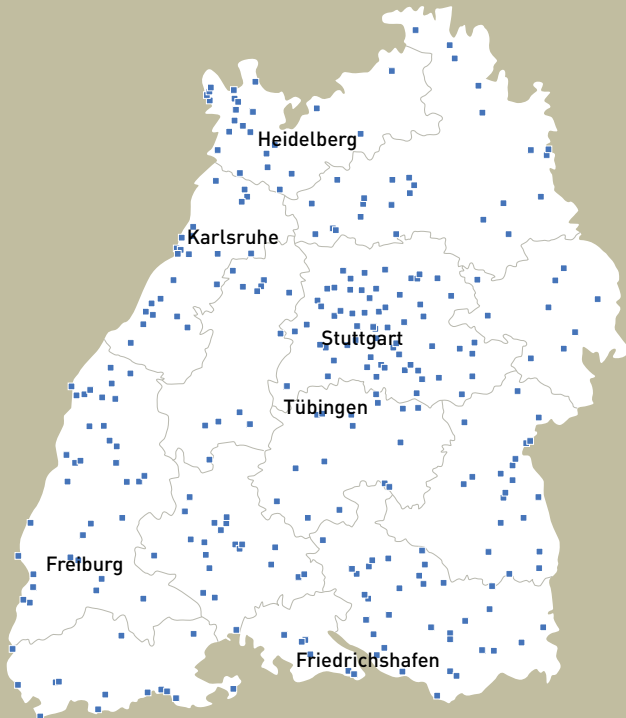


Unsere Transportbetonwerke

Unsere Transportbetonwerke produzieren pro Einwohner und Jahr fast 1 Kubikmeter Beton – und zwar dort, wo man ihn braucht.

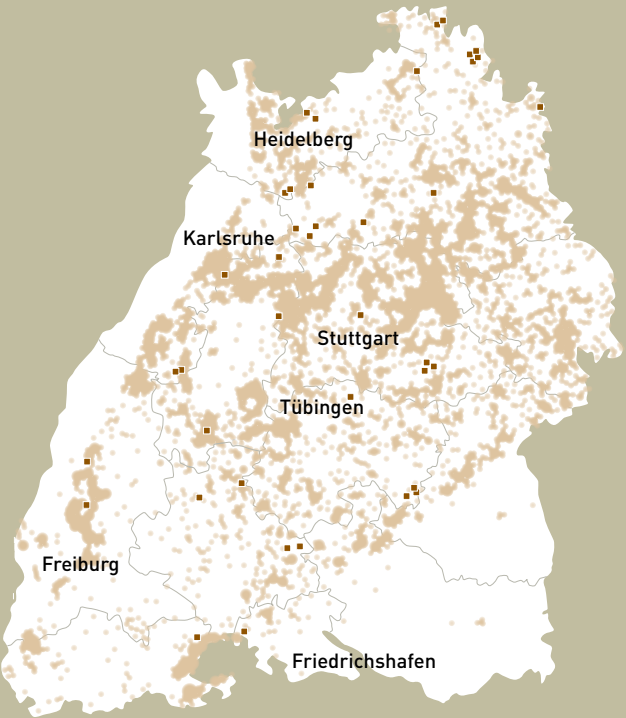
Ihr Steinbedarf: 1 kg pro Stunde

Schon morgens beim Zähneputzen haben Sie Kontakt mit der Steine- und Erdenindustrie: Ihre Zahnpasta enthält Steinmehl. Auch das Haus, in dem Sie sicher geschlafen haben, und die Straßen, Schienen- oder Radwege, auf denen Sie zur Arbeit fahren werden, sind mit Steinen gebaut. Statistisch gesehen braucht so jeder von uns stündlich ca. 1 Kilogramm Natursteine, Sand, Kies, Gips oder Steinmehl. Macht im Jahr rund 10 Tonnen pro Kopf oder rund 100 Mio. Tonnen für das ganze Land – viel mehr, als man morgens beim Zähneputzen denkt ...



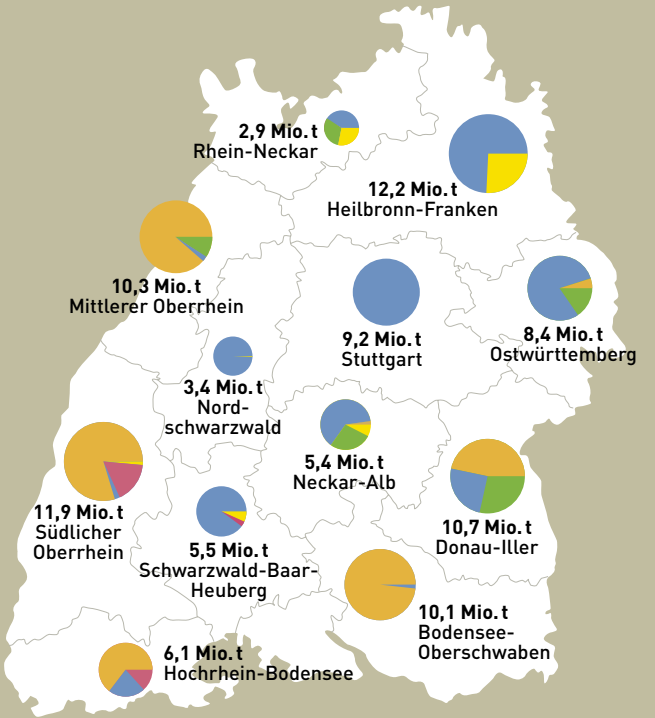
Unsere Baustoff-Recyclingwerke

Durch Sortierung und Aufbereitung in Recyclingwerken entstehen aus Bauschutt hochwertige RC-Baustoffe, deren Qualität z. B. durch das staatlich anerkannte QRB (Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V.) zertifiziert wird. Mehr als 250 Baustoff-Recyclingwerke produzieren pro Einwohner jährlich rund eine Tonne RC-Baustoffe.



Unsere Naturwerksteinbrüche

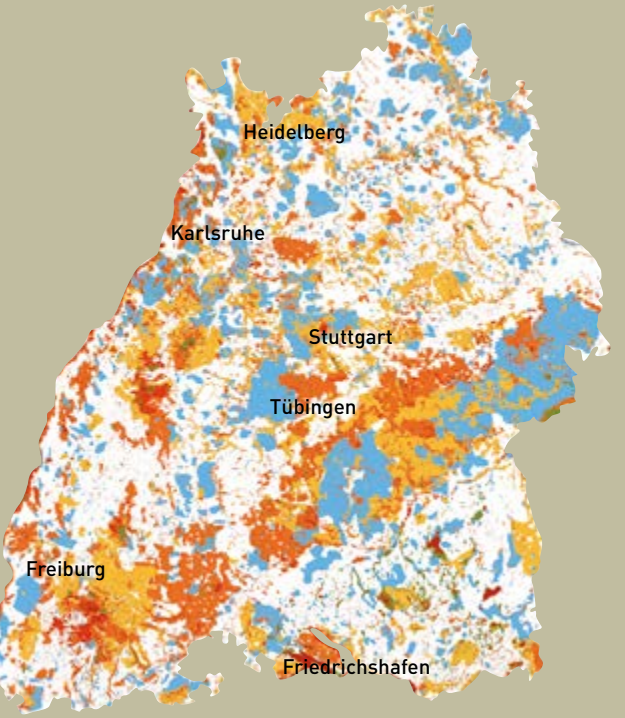
Naturwerksteine aus dem Land schaffen durch Verwendung bei Bauwerken vor Ort eine unverwechselbare regionale Identität und darüber hinaus Arbeitsplätze. Von den ehemals fast 2.000 überwiegend kleinen Gewinnungsstellen in Baden-Württemberg (hellbraun) sind heute nur noch 46 Naturwerksteinbrüche in Betrieb (braun). Die Konkurrenz durch billige Überseeprodukte zweifelhafter Herkunft ist zu groß.



Abbau nach Regionen

In Baden-Württemberg werden jährlich zwischen 90 und 100 Mio. Tonnen Gestein gewonnen. Hierfür werden nur 0,004 % der Landesfläche neu in Anspruch genommen – die gleiche Fläche wird der Natur zurückgegeben.

- Kiese und Sande
- Natursteine / Karbonatgesteine
- Natursteine / Vulkanite, Metamorphite und Plutonite
- Zement- und Energierohstoffe
- Sonstige



Abbau mit Einschränkungen

In Baden-Württemberg sind mehr als 60 Prozent der Fläche unter besonderen Schutz gestellt. Die noch verbleibenden „weißen“ Flächen werden unter anderem für Siedlung und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft genutzt. Für die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen ist kaum noch Platz – dezentrale, verbrauchsnahe Rohstoffgewinnung mit kurzen Transportwegen steht auf dem Spiel.

Herausgeber	Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE)
Verantwortlich	Thomas Beißwenger
Inhaltliche Bearbeitung	Dr. Michael Aufrecht Thomas Beißwenger Daniela Budach Ayse Kodvavi Marijo Kovac Michelle Luft Judith Rybol Manuel Sedlak Carolin Selig Nadine Sommer Dr. Bernd Susset
Redaktionsleitung	Judith Rybol
Redaktionelle Bearbeitung	Verena Elser, Martina Grünbaum, Elke Hausotter, Christine Heidt, Nina Kurbardovic, Gudrun Müller, Karina von Ostrowski, Karin Zeh
Bilder	Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V., Stuttgart Bundesverband Mineralische Rohstoffe (MIRO) BÜV-ZERT Baustoffüberwachungs- und Zertifizierungsverband Baden-Württemberg e.V., Ostfildern Frank Heinrich, Konstanz Dirk Hetzer, Donaueschingen Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V., Ostfildern Dr. Andreas Megerle, Dobel Messer Photo & Design, Burgstetten Maren Moster, Engelsbrand Sabine Sixt, Ostelsheim Felix Spengler, Stuttgart Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart, Stuttgart Eva Stoss, Stuttgart UNESCO Global Geopark Schwäbische Alb e.V., Schelklingen Unternehmer Baden-Württemberg e.V. (UBW) Philipp Uricher, Konstanz Kathrin Walter, Neckarsteinach Pascal Wörther, Baden-Baden Kai Uwe Wudtke, Freiburg Adobe Stock
Gestaltung	Bernd Schuler, xxdesignpartner, Stuttgart
Druck	Offizin Scheufele, Stuttgart / 2.000 Stück
Berichtszeitraum	1. Juli 2025 bis 30. Juni 2026
© 2026	Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE)